FRIEDRICH DES GROSSEN VERHÄLTNIS ZU WÜRTTEMBERG

INAUGURAL-DISSERTATION

ZUR ERLANGUNG DER DOKTORWÜRDE DER PHILOSOPHISCHEN FAKULTÄT DER KAISER-WILHELMS-UNIVERSITÄT ZU STRASSBURG i. E.

VORGELEGT VON

ERNST BOEPPLE

AUS REUTLINGEN IN WÜRTTEMBERG.

ACAD. LUGD. BAT. BIBL.

MÜNCHEN 1915

DRUCK VON CARL AUG. SEYFRIED & COMP. (C. SCHNELL)

Genehmigt von der Fakultät
am 5. Februar 1915.

Verzeichnis der benützten Literatur.

Politische Korrespondenz Friedrichs des Großen, Berlin 1879–1909 Band I–XXXV.

Herzog Karl Eugen und seine Zeit, herausgegeben vom württembergischen Geschichts- und Altertumsverein, Stuttgart 1903 I. Band.

Reinhold Koser, König Friedrich der Große, Stuttgart und Berlin 1904.

Gustav Droysen, Friedrich der Große, Leipzig 1874.

Friedrich August von Hardenberg, Ein kleinstaatlicher Minister des 18. Jahrhunderts, Leipzig 1877.

Friedrich der Große und Württemberg. Schwäbische Chronik 1886.

R. Fester, Friedrich der Große und die Herzogin Friedericke Elisabethe von Württemberg, Deutsche Rundschau 1902.

Dizinger, Beiträge zur Geschichte Württembergs und seines Regentenhauses, Heft II, Tübingen 1834.

W. Fr. Schönhaar, Ausführliche Beschreibung des zu Bayreuth im September 1748 vorg. Beilagers Herzog Karls und der Elisabeth Friedericke Sophie. Stuttgart 1749.

Frédéric le Grand, miroir des princes ou instructions du roi pour le jeune duc Charles Eugène de Wurtemberg (1744) in Oeuvres de Frédéric le Grand.

Friedrichs des Großen Werke, Correspondance.

K. Pfaff, Geschichte Württembergs, Stuttgart 1851.

Allgemeine Deutsche Biographie.

Wagener, Staats- & Gesellschaftslexikon.

Württembergische Jahrbücher für Statistik und Landeskunde, 1875.

Heinritz, Elisabethe Friedericke Sophie, vermählte Herzogin von Württemberg, letzter Zweig des bayreuthischen Fürstenhauses, Archiv für Geschichte und Altertum von Oberfranken.

G. J. Gegel, Beleuchtung einer Regierungsperiode des gegenwärtigen Regenten Württembergs, 1789.

Dove, Das Zeitalter Friedrichs des Großen und Josephs II., Gotha 1883.

A. Pfister, Denkwürdigkeiten aus der Württembergischen Kriegsgeschichte, Stuttgart 1868.

J. C. Pfister, Geschichte der Deutschen, Hamburg 1829.

Briefe Friedrich Wilhelms I. an den Fürsten Leopold von Anhalt-Dessau. Berlin 1905.

R. Mohl, Teilnahme Friedrichs des Großen an den Streitigkeiten zwischen Karl von Württemberg und den Ständen seines Landes. Tübingen 1831.

E. Schneider, Württembergische Geschichte, Stuttgart 1896.

L. J. von Stadlinger, Geschichte des württembergischen Kriegswesens, Stuttgart 1856.
Preußisches Generalstabswerk, der Siebenjährige Krieg, Berlin.
Niethammer, Die Reichsarmee im Feldzug 1757, Mil. Wochenblatt 1879, Beiheft.
Frédéric le Grand, histoire de mon temps, Publikation aus preußischen Staats-Archiven IV, Berlin.
A. Brabant, Das Reich im Kampf mit Friedrich dem Großen, Berlin 1904.
H. Meyer, Berichte des preußischen Gesandten Eickstedt, ein Beitrag zur Politik der deutschen Kleinstaaten während des Siebenjährigen Krieges, Hamburg 1906.
H. Meyer, Plan eines evangelischen Fürstenbundes im Siebenjährigen Krieg, Bonn, Dissertation 1893.
W. v. Schöning, Korrespondenz Friedrichs des Großen mit Prinz Heinrich wegen des bayerischen Erbfolgekrieges, Berlin 1854.
W. A. Schmidt, Geschichte der preußisch-deutschen Unionsbestrebungen seit der Zeit Friedrichs des Großen, Berlin 1851.
Schillers Beziehungen zu Eltern und Geschwistern, aus den Familienpapieren mitgeteilt, Stuttgart 1859.

Inhalt.

Seite

I. Karl Eugens Jugend, Zeit der Regentschaft . . . . 9—30
II. Karl Eugens Regierung bis zum 7jährigen Krieg . . 31—41
III. Württembergs Anteil am 7jährigen Krieg . . . . 42—55
IV. Das Eingreifen Friedrichs des Großen in den Kampf der Landstände mit dem Herzog . . . . . 56—78
V. Württembergs Verhältnis zu Friedrich dem Großen in den siebziger und achtziger Jahren . . . . . 79—91

I. Karl Eugens Jugend, Zeit der Regentschaft.

Seit dem Dreißigjährigen Krieg tritt das religiöse Element in der europäischen Politik äußerlich mehr und mehr in den Hintergrund und macht weltlichen Interessen Platz. Es wurden nicht mehr wie im 16. und 17. Jahrhundert rein religiöser Interessen wegen große Kriege geführt. Dennoch verschwand der religiöse Gesichtspunkt in der Politik des 18. Jahrhunderts nicht vollständig. Der protestantische Staat sah in dem anderen protestantischen Staat seinen natürlichen Bundesgenossen, wie er in jedem katholischen Fürsten seinen natürlichen Gegner erblickte. Dies spielt auch in das Verhältnis der Häuser Habsburg und Hohenzollern herein. — Als unter den großen Herrschern des Hohenzollernhauses, dem Großen Kurfürsten, Friedrich Wilhelm I. und Friedrich dem Großen der preußische Staat zu seiner Bedeutung emporgestiegen war, galt es für Österreich, auf der einen Seite den neuen Rivalen im Deutschen Reiche zurückzuweisen, auf der anderen Seite bekämpfte der Wiener Hof Preußen als die neue protestantische Vormacht in Deutschland. Dem protestantischen Preußen mußte umgekehrt daran liegen, die kleinen protestantischen Mächte des Reiches an sich zu fesseln, es mußte ihre Interessen zu den seinen machen, um sie dann im Falle eines Krieges gegen Österreich auszuspielen.

Schon Friedrich Wilhelm I. trat mit der protestantischen Hauptmacht des Südwestens des Reiches, mit Württemberg, in Beziehung, doch war es Friedrich der Große, der zum ersten Male deutlich aussprach, er vertrete die Interessen der protestantischen Mächte. Es ist äußerst interessant, daß gerade Friedrich der Große, der in religiösen Dingen absolut indifferent war, und in dessen Land jeder nach seiner Fasson selig werden konnte, in sein Verhältnis zu Württemberg dieses Moment hereinspielen

ließ. Bei ihm war es jedenfalls Mittel zum Zweck, während wir annehmen müssen, daß bei Friedrich Wilhelm I., der tief religiös dachte und fühlte, die Betätigung seiner Freundschaft zu dem protestantischen Staat Württemberg mehr oder weniger aus dem Herzen kam. Eben diese konfessionelle Verwandtschaft mit Württemberg ließ ihn auch sicherlich die Beziehungen anknüpfen, die ihn mit dem württembergischen Staat verbanden. Sie beschränkt sich, da bei seiner friedlichen Regierung kriegerische Ereignisse nicht in Betracht kommen, auf ein Freundschaftsbündnis und eine Heirat der Häuser Brandenburg und Württemberg. Am 8. Dezember 1716 vermählte sich in Berlin der Erbprinz Friedrich Ludwig von Württemberg mit der Prinzessin Henriette Marie von Brandenburg-Schwedt.[1]) Im selben Jahre 1716 schloß Friedrich Wilhelm I. mit Herzog Eberhard Ludwig ein Freundschaftsbündnis, das 1731 erneuert wurde.[2]) u. [3]) Wichtig an diesem Bündnis ist, daß Württemberg im Kriegsfalle an Preußen Truppen abgeben sollte, und daß beide Staaten zum Schutz der protestantischen Kirche zusammenhalten wollten.

Mit Karl Alexander kam in Württemberg im Jahre 1733 eine neue Linie des Hauses zur Regierung. Dieser Fürst war ein tüchtiger Soldat und er hatte unter Prinz Eugen gegen Türken und Franzosen gefochten. Er lebte lange Zeit am Hofe zu Wien, trat dort zur katholischen Kirche über, und nicht mit Unrecht wird gesagt, er sei durch die Knauserigkeit der Württembergischen Landstände, die ihm eine Erhöhung seiner Apanage abgeschlagen hatten, zu diesem Übertritt gezwungen worden. Der plötzliche Tod dieses Fürsten im Jahre 1737 hinterließ Württemberg einem unmündigen Knaben von 9 Jahren, dem nachmaligen, in der Ge-

---

[1]) Siehe Briefe Friedrich Wilhelms I. an den Fürsten Leopold von Anhalt-Dessau, S. 123.

[2]) Siehe Karl Eugen und seine Zeit, S. 148.

[3]) Wir erfahren noch von einem Besuch Ludwig Eberhards in Berlin (siehe Briefe Friedrich Wilhelms I. an den Fürsten Leopold von Anhalt-Dessau, S. 473), und daß gegen Ende der Regierungszeit Eberhard Ludwigs (gestorben 1733) Friedrich Wilhelm I. ihm ernsthafte Vorstellungen wegen seines Lebenswandels machte, über sein Verhältnis zu der berüchtigten von Grävenitz. (Siehe Ein kleinstaatlicher Minister des 18. Jahrhunderts, S. 45.)

schichte Württembergs so bekannten Herzog Karl Eugen. Nach heftigem Streit mit den katholischen Einflüssen am Hofe gelang es dem Herzog Karl Rudolf von Württemberg-Neuenstadt die Regentschaft an sich zu bringen. Sein Nachfolger wurde schon im August 1738 Herzog Karl Friedrich von Württemberg-Öls.

Ende Mai 1740 war der Zeitpunkt gekommen, da Friedrich der Große in die Geschichte Württembergs eingreifen sollte. Schon auf dem Reichstage zu Regensburg, nach dem Tode Karl Alexanders, hatte der preußische Gesandte seinem König Friedrich Wilhelm I. geraten, er solle den Herzog-Administrator dazu überreden, den Erbprinzen an einen protestantischen Hof zu schicken, um ihn katholischen Einflüssen zu entziehen.[4]) Diese Idee nahm Friedrich der Große auf, und sein Gesandter in Stuttgart trat in Verhandlungen mit dem herzoglichen Hofe. Auch der drohende Ausbruch des österreichischen Erbfolgekrieges bestimmte den König, Württemberg für sich und seine Verbündeten zu gewinnen. Aber dieser Staat hielt in dem Kriege anfangs zurück, so sehr die Sympathien des geheimen Rats und der landständischen Ausschüsse auf Seiten Preußens waren, und verhielt sich abwartend. Wohl auch deshalb war die Haltung Württembergs zu Anfang so vorsichtig, weil die Güter des Herzog-Administrators, das in Schlesien liegende Öls, auf dem Spiele standen. Erst als in Stuttgart die Nachricht eintraf, der Kurfürst von Bayern sei am 5. September 1741 in Linz eingezogen, und habe sich dort als künftiger Erzherzog von Österreich huldigen lassen, trat der Herzog-Administrator mit dem König von Preußen in geheime Verbindung. Friedrich ging mit Freuden darauf ein,[5]) es lag ja ganz in seinem Interesse, Württemberg auf seine Seite zu bringen, auch schloß sich für seine Rekrutierungen ihm hier neues Gebiet auf, und gerne stellte er in der Folgezeit einige geworbene württembergische Regimenter in sein Heer ein. Durch seine Verwendung wurde am 9. Oktober 1741 in Ulm ein Neutralitätsvertrag zwi-

[4]) Bericht des G. R. Pollmann an König Friedrich Wilhelm I. vom 21. März 1737. (Siehe Württemberg. Jahrbücher 1875, S. 40.)

[5]) Brief des preußischen Ministers von Marschall an den Herzog-Administrator vom 7. Oktober 1741, Dizinger II, 35.

schen dem schwäbischen Kreis, dessen Oberhaupt ja Württemberg war, und Kurbayern und Frankreich abgeschlossen (natürlich mit Ausschließung der vorderösterreichischen Lande). Wohl nicht mit Unrecht sagen manche, dieser Vertrag sei durch ein schweres Opfer von Seiten Württembergs erkauft worden, denn es scheine, daß der junge Erbprinz und seine Brüder, die man jetzt nach Berlin zu ihrer Ausbildung schickte, als Geiseln für das Bündnis betrachtet wurden.[6])

Die Verhandlungen wegen der Reise der Prinzen nach Berlin fanden unterdessen statt. Erstaunlich ist, daß die streng katholische Herzogin-Mutter den Plan billigte, ja sogar eifrig befürwortete; der Grund dafür ist wohl, daß sie für sich selbst und für ihre Söhne recht viele Vorteile herauszuschlagen hoffte. Friedrich versprach, den Prinzen ein eigenes Lustschloß, sowie für den Anfang Pferde und Wagen zur Verfügung zu stellen, und ließ der Herzogin-Mutter mitteilen, er werde die Prinzen wie seine eigenen ansehen, er werde ihnen Gelegenheit geben, Opern, Komödien und Konzerte zu besuchen und ihnen ihren Aufenthalt so angenehm wie möglich machen. Was die Religion anbelange, so gebe es einen katholischen Gottesdienst hier in Berlin, im übrigen solle aber mit ihnen über keine Religion gesprochen werden.[7]) Es war keine Rede davon, daß der Freidenker Friedrich II. von Preußen die Prinzen protestantisch machen wollte, was ein Gerücht, das im Reiche ausgesprengt wurde, behauptete.[8]) Man setzte nun den jungen Karl Eugen von dem Plan in Kenntnis, und dieser zeigte sich zu der Reise geneigt.[9]) Man solle ihm den Geheimrat Georgii mitgeben, dieser sei ein würdiger Mann, zu dem er Vertrauen habe; im übrigen ergreift er nach Art der Jugend gerne die Gelegenheit, seinen jetzigen langweiligen Aufenthalt mit einer Reise zu vertauschen. In Berlin wünschte man,

---

[6]) Dizinger II, 35.

[7]) Brief des preußischen Ministers von Marschall an die Herzogin-Witwe vom 7. Oktober 1741 und an den preußischen Gesandten in Stuttgart von Kalein, Dizinger II, 54.

[8]) Pol. Cor. I, 438.

[9]) Vergl. seinen Brief an seine Mutter vom 29. Oktober 1741, Dizinger II, 35.

die Angelegenheit möchte beschleunigt werden.[10]) Jedoch der Abreise der Prinzen stellten sich noch manche Hindernisse in den Weg. Der Geheime Rat wurde auf einmal unruhig, man stand mit Bayern und Frankreich auf gespanntem Fuße und man wußte nicht, ob der Plan von Frankreich gebilligt werden würde. Man durfte sich mit diesem Staat nicht überwerfen, da zu dieser Zeit gerade ein Erbschaftsstreit wegen der württembergischen Grafschaft Mömpelgard schwebte[11]) und Frankreich Miene machte, die Grafschaft zu behalten. Deshalb sollten die Prinzen nicht geradewegs nach Berlin gehen, so sehr diese Reise der Wunsch des Landes und der Stände war, sondern zuerst nach dem Haag, dann vielleicht nach Kopenhagen reisen, und auf dem Rückweg wie zufällig in Berlin ihren Aufenthalt nehmen. Die Herzogin-Witwe protestierte gegen diese Beschlüsse und verlangte, die Prinzen sollten sofort nach Berlin geschickt werden. Sie wollte umsomehr ihre Absicht schnell erreichen, als die Kunde dieser Reise Vorstellungen des päpstlichen Nuntius zur Folge hatte,[12]) der sich bei ihr auf Antrag des Heiligen Vaters beschwerte, daß sie ihre Söhne an einem nicht-katholischen Hofe erziehen lassen wolle. Die Ansichten der Mitglieder des Geheimen Rats waren geteilt; die einen wollten die Reise über den Haag, die anderen verlangten, die Prinzen sollten sofort nach Berlin abreisen, und zwar wegen der Gefahr, die dem Lande von Österreich, Frankreich und Bayern, wie auch von Rom aus drohe. Man solle diese Staaten vor ein fait accompli stellen. Man verschob die Entscheidung. Nur darin war man einig, daß Vorbereitungen für die Reise getroffen werden sollten. Die Herzogin-Witwe beklagte sich darüber, daß man die Angelegenheit absichtlich ins Weite

---

[10]) Vergl. Brief des Herrn von Marschall an den Obersten von Kalnein vom 7. November 1741, Dizinger II, 56.

[11]) Frankreich hatte auf Mömpelgard für die Barone de l'Espérance, die illegitimen Nachkommen des Herzogs Leopold Eberhard, und einer Baronin de l'Espérance Beschlag gelegt und vertrat deren Ansprüche. Erst im Aachener Frieden wurde der Streit entschieden. Die Barone de l'Espérance verloren den Prozeß und Mömpelgard wurde Württemberg zugesprochen. (Siehe Wagener, Staats- und Gesellschafts-Lexikon, Bd. 13, S. 532.)

[12]) Brief vom 8. November 1741, Dizinger II, 57.

ziehe, und erklärte, daß wenn die Reise nicht innerhalb fünf Tagen angetreten werde, sie nicht mehr einwilligen werde. Sie habe sich alle Mächte zu Feinden gemacht, nun wolle sie sich nicht auch noch mit dem König von Preußen überwerfen; sie habe geglaubt, ganz im Sinne des Landes zu handeln und jetzt mache man ihr Schwierigkeiten. Als dann noch der Erbprinz erklärte, es sei auch sein Wille, daß die Reise nach Berlin sofort unternommen werde, gab der Geheime Rat nach, und der Herzog-Administrator erteilte die Erlaubnis.

Es gingen noch an demselben Tage (22. November 1741) Schreiben von der Herzogin und dem Herzog-Administrator an Friedrich ab, welche dieser in den herzlichsten Ausdrücken erwiderte: es hätte ihm nie eine größere Freude bereitet werden können, und man habe ihm keinen größeren Beweis aufrichtigsten Vertrauens geben können, als daß man ihm die Prinzen zur Erziehung überlasse.[13])

Sofort wurde der Hofstaat für die Prinzen gebildet. Der Kammerherr Schenk von Geyern wurde an die Spitze desselben gestellt. Karl Eugens Hofmeister war Oberst von Laubsky; weiter wäre noch zu erwähnen sein Informator Despars. Auch der von Karl verehrte Geheime Rat Johann Eberhard Georgii nahm seinen Sitz in Berlin und führte eine Art Staatsaufsicht über die Prinzen. Friedrich seinerseits beauftragte den Oberhofmarschall und Staatsminister Graf Gotter und den Staatsminister Freiherrn von Marschall mit der Aufsicht über die Erziehung und der Wahrung der Interessen der Prinzen.

Ihre Reise ging über Bayreuth, wo sie bei dem Schwager Friedrichs des Großen, dem Markgrafen von Bayreuth sich kurz aufhielten. Und vielleicht war dieser Aufenthalt und die Einladung dazu nicht ohne Absicht. Tatsache ist, daß die württembergischen Prinzen, und insbesondere Karl Eugen von der neunjährigen Elisabeth Friedericke Sophie, der Tochter des Markgrafen Friedrich, und der Schwester Friedrichs des Großen, Friedericke Sophie Wilhelmine, entzückt waren. Der König merkte dies

[13]) Brief vom 4. Dezember 1741, Dizinger II, 60.

sofort bei ihrer Ankunft, und schrieb seiner Schwester, der Aufenthalt in Bayreuth habe den Prinzen sehr gefallen und Karl Eugen hege für seine Nichte, wie es ihm scheine, mehr als Gefühle der Achtung.[14])

Am 16. Dezember 1741 trafen die Prinzen in Berlin ein. Sie bezogen das Fürstenhaus, in dem einst Prinz Eugen, Marlborough und der alte Fürst von Dessau gewohnt hatten, aber schon bald verließen sie das schon ältere Haus, das, wie es scheint, feucht und auch für den großen prinzlichen Hofstaat nicht geräumig genug war, und zogen in der zweiten Januarwoche in das des Landjägermeisters, des Grafen Schwerin, ein. Eine Schildwache, um die die Prinzen baten, bewilligte der König gerne.

Jetzt wurde mit dem Unterricht der Prinzen begonnen. Im Verein mit dem Lehrer Despars und den Beratern, die von Stuttgart mitkamen, teilten sich zwei hervorragend tüchtige Lehrer in der Erziehung der Prinzen; es waren dies der Mathematiker Leonhard Euler und der Jurist Ernst Heinrich Mylius, die mit Erlaubnis des Königs dem Erbprinzen Stunden gaben. Der Lehr- und Erziehungsplan, der von dem Geheimrat Bilfinger entworfen wurde,[15]) zeugt von viel Verständnis. Neben der wissenschaftlichen Ausbildung ging Hand in Hand eine Beschäftigung mit Kunst und schöner Literatur, daneben wurden fleißig Übungen im Reiten, Fechten und Tanzen gehalten. Dieser vorzügliche Erziehungsplan litt nur an einem: es gab in Berlin zu viel Abhaltungen. Die Prinzen waren zu allen Hoffestlichkeiten eingeladen, ja der König selbst stellte ihnen seine Gemächer zur Verfügung zu einer Feier anläßlich des Geburtstages des Erbprinzen und übernahm deren Kosten.

Am 20. Januar 1742 traf der Marquis D'Argens, der nahe Vertraute der Herzogin-Witwe in Berlin ein, um dem König persönlich einen Brief von ihr zu überreichen, aber seine Aufträge ließ er nicht durchblicken. Friedrich riet, ihn sehr höflich zu behandeln und ihn womöglich auszuhorchen.[16]) Der König stand

[14]) Oeuvres de Frédéric le Grand 27, 1, S. 105. [15]) Siehe Patriotisches Archiv für Deutschland II, 269. [16]) Pol. Cor. II, 22.

bei Olmütz im Felde, und als dann am 1. Februar 1742 die verwitwete Herzogin Maria Augusta selbst zum Besuch nach Berlin kam, schrieb er dem Grafen Gotter, diese Reise sei für ihn überraschend, man solle bei der Herzogin seine Abwesenheit entschuldigen und sich alle Mühe geben, ihr den Aufenthalt so angenehm wie möglich zu machen.[17]) Es wurde ihr zu Ehren eine Reihe von Festlichkeiten veranstaltet, aber, wie man hört, hat sie dem Berliner Hof manches zu schaffen gemacht. Wir erfahren von Rangstreitigkeiten zwischen ihr und der Markgräfin von Schwedt in den Gemächern und in Anwesenheit der Königinnen, die nur durch die Besonnenheit der Prinzessin Amalie geschlichtet wurden.[18]) Im ganzen tritt uns die Herzogin-Witwe als eine schöne und geistreiche, aber herrschsüchtige, üppige und freie Dame entgegen,[19]) schlau und berechnend in der Anwendung ihrer Mittel, befangen in den Vorurteilen der katholischen Kirche und Friedrich dem Großen äußerst unsympathisch. In seiner Korrespondenz äußert er sich einmal folgendermaßen über sie: La duchesse de Wurtemberg est elle seule capable de donner la fievre et de faire venir des transports au cerveau aux personnes les plus saines.[20]) Und wenn seine Schwester Ulrike von Schweden anläßlich eines Maskenfestes findet, die Herzogin sähe aus, wie eine reiche Jüdin, zeigt uns dies, wie sie am Berliner Hof unbeliebt war.[21]) Ein Skandal, die plötzliche Trennung der Herzogin-Witwe und ihres Vertrauten und Günstlings, Marquis D'Argens, über den wir in der Korrespondenz Friedrichs des Großen Auslassungen finden, scheint übrigens dem König in der Beurteilung der Herzogin Recht zu geben.[22])

Sie scheint es nicht verstanden zu haben, mit ihren Kindern auf gutem Fuß zu stehen, und ihr späteres Leben entbehrt nicht

---

[17]) Pol. Cor. II, 22, 25, 26.

[18]) Württembergische Jahrbücher 1875, S. 41.

[19]) Koser I, S. 205, und Allgemeine Deutsche Biographie 15, 376, und Frédéric II., Histoire de mon temps, in Publikationen aus den preußischen Staatsarchiven IV, 300. [20]) Oeuvres de Frédéric le Grand XXVII, 1, 156. [21]) Koser, Z. Pr. G., XVIII, 18, 19. [22]) Oeuvres de Frédéric le Grand XVII, 178, 180, 183, 197, 202, 319.

der Tragik, wurde sie doch 1756 von dem Herzog in eine Art Gefangenschaft nach Göppingen gebracht, allerdings durch ihre eigene Schuld.[23])

Der Zweck des Besuches der Herzogin offenbarte sich bald: Sie wollte Friedrich für eine vorteilhafte Verlobung ihres Sohnes Karl Eugen gewinnen. Nichts konnte Friedrich, der wohl schon früher bei der Begeisterung des Erbprinzen für die Bayreuther Prinzessin an so etwas gedacht haben mochte, angenehmer sein, als eine solche Bitte, schreibt er doch schon in einem Brief vom 31. Januar an Gotter, man solle die „Affaire so einlenken, daß der Choix auf die Prinzessin von Bayreuth falle.“[24]) Man schlug der Herzogin des Königs Nichte vor, und diese war mit dem Vorschlag einverstanden. Anfangs dachte sie wohl an die jüngste Schwester des Königs, da aber diese Prinzessin mehrere Jahre älter war als Karl Eugen, ging die Herzogin auf den Vorschlag des Königs ein,[25]) mußte ihr doch die Nichte Friedrichs des Großen als Gemahlin für ihren Sohn erwünscht sein. Friedrich drückte in einem sehr höflichen und herzlichen Brief (vom 22. Februar 1742)[26]) der Herzogin seine Zufriedenheit aus und bedauerte nur, daß er nicht in Berlin sein könne.[27]) Die Mutter der Prinzessin, Markgräfin Wilhelmine, war wegen der Verschiedenheit des Bekenntnisses gegen diese Heirat, sie wurde aber bald von ihrem Lieblingsbruder bestimmt, ihre Bedenken aufzugeben.

Auch mit dem Landschaftsausschuß und dem Geheimen Rate trat die Herzogin in Verhandlungen.[28]) Man willigte ein,[29]) wohl besonders deshalb, weil man hoffte, „daß der König von Preußen seine und seines Hauses besondere Hochachtung fernerhin wie bisher mit dieser seiner Nièce an Württemberg verbinden werde.“ Auch könne das bayreuthische Haus als Direktorium im fränki-

---

[23]) Allgemeine Deutsche Biographie 15, 379. [24]) Pol. Cor. II, 26.

[25]) Siehe Ein kleinstaatlicher Minister des 18. Jahrhunderts, S. 73. [26]) Pol. Cor. II, 45. [27]) Pol. Cor. II, 45. Es ist äußerst interessant, wie der Diplomat Friedrich der ihm unsympathischen Herzogin gegenüber herzlich und liebenswürdig sein kann. Der Brief verrät uns, wie zufrieden er war. [28]) Dizinger II, 65. [29]) Gutachten des Geheimen Rats vom 26. Februar 1742, Dizinger II, 66.

schen Kreis Württemberg wohl öfters nützen, aber niemals schädlich sein. Weiterhin, und dies war den Herren außerordentlich wichtig, habe eine solche Vermählung mit einer evangelischen Prinzessin große Vorteile, sie verhindere, daß mit einer fremden katholischen Prinzessin noch mehr Katholiken, „insbesondere Ordensleute“ an den Hof kommen, vielmehr mache sie den Landesfürsten mehr mit der evangelischen Religion bekannt, kurz, diese Verbindung könne das Vertrauen zwischen Herrn und Untertanen nur vermehren. Alles in Allem stimmte der Geheime Rat bei, empfahl aber wegen der großen Jugend der beiden behutsam und langsam vorzugehen.

Aber die Verlobungsangelegenheit war der Herzogin nicht Selbstzweck. Mit dem Plan der Verlobung in der Tasche hatte die immer geldbedürftige Witwe ihren Oberhofmeister, Graf von Montolieu, nach Stuttgart geschickt mit dem Auftrag, mit dem landschaftlichen Ausschuß darüber zu verhandeln, daß ihr, außer den 1000 Gulden zu ihrer Reise nach Berlin, weitere 5000 zu ihrer Rückreise, und eine jährliche Leibrente von 12 000 Gulden ausgesetzt würden. Zur Unterstützung dieses Gesuchs brachte sie vor, sie habe während ihres Aufenthalts in Berlin für des Landes künftiges Glück große Dienste geleistet und sich selbst vieler Gefahr und manchem Verdruß ausgesetzt. Die 5000 Gulden wurden ihr bewilligt, aber der landschaftliche Ausschuß willigte zur großen Enttäuschung der Herzogin nicht ein, ihr die verlangte Leibrente zu genehmigen.[30])

Während des Berliner Aufenthalts sah die Herzogin bald, daß es nötig sei, einen anderen Hofmeister für ihre Söhne zu finden. Sie entschied sich für einen schlesischen Edelmann, Baron von Schwarz, einen Kammerherrn am Berliner Hofe. Er war katholisch und hatte sich auf Reisen viele Kenntnisse und Erfahrungen gesammelt. Dieser sollte an die Stelle des Obersten von Laubsky treten, zugleich sollte aus Sparsamkeitsrücksichten Schenk von Geyern zurückberufen werden, und seine Stellung unbesetzt bleiben. Aber wenige Tage nach der Abreise der Herzogin von

[30]) Dizinger II, 70 u. 71.

Berlin benachrichtigte der Geheimrat Georgii (19. Mai 1742)[31]) den Herzog-Administrator, daß der zum Oberhofmeister ernannte Baron von Schwarz mit österreichisch Gesinnten in Verbindung stehe, ferner in einem weiteren Schreiben,[32]) daß der König von Preußen nicht einsehe, wie Schwarz neben seiner preußischen Kammerherrnstelle die Stelle eines Oberhofmeisters bei den Prinzen bekleiden könne. Daraufhin wurde der Kontrakt wieder rückgängig gemacht, und Laubsky und Schenk von Geyern in ihren Stellungen belassen. Wir können uns vorstellen, wie Laubsky durch diese Angelegenheit gegen die Herzogin erbittert wurde.

Die Ausbildung der Prinzen war indessen von guten Erfolgen begleitet, besonders bei Karl Eugen, der eine leichte Auffassungsgabe besaß. Er verband ein reges Kunstgefühl und einen hellen Verstand mit einem wohlgebildeten Körper und zeigte in seinem Betragen viel natürlichen Anstand. Er erwarb sich, wie seine Brüder, bald die Zuneigung des ganzen Hofes. Seinem feurigen und lebhaften Temperament sagten aber wissenschaftliche Studien nicht sehr zu, und als seine zukünftige Braut, die Prinzessin Elisabeth Sophie, im Sommer nach Berlin kam, damit „bei mehrerem Umgang die Gemüter besser verbunden würden“,[33]) hatte der Prinz nicht mehr viel übrig für seine Studien. Er war in seine junge Braut leidenschaftlich verliebt und verschwendete einen großen Teil seiner Zeit mit dem Verfassen von Liebesgedichten und Liebesbriefen. Jetzt reizten ihn nicht mehr gelehrte Studien, er wollte ein glänzender Kavalier werden, wollte sich bei den Damen beliebt machen und in Gesellschaft durch seine Vorzüge auffallen. Auch hier hatte der begabte Jüngling großen Erfolg. Er war bald einer der besten Reiter und Tänzer am Berliner Hof und auch in der Musik zeigte er eine über seine Standesgenossen hervorragende Fertigkeit.[34])

Der König, der an den Prinzen eine große Freude hatte, wollte seine Schützlinge auch äußerlich ehren. Bereits am 8. September 1742 hatte er dem Prinzen Ludwig Eugen das ehemalige sohnfeldische Dragoner-Regiment übertragen, und noch im Herbst

[31]) Dizinger II, 64. [32]) 16. Juni 1742, Dizinger II, 64. [33]) Dizinger II, 75 [34]) Dizinger II, 75.

ernannte er Karl Eugen zum Generalmajor und Oberstinhaber eines Füsilier-Regiments.

Auch Maria Theresia hatte im Laufe des Jahres 1742 den jungen Herzog zum Inhaber eines Dragoner-Regiments erklärt. Diesen Umstand müssen wir im Auge behalten, und mit als Grund dafür annehmen, daß den württembergischen Prinzen in der Folge ihr Berliner Aufenthalt verleidet wurde. — Friedrich der Große hatte mit Maria Theresia den Frieden von Breslau geschlossen; und in dem weitergehenden österreichischen Erbfolgekrieg entschied sich das Kriegsglück wieder zu Gunsten Österreichs. Österreichische Truppen hatten Bayern erobert, und die Franzosen bis an den Rhein verfolgt. Württemberg kam dadurch in eine schwierige Lage, einerseits war es Österreich auf Gnade und Ungnade ausgeliefert, andererseits widerstrebte es ihm doch, ein Bündnis mit diesem Staat einzugehen. Und nun erwies Maria Theresia den Prinzen in Berlin Aufmerksamkeiten. Ein unbehagliches Gefühl für diese, denen zwar doppelt liebenswürdig begegnet wurde, die aber doch fühlen mußten, daß sie in eine schiefe Stellung zum Berliner Hofe kamen. Sie wünschten abzureisen, eine Katarrhseuche, die auch sie im Winter 1742/43 befiel, und das Heimweh, das diese Krankheit verursachte, mag diesen Wunsch verstärkt haben.[35]) Dies benützte der Präzeptor Despars, der auf die Prinzen einen großen Einfluß hatte, ihnen Abneigung gegen Berlin einzuflößen. Er wartete schon lange auf eine derartige Gelegenheit, dem protestantischen preußischen Hof und den Geheimräten in Stuttgart Schwierigkeiten zu bereiten. Hinter Despars müssen wir eine katholische Clique annehmen, die es von Anfang an nicht gern gesehen hatte, daß die Prinzen an den protestantischen Berliner Hof kamen, und die durch den Heiratsplan mit einer protestantischen Prinzessin vollends vor den Kopf gestoßen wurde. Auch aus dem Verhalten der Herzogin-Witwe müssen wir schließen, daß sie trotz ihrer anfänglichen Zustimmung zu der Reise den jetzigen Aufenthalt der Prinzen nicht mehr billigte und sie mehr in ihrer Nähe und unter ihrem Einfluß haben wollte.[36]) Despars stand nun mit dem fran-

[35]) Dizinger II, 76. [36]) Allgemeine Deutsche Biographie 15, 377.

zösischen Gesandten am preußischen Hofe, dem Marquis de Valory, in Beziehung, und als das österreichische Heer Bayern immer mehr bedrängte, ergriff Valory gern die Gelegenheit, Frankreichs untreuem Bundesgenossen, dem König von Preußen, durch Despars Verlegenheiten zu bereiten. Es wurde geschürt, dem Erbprinzen kam zu Ohren, die Angelegenheit Mömpelgards sei durch die Unklugheit des Geheimen Rates verdorben, Friedrich aber mußte hören, die Prinzen wollen nach Straßburg übersiedeln. Sicher steckten hinter diesem allem der französische Gesandte und Despars. Aber um auf Karl Eugen noch größeren Eindruck zu machen, suchte Despars in ihm Abneigung gegen seine Braut zu erregen; ja er ging so weit, daß er bei der Mutter der Prinzessin davon sprach, der König wolle die Verlobung lösen.[37])

Die ersten Schreiben wegen seiner und der Brüder Heimkehr sandte Erbprinz Karl Eugen selbst an den Herzog-Administrator und an die Herzogin-Witwe am 13. April und 11. Mai 1743[38]) Er schrieb, ihre Gesundheit sei in Berlin gefährdet und sie hätten viele Verdrießlichkeiten zu erdulden. Man verachte hier die Katholiken, und wegen der vielen Zerstreuungen könnten sie nichts lernen, sie alle sehnten sich zurück zu ihrer Mutter. Die Herzogin-Mutter schrieb darauf ihren Söhnen, sie möchten sich noch gedulden, Ende August oder Anfang September könnten sie von Berlin abreisen. Die Prinzen drängten und schilderten in bewegten Worten die Unhöflichkeiten, unter denen sie zu leiden hätten. Ein Schreiben Despars' (6. Juni 1743)[39]), der ihr schlechtes Aussehen und ihre niedergeschlagene Stimmung schilderte, bestätigte dies. Nun wandte sich Karl persönlich an jedes einzelne Mitglied des Geheimen Rates,[40]) von Hardenberg, von Wallbrunn, Bilfinger und Zech mit der Bitte um baldige Zurückberufung, allein ihre Antwort war für ihn und seine Brüder wenig tröstlich. In einem Gutachten an die Herzogin und den Herzog-Administrator führte der Geheime Rat folgendes aus:[41])

---

[37]) Oeuvres de Frédéric le Grand 27, 117. [38]) Dizinger II, 77, und Karl Eugen und seine Zeit, S. 35.

[39]) Dizinger II, 78. [40]) Brief vom 22. Juni 1743, Dizinger II, 77.

[41]) Dizinger II, 78.

Was die angegriffene Gesundheit der Prinzen anbelange, so sei er außer aller Sorge, haben doch die bisherigen Berichte so günstig gelautet, daß nichts zu befürchten sei. Zur Sicherheit mögen sie von den „Leibmedici und Leibchirurgi“ noch einmal gründlich untersucht werden und der Hofmeister von Laubsky solle bei seinem Eid berichten, wie sich die Prinzen während ihres Aufenthalts in Berlin befunden haben, und ob ihnen die Witterung daselbst so schädlich sei, daß man sie abberufen müsse. Dies sei der natürlichste Weg, um Klarheit zu schaffen. Außer den verschiedenen Gründen, die die Prinzen vorgebracht haben, zeige sich auch eine gewisse Verdrießlichkeit in ihren Briefen. Wenn diese Stimmung von ihrer Umgebung komme, müsse man die Schuldigen zurückrufen oder sie müssen ausgewechselt werden. Wenn sie durch den Hof verursacht würde, so sollen sie sich durch den Oberhofmarschall von Gotter oder durch den Minister von Marschall beim König beschweren. Es sei dies besser, als auf allen möglichen Umwegen seine Unzufriedenheit auszudrücken und damit den König vor den Kopf zu stoßen. Er, der Geheime Rat, sei der Ansicht, daß dem Hause Württemberg durch das jetzige Verhältnis mit dem preußischen König manche Vorteile erwachsen, und daß sie nur deshalb in den letzten Jahren so glimpflich davongekommen und von Österreich geschont worden seien, weil das Land am König von Preußen einen starken Rückhalt gehabt habe. Es sei höchst gefährlich, sich zu einem Vorgehen treiben zu lassen, das die jetzigen Vorteile ins gerade Gegenteil verwandeln könnte. Natürlich wolle man nicht, daß die Prinzen gegen ihren Willen in Berlin blieben, jedoch dürfe man von Stuttgart aus nicht sofort die Zurückberufung einleiten, sondern man solle warten, bis der König die Prinzen selber fort lasse, damit sei dann jede Beleidigung desselben ausgeschlossen und der Welt keine Gelegenheit zu einem Gerede gegeben. Und nun wendet sich der Geheime Rat gegen das Gefolge der Prinzen. Des Erbprinzen Hand sei von bösartigen Menschen mißbraucht worden. Wenn Karl Eugen einzelne Personen verdächtige, und über gewisse Verhandlungen mißtrauisch sei, so sei dies gewiß nicht auf seine Initiative zurückzuführen,

sondern es stehen dahinter Menschen, die der Stuttgarter Regierung übelwollen. Diese sollen sich ja nicht einbilden, daß sie sich hinter dem Erbprinzen verstecken können, er, der Geheime Rat, wolle die Sache gründlich untersuchen und die Schuldigen aufs nachdrücklichste bestrafen. Im übrigen aber müsse er die Ansicht zurückweisen, als ob er die Reise nach Berlin veranlaßt habe, da doch bekannt sei, daß die Herzogin die Reise gewollt habe.

Dieses Gutachten kam zu Ohren der Prinzen und ihrer Umgebung. Laubsky und Despars fühlten sich beleidigt und schürten weiter. Laubsky protestierte gegen die Schrift des Geheimen Rats:[42]) Er übe keinerlei Einfluß auf die Korrespondenz der Prinzen aus, sondern lasse sie schreiben, was ihnen das Herz diktiere. Bezeichnend ist der Schluß des Briefes an die Herzogin: die durchlauchtigsten Prinzen tragen ein ungemeines Verlangen, Euer Durchlaucht die Hände zu küssen. Wahr ist es, wenn sie noch einen Winter hier bleiben sollten, glaube ich. daß sie aus Sehnsucht krank würden. Despars berichtet,[43]) der Erbprinz sei über das Schreiben des Geheimen Rats so in Aufregung geraten, daß er von einer Kolik befallen worden sei. Er sei außer sich über die Behauptung, er habe sich von Verleumdern beeinflussen lassen. In einem Brief an seine Mutter[44]) fragt Karl Eugen, ob ihn eigentlich der Geheime Rat für einen Dummkopf oder für einen schlechten Charakter halte. Zugleich erklärte er, auf keinen Fall länger in Berlin zu bleiben. Er verlangte von Geheimrat Georgii, er solle die nötigen Schritte beim König tun.

Georgii unterhandelte mit dem Ministerpräsidenten Grafen von Podewils, und dieser erklärte, der König sei sehr erstaunt darüber, daß man in diesen verwirrten Zeiten abreisen wolle. Was werde die Welt sagen, wenn die Prinzen jetzt von hier weggehen würden, da der Friede noch nicht geschlossen sei.

---

[42]) Brief an die Herzogin-Witwe vom 13. Juli 1743, Dizinger II, 88.

[43]) Brief vom 18. Juli 1743, Dizinger II, 90. [44]) Brief vom 23. Juli 1743, Dizinger II, 92.

Daraufhin müsse der König von Preußen seine Hand von dem Württembergischen Hause abziehen und es sich selbst überlassen.[45])

Am 23. Juli 1743 untersuchte der Leibarzt Dr. Geßner nochmals die Prinzen und kam zu der Ansicht, daß sie gesund seien. Nur die Stille der jetzigen Zeit und das anhaltende Regenwetter mache das Leben langweilig und die Prinzen verdrießlich. Nun beschlossen der Herzog-Administrator und der Geheime Rat, daß der Aufenthalt der Prinzen in Berlin fortdauern solle.

Auf die Mutter hatten jedoch die Klagen der Prinzen Eindruck gemacht, sie schickte ihren Oberhofmeister, Baron von Montolieu, nach Berlin. Dieser brachte bald in Erfahrung, daß man ihn beschuldige, die Herzogin-Witwe und den König von Preußen gegen einander einzunehmen.[46]) — Um diese Zeit (August 1743) wurde, obgleich der Erbprinz sich angelegentlichst für Despars verwandte, dieser „aus Anlaß persönlicher Ausschreitungen" nach Stuttgart zurückberufen. Er weigerte sich und mußte fliehen, da ihm Verhaftung drohte.

Laubsky schrieb nun in einem Brief vom 3. August 1743 an die Herzogin-Witwe,[47]) wenn auch die Prinzen nicht gerade krank seien, so plage sie doch so sehr das Heimweh, daß eine kleine Krankheit ihnen den Tod bringen könnte. Zumal Prinz Friedrich Eugen sei äußerst furchtsam und habe öfters gesagt, wenn er noch einmal hier krank würde, stürbe er gewiß. Als hierauf keine Antwort erfolgte, erklärte Karl dem Geheimen Rat rundweg,[48]) daß er unter allen Umständen vor dem Winter noch abreisen werde, und wandte sich dann persönlich an den König von Preußen.[49])

Dieser erklärte, er könne keinen Reichsfürsten zurückhalten, aber es sei ihm leid, drei so liebenswürdige Prinzen von seinem Hofe scheiden zu sehen. Sie sollen aber die Wohlfahrt ihres Hauses und Landes beachten und sich überlegen, was das in der Welt für ein Gerede geben würde, wenn sie jetzt abreisen, und

[45]) Dizinger II, 92. [46]) Dizinger II, 95. [47]) Dizinger II, 96. [48]) Brief vom 10. August 1743, Dizinger II, 97. [49]) Vergl. Brief des Herrn von Laubsky an die Herzogin-Witwe, Dizinger II, 97.

daß er in den Ruf käme, daß ihnen an seinem Hofe nicht geziemend begegnet worden wäre. Er habe sich doch alle Mühe gegeben, den Prinzen das Leben so angenehm wie möglich zu machen.

Man versteht auch König Friedrich ohne weiteres, wenn man bedenkt, daß eine sofortige Abreise der Prinzen die Verlobung mit seiner Nichte wahrscheinlich aufgelöst hätte, es lag dem König viel an einer Verbindung mit Württemberg, das ihm von großem Nutzen sein konnte. Er spricht es selber aus in einem Brief an seine Schwester in Bayreuth (23. Juli 1743)[50]), daß er die Prinzen als Pfand der Treue ihrer Mutter hier behalten wolle. Um die Prinzen zu halten, befahl er, daß ihnen doppelt liebenswürdig begegnet würde und zeichnete insbesondere Karl Eugen durch eine persönliche Einladung aus.[51]) Aber die Prinzen fanden den Ton erzwungen, und die Maßregel hatte nicht den gewünschten Erfolg.

In dieser Stimmung bat Karl Eugen, der alles versuchte, von Berlin wegzukommen, den Oberstallmeister von Röder nach Berlin zu reisen, damit er ihm raten solle. Dieser bat um Urlaub, reiste aber, ohne ihn zu erwarten, ab. Man gewährte ihm nachträglich sein Gesuch, jedoch wurde ihm bedeutet,[52]) er möge sich in dortige Angelegenheiten nicht mischen. Ein längerer Urlaub wurde ihm, trotz der Verwendung des jungen Herzogs, abgeschlagen.

Eine Reise Friedrichs nach Bayreuth sollte die Lösung der Angelegenheit herbeiführen. Der König war unter dem Vorwand, seine Schwester in Bayreuth zu besuchen, Ende 1743 ins Reich gereist, um wegen der Gründung eines deutschen Fürstenbundes zu Gunsten Kaiser Karls VII. gegen Österreich zu unterhandeln. Die Herzogin von Württemberg reiste nach Bayreuth zu ihm und bat den König, ihre Söhne heimkehren zu lassen. Friedrich ging auf den Wunsch der Prinzen ein, hatte er doch eine Lösung dieser Angelegenheit gefunden, die beiden Teilen angenehm sein konnte.

[50]) Oeuvres de Frédéric le Grand 27, 118. [51]) Karl Eugen und seine Zeit, S. 37. [52]) In einem Brief des Herzog-Administrators an ihn vom 28. September 1743, Dizinger II, 99.

Um den Herzog von Württemberg bei dem drohenden Krieg Frankreichs und Bayerns gegen Österreich für Kaiser Karl VII. zu gewinnen und ihn an den neu zu errichtenden Fürstenbund[53]) zu fesseln, wollte Friedrich beim Kaiser erwirken, daß er den jungen Fürsten mündig spreche.[54]) Schon im November 1742 hören wir von einem ähnlichen Projekt. Gotter schlägt dem König vor, er solle, wenn sich die Herzogin und die Regentschaft gegen ihn feindselig verhalten, beim Kaiser eine Mündigkeitserklärung für den jungen Prinzen Karl Eugen erwirken, um ihn so gegen die Preußen feindlichen Elemente am Stuttgarter Hof auszuspielen.[55]) Allen geheimen Abmachungen entgegen, die Friedrich bei Gelegenheit der Verlobungsverhandlungen mit der Herzogin-Witwe eingegangen war,[56]) sah jetzt Friedrich den Zeitpunkt für gekommen, der vormundschaftlichen Regierung und dem Frauenregimente in Stuttgart ein Ende zu bereiten,[57]) dem er mit Recht mißtraute; denn es bestand immer die Gefahr, daß Karl Eugen von seiner Mutter zu einer österreichischen Politik gedrängt wurde.[58]) Mit dieser Mündigsprechung war dann auch zugleich der Grund zur Abreise der Prinzen von Berlin gegeben. Der König schrieb am 22. November 1743 an den Kaiser nach Frankfurt,[59]) „wie der junge Herzog von Württemberg in seiner Bildung den Jahren zuvoreilend, vermöge seiner Einsichten, Gaben und Eigenschaften alle Tüchtigkeit besitze, um selbst zu regieren, ja sogar noch größere Staaten zu beherrschen, als diejenigen seien, die die Vorsehung seiner Sorgfalt anvertraut habe.“

Die Verhandlungen in Frankfurt führte der in der späteren Geschichte Württembergs so berüchtigte damalige Reichshofrat und brandenburgisch-bayreuthische Geheime Rat, Freiherr von Montmartin. Bereits am 7. Januar 1744 erfolgte der kaiserliche Entschluß,[60]) vielleicht etwas zu langsam für den preußischen König,

[53]) Pol. Cor. II, 411, 425, 453, 484, 415. [54]) Pol. Cor. II, 447, 448, 450, 473, 484, 485, 496, und Oeuvres de Frédéric le Grand III, 24. [55]) Vergl. Pol. Cor. II, 295, f. — der König allerdings ist für „les voies de douceur“ und will alles Aufsehen vermeiden. Nur im äußersten Falle ist er für die Mündigkeitserklärung. [56]) Droysen II, 164, f. [57]) Koser I, 205. [58]) Frédéric le Grand, histoire de mon temps, in Publikationen aus preußischen Staatsarchiven IV, 300. [59]) Pol. Cor. II, 474. [60]) Dizinger II, 102.

der anfangs schon vor Weihnachten die Mündigkeitserklärung dem Prinzen übergeben wollte, dann auch zu rasch, denn solange er den Erbprinz noch in Berlin hatte, konnte er besser auf ihn einwirken, daß er dem Fürstenbunde beitreten und später die Sache des Kaisers und damit die des Königs von Preußen vertreten werde.[61]) Es war doch wohl so das beste, denn es war sehr ungewiß, ob der Prinz darauf eingehen würde, noch bis Anfang Mai in Berlin zu bleiben.[62])

In dem Schreiben des Kaisers steht, daß er den jungen Erbprinzen von Württemberg auf das Gesuch seiner Mutter, sowie sein eigenes Gesuch unter Rücksichtnahme auf die Zeugnisse und Verwendungen des Königs von Preußen die Vollbürtigkeit erteile und daß die bisherige Vormundschaft aufgehoben werden solle. Karl Eugen wurde mit noch nicht ganz 16 Jahren mündig. Die kaiserliche Volljährigkeitsurkunde brachte der Graf von Waldburg-Zeil nach Berlin und Friedrich der Große überreichte sie in einer feierlichen Versammlung am 5. Februar 1744 dem jungen Herzog.[63])

Zugleich wies er ihn darauf hin, welch hoher Bestimmung er nun entgegengehe, er wünsche ihn von seinem Volk geliebt und von Europa bewundert zu sehen.[64]) Beim Abschied übergab der König dem jungen Fürsten ein versiegeltes Paket, er bat ihn, es erst einen Tag nach seiner Abreise zu öffnen und zu lesen. Es fand sich darin der „Fürstenspiegel oder die Anweisung des Königs für den jungen Herzog Karl Eugen von Württemberg.“[65]) Darin schreibt der König:

„Der Anteil, den ich an Ihrer Mündigsprechung nehme, interessiert mich umsomehr für das Glück Ihrer Regierung, als in gewissem Sinne das Gute und Schlechte auf mich selbst zurückfallen wird. Deshalb fühle ich mich auch verpflichtet, Ihnen meine Ansicht über Ihren neuen Wirkungskreis mitzuteilen. Ich bin keiner von denen, die aus Vorurteil oder Eitelkeit Befehle anstatt der Ratschläge geben; die sich für unfehlbar halten, und

[61]) Pol. Cor. II, 447, 448. [62]) Pol. Cor. II, 473. [63]) Dizinger II, 106. [64]) In einem eigenhändigen Schreiben vom 6. Februar 1744, Dizinger II, 106. [65]) Oeuvres de Frédéric le Grand 9, 1.

die wollen, ihre Freunde sollen nur durch ihre Vermittlung denken, handeln und atmen. So sehr auf der einen Seite diese Anmaßung lächerlich wäre, so sehr wäre ich auf der anderen Seite schuldig, wenn ich Ihnen das nicht sagen würde, was keiner Ihrer Untertanen Ihnen sagen kann.

Es ist sicher, daß jedermann auf die ersten Schritte eines Mannes achtet, der ein hohes Amt antritt, und daß es die ersten Handlungen sind, die das Urteil des Publikums bestimmen. Erwerben Sie sich also gleich anfangs einen guten Ruf, damit Sie das Vertrauen des Publikums gewinnen, was meiner Ansicht nach die wünschenswerteste Sache ist. Sie werden überall Leute finden, die Ihnen schmeicheln und Ihr Vertrauen zu gewinnen suchen, um Sie zu beherrschen, andererseits werden Ihnen Leute begegnen, insbesondere unter Ihren Räten, die Ihnen die leichteste Sache als sehr schwer vorstellen, um Sie von den Geschäften fernzuhalten. Lassen Sie sich nicht abschrecken, sondern suchen Sie einen genauen Einblick in die Regierung zu gewinnen und besonders in die Finanzen, denn diese sind der Nerv des Landes. — Hüten Sie sich vor schlechten Räten, achten Sie besonders darauf, wieweit Sie den Geheimen Räten Bilfinger und Hardenberg trauen können.

Seien Sie fest in Ihren Entschlüssen, wägen Sie das Für und Wider sorgfältig ab, damit Sie von keinem Entschluß abweichen müssen und so immer Ihre Autorität wahren können.

Bestrafen Sie die Urheber von Intriguen an Ihrem Hofe streng, um ein abschreckendes Beispiel zu geben. Seien Sie in Ihren Urteilen weder zu weich noch zu hart.

Denken Sie daran, daß nicht Württemberg für Sie gemacht ist, sondern daß Sie vielmehr die Vorsehung bestimmt hat, dieses Land glücklich zu machen. Ordnen Sie Ihre persönlichen Wünsche den Pflichten des Landes unter, so werden Sie von Ihrem Volke geliebt und von der Welt bewundert werden.

Sie sind das Haupt der bürgerlichen Religion des Landes, welche in der Rechenschaft und in allen sittlichen Tugenden besteht. Befördern Sie die Ausübung derselben. Für die geistliche Religion lassen Sie Gott und ihre Diener sorgen. Hüten Sie sich

vor Schwärmerei, die in Unduldsamkeit ausartet. Schon Ihre Staatsklugheit muß Sie dazu bestimmen, da ja alle Ihre Untertanen Protestanten sind. Wenn Sie duldsam sind, werden Sie angebetet werden, wenn Sie Andersgläubige verfolgen, wird man Sie verabscheuen.

Halten Sie immer fest am Deutschen Reich und bevorzugen Sie keinen von Ihren beiden Nachbarn, Österreich und Frankreich. Es gibt für Sie keine Sicherheit gegen den Ehrgeiz Ihrer Nachbarn als in der Erhaltung des Reichssystems. Verachten Sie nicht den Kaiser in seinem Unglück, und halten Sie an ihm fest, so weit es Ihnen ohne Gefahr möglich ist.

Genießen Sie Ihre Jugend und lassen Sie einige Jahre im Genusse lebend, verstreichen. Heiraten Sie dann eine Prinzessin aus nicht zu großem Hause, denn eine solche würde glauben, Ihnen eine Gnade zu erweisen, wenn sie Ihnen die Hand zur Ehe reicht.

Ehren Sie immer Ihre Mutter als die Urheberin Ihres Lebens, der Dank gegen die Eltern soll keine Grenze haben."

Friedrich schließt mit den Worten: „Mit außerordentlicher Freude werde ich es hören, wenn Ihre Untertanen Ihre Regierungstätigkeit preisen und segnen werden."

Gewiß eine Denkschrift von großem allgemeinem sittlichen Wert, sie zeigt eine merkwürdige Reife des Geistes bei dem 32jährigen Friedrich, der erst vier Jahre den Thron inne hatte: dabei können wir uns allerdings nicht verhehlen, daß manches für die Person Karl Eugens und die damalige politische Lage berechnet war. Besonders das Wort: Trennen Sie sich nie vom Reich und seinem Haupt, und verachten Sie nicht das Haupt des Reiches, wenn es im Unglück ist, hat doch bei Friedrich zunächst die Bedeutung, zu dem vertriebenen Karl VII. zu halten und gegen Österreich Stellung zu nehmen. Ob er einige Jahre darauf, als Österreich die Kaiserkrone hatte, noch dieselbe Ermahnung, zum Kaiser zu halten, gegeben hätte, mag mit Recht bezweifelt werden. Sein Rat, Karl soll seine Jugend genießen, ehe er in die Ehe trete, zeigt, daß er den leidenschaftlichen Charakter des Prinzen erkannt hatte, dieser Rat war aber bei Karl sehr gewagt. Wenn der König ihm rät, nicht eine Prinzessin

aus großem Hause zu heiraten, so wollte er vielleicht auf seine zukünftige Verlobte, die Prinzessin von Bayreuth, hinweisen. Er machte Karl Eugen gegen die Geheimen Räte Hardenberg und Bilfinger mißtrauisch, der Grund dafür ist wohl, daß man in Berlin die beiden Räte für österreichisch gesinnt hielt,[66]) und daß sie beide der frühen Mündigsprechung Karl Eugens widerstrebt hatten.

Am 8. Februar 1744 reisten die Prinzen von Berlin ab. Ihr Weg ging über Bayreuth, wo sie ihre Mutter und ihre Schwester, die ihnen entgegengereist waren, antrafen. Der schon ein paar Jahre vorher gefaßte Plan einer Verbindung zwischen dem Hause Württemberg und Brandenburg-Bayreuth kam nun zur Ausführung. Am 21. Februar 1744 wurde die feierliche Verlobung Karl Eugens und der Elisabeth Sophie Friedericke durch Ringwechsel vollzogen. In einer Art Ehekontrakt wünscht Friedrich den beiden Häusern Württemberg und Brandenburg die „erfreulichsten Folgen dieser Verbindung, an welcher niemand mehr teilnehmen könne, als er.“[67])

Glänzende Feste wurden während der ganzen Zeit von Karls Aufenthalt an dem lebenslustigen Hofe zu Bayreuth gefeiert. — Der junge Bräutigam war erst 16, die Braut $11^1/_2$ Jahre alt, doch scheint Karl sehr verliebt gewesen zu sein.

Nach Beendigung der Feierlichkeiten am Bayreuther Hofe wurde die Reise fortgesetzt, und am 10. März 1744 zog der junge Herzog unter dem Jubel der Bevölkerung in Stuttgart ein. Am 12. März drückte er dem Geheimen Rat seine Zufriedenheit aus über den Eifer und die Vorsicht, die er während seiner Vormundschaft bewiesen habe, hierauf erkannte er die Landesverfassung und die Religionsreversalien seines Vaters an und übernahm förmlich die Regierung. Ein junger Herr, ohne eigene Erfahrung und Menschenkenntnis, sehr eingenommen von sich, trat dieser Fürst in Verhältnisse hinein, die ihm große Freiheit und Genuß verbürgten und denen gegenüber er sein vorheriges Leben wie eine wahre Gefangenschaft ansehen mußte. Seine großen Anlagen, die in ihm schlummerten, sollten sich in der Folge im Bösen wie im Guten zeigen.

---

[66]) Pol. Cor. II, 473. [67]) Vergl. Karl Eugen und seine Zeit I, S. 58.

II. Karl Eugens Regierung bis zum Siebenjährigen Krieg.

Schon vor dem Regierungsantritt Karl Eugens fanden Verhandlungen statt wegen des Beitritts Württembergs zu einem Fürstenbündnis gegen Österreich, doch war der junge Herzog, der von den Geheimen Räten Georgii und Keller beraten war, abgeneigt, trotzdem er sich eigentlich dem Kaiser für seine Mündigsprechung hätte erkenntlich zeigen sollen. Er wollte höchstens dem König von Preußen 1000 Rekruten liefern, der sie dann wieder an den Kaiser abgeben könne.[1]) Friedrich erneuerte seinen Versuch, konnte aber den Herzog nicht dazu bewegen, seine Neutralität aufzugeben. Es wäre Karl Eugen nicht gelungen, neutral zu bleiben, wenn der preußische König nicht den Ausweg ergriffen hätte, seinerseits mit Württemberg einen Vertrag abzuschließen, der für Preußen und Württemberg gleichermaßen vorteilhaft war. Es bot sich zur Schließung eines solchen Vertrags jetzt eine passende Gelegenheit. 1743 war das Freundschaftsbündnis, das Preußen und Württemberg verband, abgelaufen, jetzt am 31. Januar 1744 schloß man auf 20 Jahre ein Schutzbündnis ab und verpflichtete sich, besonders in Religionsangelegenheiten, gemeinsam vorzugehen; zugleich wollte Preußen sich bei Frankreich wegen des schwebenden Erbschaftsstreites um Mömpelgard verwenden.[2]) In einem geheimen Artikel verpflichtete sich Württemberg, im gegenwärtigen Krieg (österreichischer Erbfolgekrieg) neutral zu bleiben und Preußen drei Jahre lang je 400 Mann in seinem Lande ausheben zu lassen, anstatt der 800—1000 Mann, die Karl auf einmal stellen wollte.[3]) Mit diesem Bündnis zog Friedrich Württemberg auf seine Seite und weg von Österreich; aber um noch wirksamer vorzugehen, beauftragte er seinen Gesandten in Stuttgart auf die Geheimen Räte Hardenberg und

[1]) Pol. Cor. III, 4, 5, 16. [2]) Siehe Anmerkung 10, S. 13. [3]) Karl Eugen und seine Zeit I, S. 148.

Bilfinger, die im Verdacht standen, Österreich zuzuneigen, achtzugeben, „damit solche mit ihren gegen des Kaisers Majestät übelgesinnten Sentiments nicht aufkommen, noch etwas tun könnten, welches dem Interesse des Kaisers zuwider wäre.“ Auch soll er herauszubringen suchen, wer des Herzogs besonderes Vertrauen besitze, und diesen soll er dann durch Höflichkeiten möglichst für den König gewinnen, damit sich dieser seiner eventuell durch eine Pension, die er ihm aussetzen wolle, versichern könne.[4]) Hardenberg und Bilfinger mußten dem preußischen König ein Dorn im Auge sein, waren doch sie es hauptsächlich, die sich der frühen Mündigsprechung des Herzogs widersetzt hatten. Von einem so jungen Herrscher konnte man nach ihrer Meinung wenig Gutes erwarten. Friedrich legte ihr Widerstreben falsch aus, er rechnete sie zu den damaligen kleinstaatlichen Ministern, die unter dem Titel kaiserliche Minister in kaiserlichen Diensten standen. Einen Grund, daß sie nach Österreich hinneigten, mögen wir dem Umstand zuschreiben, daß sie wie die meisten Süddeutschen daran gewöhnt waren, in Österreich die natürliche Vormacht im Deutschen Reich zu sehen, und daß Friedrich des Großen kühnes Unterfangen, Führer des Protestantismus zu sein (wenn auch dies bei ihm nur das Mittel war, seine preußische Politik zu stärken) und den Schwerpunkt Deutschlands nach dem Norden zu verlegen, von ihnen nicht gewürdigt wurde.[5])

Das Ende des Jahres 1743 sah Friedrich bei der Arbeit, ein Bündnis der Reichsfürsten zum Schutze des Kaisers zustande zu bringen. Sein Gedanke war wohl, zwischen dem Kaiser und dem Fürstenbund auf der einen Seite, Österreich auf der anderen Seite zu vermitteln, d. h. Österreich, das die drohende Übermacht des ganzen Reiches gegen sich sah, den Frieden zu diktieren. Aber die Verhandlungen mit den deutschen Fürsten hatten ein geringes positives Resultat. Die Reise des Königs in das Reich zeigte, daß die Fürsten, die dem Kaiser wohlwollten, durch dessen Unglück so eingeschüchtert waren, daß sie nicht wagten, mit ihm gemeinsame Sache zu machen, und dieser Plan fand auf der anderen Seite naturgemäß bei den Anhängern Österreichs all-

[4]) Pol. Cor. III, 24. [5]) Ein kleinstaatlicher Minister des 18. Jahrhunderts, S. 76.

gemeine Ablehnung. Württemberg, das Direktorium des schwäbischen Kreises, mußte dafür gewonnen werden, und Friedrich, der ja mit diesem Staat verbündet war, ließ es sich angelegen sein, dies zu tun. Aber die württembergische Regierung verhielt sich ablehnend. Nachdem dann der Krieg wieder ausgebrochen war und die Österreicher Württemberg bedrohten, drängte Friedrich nicht mehr, da er Württemberg den Österreichern nicht preisgeben wollte. Das Ergebnis aller Verhandlungen war die sogenannte „Frankfurter Union" vom 22. Mai 1744, die tatsächlich nur von Mannheim und Kassel dem Kaiser und König Friedrich abgeschlossen wurde, und der später Frankreich beitrat. Württemberg blieb neutral, versprach allerdings auch keinem Gegenbündnis beizutreten.[6])

Als dann Frankreich für die Union gewonnen wurde, suchte Friedrich nochmals die württembergische Regierung zur Union hinzudrängen durch die Aussicht, er werde bei Frankreich in der Mömpelgarder Streitfrage sich für sie verwenden. Er hoffte so den Herzog und damit den ganzen schwäbischen Kreis für sich günstig zu stimmen.

Als im August 1744 nach Ausbruch des zweiten schlesischen Krieges die Franzosen und der Kaiser wieder mehr Luft bekamen, wurde Württembergs Stellung äußerst kritisch. Die Franzogen zogen in die vorder-österreichischen Lande ein, und es lag die Gefahr nahe, daß die umliegenden württembergischen Gebiete in Mitleidenschaft gezogen würden. Friedrich wies jetzt[7]) darauf hin, daß der Bündnisfall des Vertrages vom 31. Januar 1744 eingetreten sei. Auf der anderen Seite suchte man vom fränkischen Kreis aus Württemberg und den schwäbischen Kreis auf die Seite Österreichs zu ziehen. Der Geheime Rat ging auf nichts ein und war der Ansicht, der schwäbische Kreis müsse unter allen Umständen seine Neutralität wahren, denn nur dadurch habe Württemberg einen gewissen Einfluß.[8])

---

[6]) Pol. Cor. III, 333. [7]) 22. Dezember 1744. Siehe Pol. Cor. III, 366.

[8]) Für die zwei vorhergehenden Abschnitte vergl. Koser I, 220 ff.; Dove, Das Zeitalter Friedrich des Großen und Josef II., 243 ff.; Karl Eugen und eine Zeit, S. 148; Droysen II, 161 ff.

Nach dem Tode Kaiser Karls VII. war der eigentliche Lebensnerv der Union abgeschnitten. Bayern schloß im Frühjahr 1745 den Füßener Frieden, das Übergewicht Österreichs in Süddeutschland war wieder hergestellt. Die Truppendurchzüge der Franzosen waren nun die einzige Plage, unter der das Land zu leiden hatte, und Karl Eugen suchte sie nach Möglichkeit abzustellen, was ihm allerdings von Friedrich den Vorwurf einbrachte, daß er die Kreise gegen Frankreich aufhetze.[9]) Dieser gereizte Ton scheint uns hervorgerufen durch die politisch wenig entgegenkommende Haltung des Herzogs gegenüber Friedrich,[10]) und in der Folgezeit sollten politische wie familiäre Verwicklungen dieses Verhältnis immer kühler gestalten.

Friedrich beklagt sich, daß ihm die Deserteure seines Heeres von Württemberg nicht ausgeliefert werden, wozu es doch vertragsmäßig verpflichtet sei, und daß man seinen Offizieren, die diese Leute verfolgten, Schwierigkeiten bereitet habe,[11]) andererseits fühlte sich Württemberg durch preußische Rekrutenwerbungen und durch die Eigenmächtigkeiten preußischer Offiziere bei der Verfolgung von Deserteuren belästigt.[12]) Aber der Hauptgrund, weshalb sich beide Fürsten mehr und mehr entfremdeten, war die Mömpelgarder Streitfrage. Württemberg erwartete von seinem Verbündeten, daß er ihm hier behilflich sei und Frankreich überreden solle, die Besitzungen herauszugeben,[13]) auf der anderen Seite wollte aber Karl Eugen unter keinen Umständen Friedrich ein Opfer bringen, man denke nur an die ablehnende Haltung Württembergs anläßlich der Unionsbestrebungen deutscher Fürsten unter dem Kaiser. Naturgemäß mußte Friedrich hierüber erzürnt sein, und in seinen Briefen äußert er sich manchmal sehr scharf über den Herzog und dessen egoistische Politik.[14]) Da aber Friedrich in der Zurückgabe der Besitzungen an Württemberg eine Festigung des Friedens sah, verwendete er sich bei Frankreich für seinen Verbündeten, doch befahl er seinem Gesandten in Paris, die württembergischen Interessen nicht in den

---

[9]) Karl Eugen und seine Zeit, S. 149. [10]) Pol. Cor. III, 271, 278. [11]) Pol. Cor. V, 8. [12]) Pol. Cor. V, 32. [13]) Pol. Cor. III, 271. [14]) Vergl. einen Brief an den Herzog vom 12. September 1744, Pol. Cor. III, 278.

Vordergrund zu rücken, sondern sie mehr als Nebensache zu behandeln,[15]) ja gelegentlich ganz davon zu schweigen und ja nicht durch sie die französischen Minister zu verstimmen; im März 1747 schreibt er seinem Gesandten in Paris, die Angelegenheit ganz fallen zu lassen.[16]) Der Aachener Frieden brachte dann die strittigen Mömpelgarder Besitzungen an Württemberg zurück, die burgundischen und elsässischen unter französische Oberhoheit.

Im ganzen, können wir sagen, waren die Beziehungen Preußens und Württembergs zueinander während dieser ganzen Zeit noch die alten guten. Die württembergische Regierung neigte mehr auf die Seite Preußens, da sie der Meinung war, Preußen nütze ihr mehr als Österreich.[17]) Auf der anderen Seite glaubte Friedrich bei einer eventuellen Kaiserwahl auf ein Bündnis mit Württemberg neben Kurpfalz hoffen zu können.[18])

Auch das Verhältnis der Herrscher dieser beiden Länder war ein gutes, trotz einer gewissen Kühle und einer gewissen Verstimmung. Karl war die ganze Zeit über mit dem bayrischen Hofe in regem Verkehr gestanden, er liebte seine Braut und wollte sie möglichst bald zu seiner Gattin machen. Am 26. September 1748 wurde denn auch Karl Eugen mit der Prinzessin Elisabeth Sophie Friedericke getraut. Nach der zeitgenössischen Beschreibung des Oberhofmarschallamtssekretärs Schönhaar wurde die Heirat mit großem Pomp und Glanz gefeiert. Wie in einem Triumphzug fuhr dann das junge Paar durch Württemberg nach Stuttgart, wo ein überaus großartiger Einzug stattfand.

Die ersten Jahre nach der Verheiratung lebte das junge Paar glücklich miteinander. Auch mit den Eltern in Bayreuth stand es im besten Einvernehmen. Friedrich, der die Tochter seiner Lieblingsschwester und Karl Eugen immer gern gehabt hatte, freute dies sehr, und in einem gelegentlichen Brief an seine Schwester in Bayreuth schreibt er, es hätte ihm eine große Freude gemacht, wenn die Herzogin und der Herzog auf ihrer Dresdner Reise einen kleinen Abstecher nach Berlin gemacht hätten, um ihn zu besuchen, er hätte sie wie Kinder des Hauses

[15]) Pol. Cor. V, 356. [16]) Pol. Cor. V, 381. [17]) Vergl. Ein kleinstaatl. Minister des 18. Jahrhunderts, S. 83. [18]) Pol. Cor. VII, 347.

aufgenommen.[19]) — Beide Ehegatten waren von lebhaftem, feurigem Temperament und sie liebten einander. Doch bald zeigte sich ein großer Fehler der Herzogin, der mit ein Grund war, daß das ganze Verhältnis gestört werden sollte, die Eifersucht. Karl liebte es nicht, sich in seinen Neigungen einzuschränken, so wurden die beiden Gatten immer kälter gegeneinander. Eine Reise nach Jtalien, von der man hoffte, sie werde zur Versöhnung beitragen, hatte nicht den gewünschten Erfolg. Friedrich kam übrigens in einem Brief an seine Schwester, die Markgräfin von Bayreuth, auf diese Reise zu sprechen und zeigte sich hier äußerst weitherzig. Er tadelte den Herzog wegen dieser Verschwendung nicht; wenn man sich ein Vergnügen verschaffen könne, ohne irgend jemand Unrecht zu tun, solle man es genießen, und er spielte auf seine eigene Reise nach Straßburg an, die jedenfalls eine größere Dummheit gewesen sei.[20]) Die Herzogin trennte sich zuletzt von ihrem Gemahl und kehrte 1756 zu ihren Eltern nach Bayreuth zurück. Karl Eugen reiste ihr nach, doch war ein Versöhnungsversuch erfolglos. Der Herzog und die Herzogin lebten von nun an getrennt. Der Grund der Trennung ist nicht sicher; ob Untreue des Herzogs oder eine kränkende Behandlung der Herzogin den Anlaß gab, können wir nicht nachprüfen. Friedrich war die Sache sehr unangenehm, er wollte mit allen Mitteln eine Aussöhnung zustande bringen, doch es war ohne Erfolg.[21]) Karl Eugen verhielt sich vollständig ablehnend. Dies entfremdete die ehemaligen Freunde immer mehr, besonders weil Friedrich auch Karl Eugen für den schuldigen Teil hielt und brachte im Laufe der Jahre eine große Erbitterung in das Verhältnis der beiden.

Streitigkeiten wegen der unregelmäßigen Zahlung der Leibrente und den Gang des ferneren Lebens der Herzogin werden

---

[19]) Pol. Cor. VIII, 294. [20]) Der König meint eine Reise, die er im Jahre 1740 nach Straßburg machte. Pol. Cor. IX, 365. Eine Beschreibung davon siehe Oeuvres de Frédéric le Grand XIV, S. 156.

[21]) K. E. u. s. Z., S. 71, (das Werk der Mrs. Burell war dem Verfasser nicht zugänglich) und R. Fester, Friedrich d. Gr. und die Herzogin Friederike Elisabeth von Württemberg, in Deutsche Rundschau 1902, S. 460—463.

wir später, bei Gelegenheit des Eingreifens Friedrichs in den Streit der Landstände mit dem Herzog in den 60er Jahren, weiter verfolgen können.

Eine allmähliche Entfremdung der Verbündeten sollte sich auch politisch anbahnen. Der junge Herzog gab im Laufe der Jahre seine anfängliche Zurückhaltung auf. Der Friede von 1748 nahm einen großen Druck von ihm und seinem Lande; jetzt zeigte er Neigung zu einer glänzenden Hofhaltung. Der riesige Aufwand mußte durch große Summen bestritten werden, und Karl verfiel auf dasselbe Mittel, das damals so ziemlich alle kleinstaatlichen Fürsten benützten, um ihre Kassen zu füllen: sie suchten durch einen Subsidienvertrag ihr Heer zu verwerten, d. h. sie verkauften um Geld die Landeskinder und ließen sie für fremde Interessen und in fremden Ländern schmählich umkommen.

Karl Eugen beauftragte Anfang 1750 den württembergischen Geheimrat in Berlin, Preußen einen solchen Subsidienvertrag anzubieten, aber der Bescheid von Berlin war abschlägig: Friedrich freute sich zwar über das Anerbieten, doch sei der Marsch von Württemberg nach Preußen zu weit und anstrengend und es würde durch den Durchmarsch dieser Truppenabteilungen durch die vielen kleinen Staaten zu viel Staub aufgewirbelt, als daß ein wirklicher Vorteil dabei herauskäme.[22]) Umsomehr drängte Friedrich, für den die unmittelbare Unterstützung von süddeutschen Truppen keinen Wert hatte, Württemberg dazu, Frankreich einen solchen Vertrag anzubieten.[23]) Zur selben Zeit taucht der Plan einer Union gegen Österreich auf. Sie blieb unausgeführt. Preußen ging damit um, die Wahl des Erzherzogs Josef zu hintertreiben und suchte deshalb ein Bündnis deutscher Fürsten unter preußischer Führung zu schaffen, das die Wahl vereiteln sollte.[24]) Preußens Verhältnis zu Frankreich war wieder ein gutes geworden, eben hatten sie einen neuen Vertrag abgeschlossen, und der preußische Verbündete suchte nun seinem Alliierten Württemberg zuzuführen.[25]) Den Herzog überredete er, sich Frankreich an-

[22]) Pol. Cor. VII, 361, 362. [23]) Pol. Cor. VIII, 204. [24]) H. Meyer, Der Plan eines evangelischen Fürstenbundes im Siebenjährigen Krieg, S. 9. [25]) Pol. Cor. VIII, 469 f.

zuschließen, das seine Interessen am wirksamsten vertreten könne, und Frankreich wies er darauf hin, es möge hier zugreifen, Württemberg sei noch der einzige größere Staat in Deutschland, der zu einem Bündnis mit Frankreich zu haben sei. Auch Friedrichs Schwester, die Markgräfin von Bayreuth, ist bei den Verhandlungen beteiligt, sie weist die französischen Geschäftsträger darauf hin, wie die württembergischen Minister am ehesten zu einem Bündnis mit Frankreich gebracht werden können.[26])

Friedrich meint, es tue allerdings Eile not, da Österreich ihnen sonst zuvorkommen und ihnen den Verbündeten wegschnappen werde.[27]) Endlich am 4. September 1752 schloß Frankreich nach langem Feilschen um den Preis[28]) mit Herzog Karl einen Subsidientraktat ab. Zweck desselben war, die Aufrechterhaltung der Ruhe im Reich und des Friedens mit Frankreich. Frankreich verpflichtete sich, sechs Jahre lang je 130 000 Gulden Hilfsgelder zu bezahlen, rückwärts vom 1. Dezember 1751 an und für Aufstellung von je 1000 Mann 48 328 Gulden, für den Unterhalt derselben im Frieden jährlich 64 473 Gulden, im Krieg 78 507 Gulden. Im Fall des Krieges, den ein Verbündeter Frankreichs in Deutschland führe, habe der Herzog innerhalb drei Monaten zwei Regimenter zu je 1500 Mann zu stellen. Ausgenommen von der Verpflichtung ist der Kampf gegen den Kaiser, in seiner Eigenschaft als das Haupt des Reiches. Die Truppen des Württembergers gelten nur als Hilfstruppen und sind dem König von Frankreich direkt unterstellt. Im Falle eines Reichskrieges gegen Frankreich ist es dem Herzog gestattet, sein Reichskontingent zu stellen, und es auch gegen den König von Frankreich marschieren zu lassen, ohne deshalb von diesem als Feind behandelt zu werden. Andere Bündnisse darf Württemberg nur mit Genehmigung Frankreichs schließen. Der Herzog verpflichtet sich fernerhin, in seiner Eigenschaft als Reichs- und Kreisfürst das gute Verhältnis zu Frankreich zu fördern und eine Teilnahme des Reiches an einem Kriege zu hintertreiben.[29])

Ein Schritt von weitgehender Bedeutung war es, den der

[26]) Pol. Cor. VIII, 414, 417. [27]) Pol. Cor. VIII, 511, 547. [28]) Pol. Cor. VIII, 516. [29]) Karl Eugen u. s. Z., S. 150.

Herzog unternommen hatte. Von jeher sah man in Württemberg den Nutzen des Landes in strenger Neutralität, jetzt wurde die Regel durchbrochen, Württemberg band sich, und der Siebenjährige Krieg zog dann das Land in kriegerische Verwicklungen, die ihm nichts nützten. Eine merkwürdige Ironie des Schicksals ist es auch, daß Preußen seinen Bundesgenossen an Frankreich abgab, ja ihn beinahe nötigte, dieses Bündnis einzugehen, um einige Jahre darauf im Siebenjährigen Krieg infolge dieses Vertrages an dem ehemaligen Freund einen Feind zu haben.

Ein wichtiges Ereignis politischer Natur brachte übrigens zu Anfang des Jahres 1753 die Gemüter in Erregung. Friedrich dem Großen wurde ein Brief des französischen Obersten, Prinzen Ludwig Eugen von Württemberg, an einen österreichischen General zugeschickt, demzufolge ein Freund des Prinzen, der französischer Offizier sei, — Ludwig Eugen ist selbst damit gemeint, — willens sei, in Österreichs Dienste zu treten, in dessen Heer von jeher seine Vorfahren gedient haben, und wo er wegen seines Ranges ohne weiteres ein Regiment erhalten werde.[30]) Friedrich gab der französischen Regierung einen Wink,[31]) man müsse unter allen Umständen den Prinzen zu halten suchen und ihn insbesondere von Württemberg, wo er sich eben befand, zurückberufen,[32]) denn Österreich hoffe, Prinz Ludwig werde auch seinen Bruder Karl Eugen, den regierenden Herzog, beeinflussen, ihrem Vater zu folgen und auf dem „alten guten Weg an Österreichs Seite zu gehen.“[33]) Von Österreich wurde Ludwig Eugen der Rang eines Generalmajors, wie er ihn in Frankreich hatte, und ein Infanterie-Regiment versprochen.[34]) Friedrich beauftragte seinen Bevollmächtigten in Paris, der französischen Regierung die ganze Intrigue aufzudecken und auf die verhängnisvollen Folgen hinzuweisen, die ein Eingehen des Prinzen Ludwig auf den österreichischen Vorschlag haben würde.[35]) Die französische Regierung sondierte bei dem Prinzen, doch dieser behauptete, nie daran gedacht zu haben, österreichische Dienste zu nehmen.[36])

[30]) Pol. Cor. IX, 357. [31]) Pol. Cor. IX, 357. [32]) Pol. Cor. IX, 375. [33]) Pol. Cor. IX, 399. [34]) Pol. IX, 399. [35]) Pol. Cor. IX, 399. [36]) Pol. Cor. IX, 428 und 452.

Die französischen Minister gaben sich den Anschein, als ob sie mit dieser Erklärung zufrieden wären. Um den Prinzen zu halten, glaubten sie, sei es das beste Mittel, möglichst wenig Mißtrauen zu zeigen.[37]) Ludwig Eugen scheint ein verschlossener Charakter gewesen zu sein, wenigstens zeigte er sich bei allen diesen Verhandlungen äußerst zurückhaltend und vorsichtig.[38]) Obwohl der König aus sicherer Quelle wußte, daß der Prinz auf ein österreichisches Regiment und auf eine passende Gelegenheit, nach Österreich zu gehen, wartete, ließ sich der Prinz doch nicht mit der österreichischen Partei in Berlin, wohin er Ende 1753 gereist war, ein.[39]) Friedrich, dem außerordentlich viel daran lag, den Prinzen von Österreich fernzuhalten,[40]) ließ dessen Bruder, dem regierenden Herzog von Württemberg, durch den französischen Gesandten in Stuttgart die Sachlage mitteilen und ihm raten, wenn er den Plan Ludwig Eugens vereiteln wolle, sich ja zu beeilen.[41]) Ein versöhnliches, liebenswürdig gehaltenes Schreiben Friedrichs an Ludwig Eugen, von Anfang Januar 1754, zeigt, daß die Bemühungen, den Prinzen in Frankreich zu halten, erfolgreich gewesen sein müssen, obschon nachher beim preußischen Gesandten in Paris im Jahre 1755 wieder mißtrauische Gerüchte umliefen.[42])

Bei diesen Verhandlungen beteiligte sich besonders auch und mit großem Eifer die Partei des Königs von Preußen ergreifend, Prinz Friedrich Eugen von Württemberg, ein Bruder des regierenden Herzogs und des Prinzen Ludwig.[43]) Seine Freundschaft und Bewunderung für Friedrich den Großen datierte von dem Berliner Aufenthalt der württembergischen Prinzen von 1741 bis 1744 her. Er bezeugte dem König immer eine große Dankbarkeit und bat ihn zuletzt 1749, ihn in sein Heer aufzunehmen,[44]) in dem er dann lange Jahre in treuer Aufopferung für den König aushielt. Später sollte dieser Prinz zu Friedrich in nähere Beziehungen treten, denn am 29. November 1753 heiratete er die Prinzessin Friederike Dorothee Sophie von Brandenburg-Schwedt,

[37]) Pol. Cor. X, 19. [38]) Pol. Cor. X, 154, 428. [39]) Pol. Cor. X, 154, 76. [40]) Pol. Cor. X, 47. [41]) Pol. Cor. X, 154. [42]) Pol. Cor. XI, 99. [43]) Württembergische Jahrbücher 1875, S. 44. [44]) Württembergische Jahrbücher 1875, S. 43.

eine Nichte des Königs.[45]) Das gute Verhältnis zum König schien sich allerdings 1755 trüben zu wollen. Am 1. Juni 1755 lief beim König ein Abschiedsgesuch des Prinzen ein. Ein alter, verdienter Oberst, von Normann, wurde zum Generalmajor befördert, obwohl er im Dienst als Oberst jünger war als der Prinz, der übergangen wurde. Der Prinz glaubte beim König in Ungnade gefallen zu sein und schickte sein Entlassungsgesuch. Der König antwortete ihm beschwichtigend und suchte ihm den Fall klarzulegen.[46]) Er dürfe sich nicht verletzt fühlen, wenn so ein alter Offizier, der schon im Dienst gewesen sei, als der Prinz geboren wurde, ihm vorgezogen würde. Der Prinz beharrte auf seinem Abschiedsgesuch (22. Juni 1755)[47]) und der König fühlte sich nun veranlaßt, den württembergischen Residenten von Hochstätter zu bitten, den Prinzen von seinem Entschluß abzubringen.[48]) Hochstätter hatte sich schon früher beim Staatsminister von Finkenstein sehr beunruhigt gezeigt, als er von der Sache hörte: Friedrich Eugen, der mit einer protestantischen Prinzessin verheiratet war und dessen Kinder protestantisch erzogen werden sollten, war voraussichtlicher Thronfolger. Er war die Hoffnung der protestantischen Partei und sonderbarerweise sah man sofort in diesen Verwicklungen Umtriebe der Katholiken.[49]) Hochstätter reiste nun nach Treptow, dem Aufenthalt des Prinzen.[50]) Er überredete ihn, das Abschiedsgesuch zurückzuziehen. Es stellte sich heraus, daß Friedrich Eugen mit seinem Schwiegervater, dem Markgrafen Friedrich Wilhelm von Brandenburg-Schwedt, schlecht stand, und daß ihn hauptsächlich dieser Grund zu seinem Schritt veranlaßt hatte.[51]) Der König bedauerte dies. doch wies er jede Verantwortung seinerseits in dieser Angelegenheit zurück. Er betonte, er habe den Prinzen von Anfang an vor dem Markgrafen als einem unverträglichen Menschen gewarnt und gab ihm den Rat, um des Friedens willen seinem Schwiegervater seinen kleinen Fehler nachzusehen.[52]) Ende 1756 wurde dann Friedrich Eugen, besonders auch auf Bitten seines Bruders Karl Eugen, zum preußischen Generalmajor befördert.[53])

[45]) Württemb. Jahrb. 1875, S. 45, und Pol. Cor. X, 160. [46]) Pol. Cor. XI, 174. [47]) Württemb. Jahrb. 1875, S. 45. [48]) Württemb. Jahrb. 1875, S. 45. [49]) Pol. Cor. XI, 179 und 180. [50]) Pol. Cor. XI, 195. [51]) Pol. Cor. XI, 205, 206, und Württemberg. Jahrbücher 1875, S. 45. [52]) Pol. Cor. XI, 210 u. 211. [53]) Pol. Cor. XII, 339.

III. Württembergs Anteil am Siebenjährigen Krieg.

Die folgenden Jahre sollten für beide Staaten Preußen wie Württemberg von entscheidender Bedeutung werden. — Der Regierungsantritt Friedrichs des Großen hatte einst für die österreichische, ja für die ganze europäische Politik eine vollständige Schwenkung gebracht. Die beiden erfolgreichen schlesischen Kriege und das zielbewußte sichere Auftreten der neuen Großmacht Preußen zeigten Österreich, wo es seine neuen Gegner zu suchen hatte. Es konnte für die österreichische Politik nicht mehr die Rede davon sein, als Verbündeter Englands in dem Kampf der großen Weltmächte eine nebensächliche Rolle zu spielen. Für das Haus Habsburg galt es, Preußen niederzuwerfen mit allen Mitteln, am besten, wenn es Preußens Verbündeten an sich fesseln konnte. Einer der größten Diplomaten, den Österreich je besessen hat, Graf Wenzel Kaunitz, brachte dies zustande.[1]) Am 1. Mai 1756 hatte er den alten Erbfeind Frankreich für Österreich als Freund gewonnen, hatte er aus dem historischen Gegner einen Verbündeten gemacht, noch dazu unter den vorteilhaftesten Bedingungen für Österreich.

Der Ring zog sich immer enger um das kleine Preußen; Rußland, Kur-Sachsen und Schweden wurden noch gewonnen. Wenn wir das Bündnis Österreichs, Frankreichs, Rußlands, Sachsens und Schwedens auf der einen Seite, auf der andern Seite die eben erst entstandene Großmacht Preußen sehen, so begreifen wir den kühnen Schritt Friedrichs, wenn er seinen Gegnern zuvorkam und sie in raschem Anlauf über den Haufen zu rennen gedachte.

Württemberg hatte, wie erwähnt, am 4. September 1752 mit Frankreich einen Subsidien-Traktat abgeschlossen, mit Frankreich, das damals noch der Verbündete Preußens und Österreichs natürlicher Gegner war. Jetzt beim Ausbruch des Krieges war

[1]) Vergl. auch J. Strieder, Kritische Forschungen zu Österreichs Politik.

Württemberg an Frankreich gefesselt und mußte, ob es wollte oder nicht, die Schwenkung dieses Staates zu Österreich hinüber mitmachen. Friedrich schrieb an Karl Eugen, Österreich habe den Krieg heraufbeschworen und wolle die Staaten des Reiches unterdrücken[2]) und in einem Schreiben (vom 2. November 1756) an den Prinzen Friedrich Eugen bat er diesen seinen Bruder, den Herzog, der Österreich zuneige, in seinem Sinne zu beeinflussen.[3]) Er solle dies der guten Beziehungen wegen tun, die die beiden Häuser Brandenburg und Württemberg miteinander verbinden. Außerdem schickte der König einen Gesandten, den Kammergerichtsrat Eickstedt, um Klarheit über die Gesinnung und Haltung des württembergischen Hofes zu bekommen. Dieser berichtete am 9. Januar 1757,[4]) er sei vom Herzog und seinem einflußreichen Minister Wallbrunn sehr liebenswürdig empfangen worden und er habe wegen eines protestantischen Bündnisses mit diesem gesprochen, doch habe Wallbrunn ihm bedeutet, von Religion zu schweigen, da Karl Eugen alles hasse, was einer Uneinigkeit in der Religion ähnlich sehe. Und es war diese Haltung des Herzogs, der ein Katholik war, während sein Land dem Protestantismus angehörte, ganz natürlich. Andererseits widersprachen alle Minister und Generale öffentlich der Annahme, daß man von hier aus Truppen in französischen Sold geben werde. Als Eickstedt am 23. Januar 1757 wegen der Verwendung der württembergischen Truppen beim Herzog anfragte, antwortete ihm dieser, wohl müsse er Frankreich Hilfstruppen stellen, doch habe er nicht nur gleich anfangs bedungen, daß seine Truppen nicht gegen das Reich agieren sollten, sondern auch bei der letzten Proposition eröffnet, wie er bedinge, daß seine Truppen nicht so möchten gebrauchet werden, daß sie zu seinem eigenen Schaden oder derjenigen Devotion und Ergebenheit zum Abbruch gereichten, welche er E. K. M. gewidmet. Zu dieser Erklärung stimmt auch die Haltung Württembergs auf dem Reichstag zu Regensburg, auf dem wegen des Landfriedensbruchs Friedrichs verhan-

---

[2]) Pol. Cor. XIII, 338. [3]) Pol. Cor. XIV, 10, 11. [4]) H. Meyer, Berichte des preußischen Gesandten Eickstedt, ein Beitrag zur Politik der deutschen Kleinstaaten während des Siebenjährigen Krieges, S. 7, 12, 20 u. 22.

delt wurde. Den Vertretern des protestantischen Württembergs dort scheint die Notwendigkeit maßgebend gewesen zu sein, daß die protestantischen Staaten für Friedrich geschlossen eintraten.[5])

Als aber Eickstedt in einer Audienz vom 17. März 1757 dem Herzog nahelegte, daß die Höfe, die Friedrich gegenüber eine gleiche Gesinnung hegten, ein näheres Bündnis schließen sollten, lehnte dieser ab und äußerte, daß dies im Reiche Aufsehen machen würde. Überhaupt schien Preußens Sache in Stuttgart nicht mehr so gut zu stehen, wie vorher. Das Volk und die Soldaten waren überzeugt, daß der Herzog Preußens Feind werde. Sie waren verzweifelt, zugleich aber entschlossen, nicht gegen Friedrich den Großen und gegen ihre Religion zu dienen. Einige Offiziere äußerten sogar den Wunsch, in Friedrichs Heer einzutreten. Der Herzog machte Ausflüchte und äußerte, daß er sich allezeit so betragen würde, daß der König von Preußen mit ihm zufrieden sein werde. Wallbrunn erklärte Eickstedt die Haltung des Herzogs. Dieser dürfe es nicht wagen, sich offen für Friedrich zu erklären, da ihm sonst der Kaiser das Direktorium des schwäbischen Kreises entziehen werde. Eickstedt mußte erkennen, daß der Herzog nie einer protestantischen Union für Friedrich und gegen Österreich sich anschließen würde. Einige Zeit darauf erneuerte der Herzog oder formulierte wenigstens neu das 1752 beschlossene Bündnis mit Frankreich. Trotz des Widerstrebens seiner Untertanen und Soldaten ging er in das Lager der Gegner Friedrichs des Großen.

Er mußte die 6000 Mann Hilfstruppen, die er vertragsmäßig zu liefern versprochen hatte, und außerdem im Jahre 1757, als Preußen der Reichskrieg erklärt wurde, sein Kreis-Kontingent zur Reichsarmee stellen. —

Dem Namen nach waren nun wohl diese Regimenter vorhanden, aber vollständig waren sie bei weitem nicht. Man sparte eben, was zu sparen war, und hielt weniger Soldaten, trotzdem man sich das Geld für alle Truppen ausbezahlen ließ. Die Subsidiengelder verwendete der Herzog anderweitig für seine Lieb-

[5]) H. Meyer, Bonn, Dissertation 1893: Plan eines evangelischen Fürstenbundes im Siebenjährigen Kriege.

habereien. Man drängte von Frankreich her und befahl, das Subsidienkorps mit dem österreichischen Heer in Schlesien zu vereinigen. Der Herzog war ratlos und wußte nicht, wie er die fehlenden Mannschaften aufbringen solle. In dieser Not des Kriegsrates bot sich Major Rieger an, der durch die brutalsten Werbungen die nötige Zahl Soldaten zusammenbrachte.

Die Kreistruppen waren früher beisammen, als die Hilfstruppen der Franzosen. Sie scheinen bessere Soldaten gewesen zu sein als diese, und besonders in der Reichsarmee war der Abstand zwischen den Württembergern und den übrigen Soldaten ein großer; sie gehörten zu den besten Truppen dieser Armee. Nicht umsonst waren sie nach preußischem Muster gedrillt und unterrichtet worden. Ihre verhältnismäßig gute Beschaffenheit wurde allgemein anerkannt und man sagte von ihnen, sie hätten in dem folgenden Feldzug den übrigen Kreistruppen einen gewissen Halt gegeben.[6]) Sie marschierten zur Reichsexekutionsarmee, die unter der Führung des Reichsfeldmarschalls, des Herzogs von Hildburghausen, stand, nach Sachsen ab, um sich dort mit den Franzosen unter Soubise zu vereinigen. Bei Roßbach ereilte sie dasselbe Geschick wie die Franzosen, sie spürten dort zum ersten Mal das scharfe Schwert Friedrichs des Großen.[7]) Die württembergische Infanterie kam erst ins Gefecht, als nichts mehr zu retten war; die württembergischen Dragoner waren dabei, als die Reichskavallerie durch die erste Reiterattacke von Seydlitz geworfen wurde.[8]) Hatten die württembergischen Kreistruppen schon einen Feldzug hinter sich, so waren die Hilfstruppen, die Württemberg Frankreich zu stellen hatte, noch gar nicht beieinander. Eine Episode anläßlich dieser Attacke mag den Zustand im Reichsheer beleuchten; Seydlitz hatte die österreichische und Reichs-Reiterei geworfen und nur mühsam hielt sich noch die 70 Mann starke Schwadron der württembergischen Dragoner, da stürmte eine österreichische Husaren-Schwadron auf sie ein; sie hielt sie, durch die Uniformen getäuscht, für Preußen. Der Stan-

[6]) Niethammer, Die Reichsarmee im Feldzug 1757, Militärisches Wochenblatt 1895, Beiheft, S. 199. [7]) Karl Eugen und seine Zeit, S. 126. [8]) Preuß. Generalstabswerk, der Siebenjährige Krieg III, Bd. 5, 215.

dartenträger sinkt vom Roß, die Fahne der Württemberger ist in den Händen der befreundeten Husaren und die Dragoner jagen zersprengt davon.[9])

Im Laufe des Sommers 1757 war man allmählich mit der Aufstellung dieser Hilfstruppen fertig geworden. Der Geist in der Mannschaft war ein böser; die gegen alles Recht ihren Familien Entrissenen wurden mit großer Härte einexerziert, offener Trotz und nicht selten Meutereien gegen die Führer waren die Folge davon. Kriegerischer Geist fehlte diesen Soldaten vollständig, und ein Zeitgenosse berichtet: „Anstatt daß der Württemberger sonst tapfer und voller Mut ist, so schien ihm diesmal alle Lust zum Streiten erloschen zu sein.“[10]) Das hauptsächlich empörte diese Leute, daß sie gezwungen wurden, gegen den Beschützer ihres Glaubens zu kämpfen. — War die österreichisch-französische Allianz ein Bündnis der beiden katholischen Mächte gegen das protestantische Preußen und wurde dieser konfessionelle Gegensatz ausdrücklich bei ihren Verhandlungen betont, so handelte jetzt Preußen genau so wie seine Gegner. Gleich nach dem Ausbruch des Siebenjährigen Krieges gab Friedrich das bekannte mémoire raisonné heraus, in dem er behauptete, ein Krieg Maria Theresias bezwecke, die protestantische Sache im römischen Reich auszurotten. Dadurch wurde beim gewöhnlichen Volk der Krieg sofort zu einem Religionskrieg gestempelt. Auch ohne dieses Mittel kam es im Laufe des Krieges dem protestantischen Teil des deutschen Volkes zum Bewußtsein, daß trotz des politischen Anlasses doch religiöse Interessen auf dem Spiele standen. Der Gedanke eines evangelischen Sonderbundes, protestantische Unions-Ideen traten in dieser Zeit dann und wann auf, der Gegensatz zwischen Protestantismus und Katholizismus hatte sich vom Dreißigjährigen Krieg her noch im Volksbewußtsein erhalten und äußerte sich immer wieder aufs deutlichste. Die katholischen Truppen der Verbündeten glaubten z. B. protestantische Länder aufs grausamste mißhandeln zu dürfen, ebenso wie protestantische Untertanen sich der katholischen Obrigkeit offen widersetzten. Das preußische Heer war der Konfession in der Hauptsache, dem Geiste

[9]) Siehe Niethammer, S. 195. [10]) Gegel, Beleuchtung usw., S. 43.

nach rein protestantisch, und Friedrich der Große, der zwar über den Konfessionen stand, spielte nun gerade wie ungefähr 200 Jahre früher die protestantischen Führer des schmalkaldischen Bundes die Rolle des Beschützers der religiösen, politischen und nationalen Freiheit Österreich und dem Ausland gegenüber. Das war es, was ihn bei dem gemeinen Mann, dem es instinktiv zum Bewußtsein kam, so populär machte.[11]) Das mémoire raisonné erhitzte in Württemberg die Gemüter sehr und Prügeleien zwischen Andersgläubigen waren an der Tagesordnung. Von Stuttgart wird bezeugt, dieses mémoire habe beim gemeinen Mann so lebhaften Eindruck gemacht, daß es mit derselben Andacht wie die Bibel gelesen wurde.[12]) Wir brauchen uns deshalb nicht zu wundern, wenn wir hören, daß unter den Hilfstruppen, die nach Böhmen marschieren sollten, wenige Tage vor dem Abmarsch die Empörung und Meuterei, die schon lange unter der Decke fortgeglommen hatte, offen ausbrach. Bei einer Musterung vor dem französischen Kommissar Potier durchbrach der Trotz und die Wut der Truppen alle Schranken. Sie verweigerten den Gehorsam und liefen in Masse davon.[13]) Nach einiger Zeit konnte die Ruhe wiederhergestellt werden, und der Herzog, der das Heer unter allen Umständen brauchte, erließ einen Generalpardon für alle Ausreißer, die freiwillig zurückkehrten, so daß sich ein großer Teil der Mannschaft wieder einstellte.[14])

Als endlich im August 1757 das württembergische Heer unter des Herzogs eigener Führung aufbrechen konnte, bekam es die Weisung, nach Schlesien zu marschieren. — König Friedrich hatte nach der Schlacht bei Kolin Böhmen aufgeben müssen, von Westen drangen Franzosen und Reichsarmee, von Osten die Russen heran, die feindlichen Heere schoben sich mehr und mehr nach Schlesien vor. — Das württembergische Korps marschierte über Ulm nach Linz und von da durch Böhmen nach Schlesien. Massenhafte Desertionen fanden auf dem Marsche statt, aber endlich kam man doch Mitte Oktober auf dem Kriegsschauplatz an.[15]) Das

[11]) Koser II, 210 f. [12]) Gegel, Beleuchtung usw., S. 44 ff. [13]) A. Pfister, Denkwürdigkeiten usw., S. 179, und Gegel, Beleuchtung usw., S. 46 ff. [14]) A. Pfister, Denkwürdigkeiten usw., S. 180. [15]) S. J. v. Stadlinger, Geschichte des württemberg. Kriegswesens, S. 405.

württembergische Hilfskorps wurde dem Armeekorps des Grafen Nadasdy zugeteilt. Zunächst wurde Schweidnitz belagert, das sich am 13. November ergab, ohne die Belagerungstruppen allzusehr anzustrengen. Der Herzog glaubte den Feldzug beendet und kehrte nach Stuttgart zurück, er übergab den Oberbefehl über seine Truppen dem General von Spiznas.[16]) Aber Herzog Karl Eugen hatte sich getäuscht. Friedrich der Große war nach dem Siege von Roßbach in Eilmärschen nach Osten gezogen und nahm die Trümmer seines Heeres auf, das von den Österreichern aus Schlesien hinausgedrängt wurde. Für den König stand alles auf dem Spiele und deshalb wollte er den Gegner unbedingt zu einer Schlacht zwingen. Am 5. Dezember standen sich die beiden Heere, das österreichische dem preußischen an Zahl beinahe doppelt überlegen, bei Leuthen gegenüber. Die Aufstellung des österreichischen Heeres war mangelhaft, besonders auf dem linken Flügel, bei den Württembergern waren am Abend vorher die Regimenter in der größten Unordnung in die Schlachtlinie eingerückt.[17]) Die Hilfsvölker, besonders auch die Württemberger, hatten nicht genügend Munition, so daß sie während der Schlacht genötigt waren, langsam zu feuern.[18]) Zuerst schienen die Preußen den rechten österreichischen Flügel anzugreifen und zwangen die Österreicher, diesen Flügel durch Truppen ihres linken Flügels zu verstärken. Nach diesem Scheinangriff stieß nun der König mit voller Kraft und überlegener Truppenzahl auf den linken Flügel des österreichischen Heeres, der nach kurzer Zeit zersprengt wurde. Er wandte hier die sogenannte schiefe Schlachtordnung an, bei dem Gelände und bei der Verteilung der Stärkeverhältnisse war dies für ihn äußerst vorteilhaft. Eine Rechtsschwenkung des österreichischen Heeres mißlang und die Niederlage der Österreicher wurde für sie vollständig, weil die geschlagenen Trümmer des linken Flügels die Rückzugslinie versperrten.[19]) Diesen Flügel befehligte Graf Nadasdy und unter ihm fochten die Württemberger. Sie hatten den ersten Stoß auszu-

[16]) Karl Eugen und seine Zeit, S. 127. [17]) Stadlinger, S. 416. [18]) J. C. Pfister, Geschichte der Deutschen V, 367. [19]) Preußisches Generalstabswerk III, Bd. 6, S. 18 f.

halten, wurden geworfen und hatten furchtbare Verluste.[20]) Sie hätten noch größere gehabt, wenn die gemeinen Soldaten Stand gehalten hätten und nicht davongelaufen wären. Der General von Spiznas, der Befehlshaber der Württemberger, berichtete an Karl Eugen:[21]) Die Offiziere vom ersten bis zum letzten haben außerordentlichen Mut bewiesen, aber der gemeine Mann tat seine Schuldigkeit nicht. Er hat einen solch schlechten Mut gehabt, daß sein jetziges Verhalten in gewissem Sinn dem der Stuttgarter Meuterei gleichkommt. Er schreibt weiter, der Verlust bei dem württembergischen Korps sei beträchtlich, besonders durch die große Zahl der „Verlaufenen" (die Verluste waren ungefähr folgende: 134 Tote, 160 Verwundete, 124 Gefangene und 1832 Vermißte). Die Truppen hätten auf den Befehl ihrer Vorgesetzten nicht mehr gehört, er habe selber drei von den Grenadieren, die ausreißen wollten, mit seinem Degen über den Kopf gehauen, um sie wieder zum Gehorsam zu bringen, aber ohne Erfolg. Der General von Spiznas bat deshalb den Herzog um seinen Abschied, da er „à la tête" solcher Leute nicht sein wolle.

Die geschlagenen württembergischen Truppen fluteten, wie Schillers Vater berichtet, der diesen Feldzug als Fähnrich und Adjutant im württembergischen Heere mitmachte, ohne Ordnung über die böhmische Grenze zurück, um ihre Winterquartiere in Saaz und Umgegend zu beziehen.[22]) Aber wie kamen sie da an! Soldaten waren sie nur ihrem Rock nach, und kriegerisches Gefühl nach einer so schmählich verlorenen Schlacht können wir bei ihnen nicht vermuten. Wie hätten sie auch bei der Sache sein können, hatte man sie doch ihrer Heimat entrissen und gezwungen, für etwas zu fechten, das ihrer inneren Überzeugung entgegenstand. Dabei waren sie sehr schlecht verpflegt und bewaffnet und steckten in Anzügen, die nur für die Parade berechnet waren. Sie hatten keine Mäntel, mitten im Winter; militärischer Geist ging ihnen vollständig ab. So sah jetzt das Feldheer Karl Eugens aus, mit dem er ausgezogen war, kriegerische Lorbeeren zu holen.

[20]) A. Pfister, Denkwürdigkeiten usw., S. 185 f. [21]) A. Pfister, Denkwürdigkeiten usw., S. 186 f., und R. Koser II, 142 f. [22]) Vergl. Schillers Beziehungen zu Eltern und Geschwistern usw., S. 11.

Fieber und Krankheiten lichteten in den Winterquartieren das ohnehin schwache Korps. Von 6000 Mann kehrten im April 1758 schwach 400 zurück.[23])

Viele der Deserteure des württembergischen Heeres kehrten, von Heimweh überwältigt, trotz aller Gefahren nach Hause zurück,[24]) viele auch wandten sich dem idealen Kriegshelden der Zeit zu, Friedrich dem Großen,[25]) dem Schutzherrn über das Reich.[26]) Für Friedrich war dies eine sehr gute Gelegenheit, seine Reihen mit begeisterten Soldaten aufzufüllen. In Württemberg war man „fritzisch" gesinnt, man bewunderte und feierte den großen König. Wohl hatte der Kaiser in Württemberg Werbungen für Preußen untersagt, aber freiwillig liefen viele zu des Königs siegreichen Fahnen.[27])

Bruder kämpfte gegen Bruder in diesem Kriege, im wörtlichsten Sinne, z. B. die beiden württembergischen Fürsten: Karl Eugen, der regierende Herzog von Württemberg, wollte in der Koalitionsarmee gegen Friedrich den Großen kriegerischen Ruhm erwerben, sein jüngerer Bruder Friedrich Eugen war einer der tüchtigsten Generäle des preußischen Heeres. Bei Roßbach und Leuthen kämpften die württembergischen Truppen auf Seiten der Koalition und wurden geschlagen, aber zwei württembergische Regimenter, die 1741 und 1742 unter der vormundschaftlichen Regierung aus Sparsamkeitsrücksichten an Preußen abgegeben wurden,[28]) kämpften auf Seiten des Siegers. Es war das Infanterie-Regiment Prinz von Braunschweig-Bevern und das Dragoner-Regiment Alt-Württemberg. Diese Regimenter bezogen von jeher ihr Rekrutenmaterial meist aus Württemberg. — Der Herzog war aus dem anfänglichen Bewunderer und Freund Friedrichs des Großen durch Gründe verschiedener Art sein erbitterter Gegner geworden. Die Gründe, die das frühere gute Verhältnis der beiden Fürsten trübten und zuletzt direkt verschlechterten, sind verschiedener Art.

---

[23]) Vergleiche A. Pfister, Denkwürdigkeiteu usw., S. 188 und 194, und Karl Eugen und seine Zeit, S. 129. [24]) Pol. Cor. XV, 260. [25]) Pol. Cor. XV, 216, 269. Es wollten ungefähr 3000 Württemberger preußische Dienste nehmen, doch zog es ein großer Teil davon vor, nach Hause zurückzukehren.

[26]) Württemberg. Neujahrsblätter, 1895, Drei Schwaben (A. Pfister), S. 27. [27]) Vergl. Karl Eugen und seine Zeit I, S. 129. [28]) Pol. Cor. I, 361, II, 26.

Zunächst mag wohl bei dem begehrlichen und nicht besonders charakterstarken jungen Karl Eugen ein gewisser Neid auf seinen größeren und glücklicheren Vetter entstanden sein. Er fühlte, daß er es diesem gewaltigen Manne, der ihn übrigens öfters sehr von oben herab behandelte, nicht nachmachen konnte und geriet in neidvollem Gegensatz zu ihm. Von größerer Bedeutung scheint mir aber die unglückliche Heirat Karl Eugens mit der Königsnichte zu sein, die bei der Familie aufs äußerste verstimmte und entfremdend wirkte. Am bedeutsamsten ist aber wohl der Gegensatz Karl Eugens und Friedrichs in der inneren Politik Württembergs. Friedrich zeigte sich für die württembergische Politik jederzeit besonders interessiert, er fühlte sich dazu berufen, hier einen gewissen Einfluß auszuüben. Karl Eugen hatte das instinktive Gefühl, daß ihm daraus Unbequemlichkeiten erwachsen sollten, die ihm in der Folgezeit in der Tat noch viel deutlicher zum Bewußtsein kamen.

Der diplomatische Karl Eugen trat aber Friedrich dem Großen immer äußerst korrekt entgegen. War es Verstellung, Furcht vor dem Gewaltigen oder machte dieser große Fürst wirklichen Eindruck auf ihn? Wir müssen beinahe das letztere annehmen, denn der preußische Gesandte in Stuttgart, Legationsrat Madeweiß, erzählt in einem Brief vom 15. November 1780 dem König von einer Audienz, die der Gesandte beim Herzog hatte, daß Karl Eugen immer wieder gern darauf zurückkomme, daß er am Hofe Friedrichs des Großen erzogen worden sei. Ferner habe Karl Eugen gesagt, daß er den König sehr verehre, und daß er es bedaure, daß gelegentlich seine Handlungen anders waren, als seine Gefühle.[29]) Karl Eugen konnte es aber nicht hindern, daß sein Volk in der Gesinnung und durch die Tat auf der Seite des großen Fürsten und Feldherrn stand. In einer zeitgenössischen Dichtung, „einem Gespräch zweier württembergischer Bauern“,[30]) in der in Knittelversen sich zwei oberländische Bauern über die politische Lage unterhalten, zeigt sich die unverhohlene Bewunderung für Friedrich und ihre volle Teilnahme und Sorge für ihn in seiner damaligen Lage. Wir können dies als Beleg der Stimmung des

[29]) Geh. Staatsarchiv Berlin, Rep. 96, 72 J. [30]) K. Steif, Geschichtliche Lieder und Sprüche Württembergs, S. 678.

württembergischen Volkes für Friedrich den Großen ansehen. Auf der einen Seite die Bewunderung der württembergischen Untertanen für Friedrich, auf der anderen Seite die völlige Entfremdung ihres Herrschers von ihm. Dies mußte das Verhältnis des Fürsten und des Volkes von Württemberg allmählich beeinflussen, man kann behaupten, daß neben der ungeheuerlichen Mißwirtschaft Karl Eugens der Siebenjährige Krieg den Riß zwischen dem württembergischen Herrscher und seinem Volk gezeitigt hat, der in der Folgezeit in dem Kampf der Landstände mit Karl Eugen so scharfe Formen zeigte.

Herzog Karl Eugen hatte sich durch den Mißerfolg in Schlesien nicht einschüchtern lassen. Im Gegenteil, er wollte immer stattlicher zu Felde ziehen. Mit Rieger hatte er schon den Plan einer neuen Aushebung besprochen und preußische Streifpatrouillen, die immer mehr gegen Württemberg vorrückten, gaben ihm willkommenen Anlaß, dem Lande vorzustellen, es sei dringend nötig, Verteidigungsmaßregeln zu ergreifen. Durch brutalste Werbungen wurden endlich 8600 und später 12 000 Mann zusammengebracht.

Ende 1758 lief der Subsidienvertrag Württembergs mit Frankreich ab. Für Frankreich hatten die württembergischen Truppen in ihrer kläglichen Verfassung und mit dem schlechten Geist, der in ihnen steckte, wenig Wert, und schon hoffte Friedrich, Württemberg wie Bayern würden vom Kriege zurücktreten[31]) oder an England die Truppen vermieten. Aber dies war unmöglich, Württemberg war der Nachbar Frankreichs,[32]) und es mußte sich mit diesem Staat gut stellen. Am 9. Februar 1759 erbot sich Frankreich, Württemberg für den letzten Feldzug eine Entschädigung von 100 000 Franken zu bezahlen und drei Jahre lang 150 000 Gulden zuzuschießen, sowie 2000 Mann zu übernehmen.[33]) Obwohl Friedrich einsah, daß der Herzog Frankreich auf Gnade und Ungnade ausgeliefert war und sich diesem Staat fügen mußte, ärgerte er sich doch über den Herzog wegen dieses neuen Vertrages. Er

[31]) Pol. Cor. XVIII, 34. [32]) Pol. Cor. XVIII, 383. [33]) Karl Eugen und seine Zeit, S. 150, und Stadlinger, Geschichte des württemberg. Kriegswesens, S. 427.

gedachte ihm und seinem Heer einen kleinen Denkzettel zu geben und hieß die Idee des Erbprinzen von Braunschweig gut,[34]) der die württembergischen Truppen bei Fulda überfallen wollte.

Ende Oktober des Jahres 1759 war Karl Eugen an der Spitze seines Heeres ausgezogen und bekam vom französischen Oberbefehlshaber die Weisung, die hessischen Lande zu besetzen. Es nahm deshalb in der Nähe von Fulda Stellung. Der Erbprinz von Braunschweig wollte die Württemberger sich hier nicht festsetzen lassen und griff sie an. Nach einem heftigen Gefecht wurden sie vollständig geschlagen und mußten sich zurückziehen, ihre Verluste waren bedeutend.[35]) Die militärischen Fähigkeiten des Herzogs zeigten sich bei dieser Gelegenheit nicht gerade in besonders günstigem Licht. Eine Kompagnie nach der andern wurde von dem Feinde einzeln geschlagen, denn der Herzog hatte den großen Fehler begangen, seine Kräfte zu verzetteln.[36])

Als der erneuerte Subsidienvertrag mit Frankreich abgelaufen war, wollte der Herzog um keinen Preis das Heer entlassen. Er wandte sich daher an Österreich und bot diesem Staat gegen Verschaffung des Kurhuts seine Truppen an.[37]) Der Antrag wurde abgelehnt. Nun wandte man sich an die Höfe von Paris, London und Madrid, ja ein boshafter Kritiker meint, „man hätte die Truppen wahrscheinlich dem Kaiser von Marokko, ja selbst dem Bey von Algier angetragen, wenn man irgend hätte vermuten können, daß er sie annehmen würde.“[38])

Endlich übernahm sie der Wiener Hof,[39]) nicht gerade zu sehr günstigen Bedingungen, doch war dem Lande die drückende militärische Last in der Hauptsache abgenommen. Die Aufgabe der württembergischen Truppen war, im Verein mit der Reichsarmee Sachsen zu erobern.[40]) Im Juli 1760 brach das Heer aus dem Lager bei Heilbronn auf. Der Herzog führte das Kommando und marschierte der Elbe zu, wo er sich zwischen die rechtsstehende Reichsarmee unter dem Herzog von Zweibrücken, und

[34]) Pol. Cor. XVIII, 667. [35]) Vergl. Stadlinger, Geschichte des württemberg. Kriegswesens, S. 432. [36]) A. Pfister, Denkwürdigkeiten usw., S. 202 f. [37]) Karl Eugen und seine Zeit, S. 150. [38]) Gegel, Beleuchtung usw., S. 106. [39]) A. Pfister, Denkwürdigkeiten usw., S. 205. [40]) Pol. Cor. XIX, 550.

das linksstehende französische Heer unter dem Marschall Broglie einschob. Ein kleines Korps unter dem Erbprinzen von Braunschweig wurde dem Herzog entgegengeschickt,[41]) um ihn auf dem Marsch anzugreifen, konnte ihn aber allem Anschein nach nicht fassen.[42]) Dieser Armee der Verbündeten stand bei Meißen General Hülsen mit einem kleinen Korps gegenüber. König Friedrich konnte seinem General nur wenig Truppen zur Verfügung stellen, denn er wurde von seinem Gegner eben sehr bedrängt. Österreicher hatten beinahe ganz Schlesien besetzt und die Russen drohten gegen Berlin vorzustoßen. General Hülsen mußte auf Wittenberg zurückgehen,[43]) um nicht umfaßt zu werden. Der Herzog von Zweibrücken griff nun an. Herzog Karl konnte in dem Gefecht seinem Verbündeten nur so nützen, daß er seine Husaren unter Oberst von Buwinghausen die Elbe durchschwimmen ließ, um dem Gegner in den Rücken zu fallen. Sie blieben ohne Unterstützung und wurden unter ziemlichen Verlusten wieder zurückgeworfen, doch scheint die Tat wacker ausgeführt worden zu sein.[44]) Das Heer des Herzogs zog sich daraufhin zurück, trennte sich von der Reichsarmee und blieb untätig gegenüber von Wittenberg stehen, bis Friedrich in Schlesien mehr Luft bekam und sich dem Feind an der Elbe wieder zuwenden konnte. — Unter Prinz Friedrich Eugen, dem Bruder des Herzogs, drang ein preußisches Korps von Norden her gegen den Feind vor, um ihn im Rücken zu beunruhigen. Am 25. Oktober überraschte die Vorhut der Preußen unter Oberst Kleist die württembergischen Vortruppen bei Köthen und schlug sie mit großen Verlusten an Toten und Gefangenen zurück.[45]) Nach solchem Mißgeschick zog sich der Herzog aus dem Bereich des Gegners, zuerst nach Leipzig[46]) und Merseburg,[47]) dann, als dorthin die Preußen nachrückten, weiter nach Westen zurück.[48]) Vier Wochen nach dem Gefecht bei Köthen finden wir ihn bei Arnstadt.[49]) Die Disziplin und Ordnung bei den Württembergern war sehr schlecht, sie scheinen in

---

[41]) Pol. Cor. XIX, 572. [42]) Pol. Cor. XX, 6, [43]) Pol. Cor. XX, 8, 9. [44]) A. Pfister, Denkwürdigkeiten usw., S. 207. [45]) Pol. Cor. XX, 35, und A. Pfister, S. 207. [46]) Pol. Cor. XX, 36, 40, 41. [47]) Pol. Cor. XX, 44. [48]) Pol. Cor. XX, 75, 103, 112, 116. [49]) Pol. Cor. XX, 122.

den Provinzen, die sie durchzogen, wie Mordbrenner gehaust zu haben.[50]) Der Herzog schien alle Lust am Kriegführen verloren zu haben und ordnete den Heimmarsch der Truppen an. Anfangs 1761 traf das Heer wieder in der Heimat ein.

Als der Kaiser sah, daß das württembergische Korps sich so geschwind aus dem Bereich der Gefahr gerettet hatte, ließ er merken, er könne den Herzog bei dem erschöpften Stand seiner Kasse nicht länger in seinem Dienst behalten. Daraufhin beschloß Herzog Karl Eugen, da er seine Truppen sonst nirgends anbringen konnte, vom Krieg zurückzutreten.[51])

[50]) Pol. Cor. XX, 43, 172. [51]) A. Pfister, S. 208.

IV. Das Eingreifen Friedrichs des Großen in den Kampf der Landstände mit dem Herzog.

Die unmittelbare Veranlassung zum Ausbruch von Streitigkeiten zwischen dem Herzog und der Stände-Versammlung, die das ganze Jahrzehnt von 1760—1770 die württembergische Geschichte beherrschen sollten, gab der Siebenjährige Krieg. Auf der einen Seite forderte ein ungeheurer Aufwand riesige Summen, die die Stände nicht immer bewilligen wollten, auf der anderen Seite ließ sich der Herzog durch sein leidenschaftliches Temperament zu Gewalttätigkeiten hinreißen und u. a. Soldaten in der scheußlichsten Weise pressen. Weiterhin wurde das Volk durch einen schnöden Stellenhandel aufs empfindlichste geschädigt. Natürlich verwahrte sich der Ausschuß gegen diese Verfassungswidrigkeiten und verlangte Abhilfe. Die Gesetzwidrigkeiten dauerten aber den ganzen Siebenjährigen Krieg über fort, ja der Herzog steigerte seine Geldforderungen immer mehr. Seit 1758 regierte er ohne ständische Ausschüsse und er kehrte sich in keiner Weise an die bestehende Verfassung. Von Jahr zu Jahr wurde die Sprache der Landschaft fester, wenn sie auch nicht mit der Festigkeit und Energie auftrat, die man von ihr hätte verlangen können. Erst als der Herzog plante, eine Vermögenssteuer zu erheben, die Arme und Reiche in gleicher Weise traf, bekam die Opposition gegen den Herzog mehr Nachdruck, und im Laufe des Jahres 1764 geschahen die ersten Schritte zur Besserung. — Der große Aufwand, den der Herzog während des Krieges gemacht, die vielen Soldaten, die er neben dem Kreiskontingent ins Feld gestellt, hatten ungeheure Summen verschlungen. Die Landstände hatten allerdings dagegen Einspruch erhoben und verschiedene Male Gesandte nach den Höfen von Berlin, Hannover, Kopenhagen geschickt, um diese zu veranlassen, zu ihren Gunsten

einzugreifen; doch war einzusehen, daß während des Krieges aus Gründen der Politik dem Herzog nicht viel anzuhaben war. Dies sollte jetzt nach dem Hubertusburger Frieden anders werden. Das unsinnige Soldatenspiel des Herzogs entbehrte nun jeglichen Rückhalts, schränkte doch selbst Friedrich der Große sein Heer ein. Ebenso lag es nicht mehr in demselben Maße wie früher im Interesse des Kaisers, seinen Alliierten zu schonen. Am 18. Juli 1763 wurde der Landschaftskonsulent Hauff mit einem Schreiben an den Kaiser geschickt, mit der Bitte um einen Schutzbrief für den bevorstehenden Landtag. Ebenso wandte sich die Landschaft an die Garantiemächte Dänemark, England-Hannover und insbesondere an Preußen. Diese Staaten hatten Württemberg auf den Reichstagen der Jahre 1734, 1738, 1750, ebenso 1741, 1743, 1744 seine Verfassung und besonders seine Religions-Reversalien seinen katholischen Herrschern gegenüber garantiert, jetzt sollten sie einen gemeinsamen Gesandten des Corpus evangelicorum nach Stuttgart senden, der im Namen dieser drei Staaten mit dem Herzog unterhandeln sollte, und gleichzeitig sollten wegen dieser Angelegenheit Schreiben an den Kaiser abgehen. Von der Entsendung eines gemeinsamen Gesandten der Garantiemächte wurde aber kurz darauf Abstand genommen, weil durch dieses Hervortreten des corpus evangelicorum der Streit auf das konfessionelle Gebiet verlegt scheinen konnte und man den kaiserlichen Hof nicht von vornherein sich abgeneigt machen wollte.[1]) — Die Könige von Preußen, Dänemark und England wandten sich in persönlichen Schreiben an den Herzog und redeten ihm zu, die Landesverträge zu halten. Die Antwort Karl Eugens an Friedrich vom 24. September ist bezeichnend. Er schreibt dem König, alle Gerüchte, die über ihn gehen, entsprängen der Bosheit oder sonst einer „vergallten“ Quelle, er führe die Regierung nach den erhabensten Grundsätzen, die ihn der König jederzeit mündlich

[1]) Für die folgende Darstellung wurde in der Hauptsache benützt: das von Abel aus dem Stuttgarter Staatsarchiv in dem Abschnitt Karl Eugen und die Landschaft von „Karl Eugen und seine Zeit“ I zusammengestellte Aktenmaterial. Dann R. Mohl, Teilnahme Friedrichs des Großen an den Streitigkeiten zwischen Herzog Karl von Württemberg und den Ständen seines Landes, Tübingen 1831.

und in Briefen gelehrt habe. Den erbetenen Schutzbrief erhielt die Landschaft in Wien nicht, doch erfolgte eine in freundschaftlichstem Tone an den Herzog gehaltene Ermahnung, die landschaftlichen Beschwerden nach Recht und Billigkeit zu erledigen, es waren nur Worte. Die Antwort des Herzogs an den Wiener Hof charakterisiert das Verhältnis, das bei allen ferneren Verhandlungen zwischen Württemberg und Österreich herrschte, Rechtsgründe werden nicht angeführt, sondern: Der katholische Herzog ist der beste Freund des Kaisers und war es während des ganzen Siebenjährigen Krieges, die Landschaft ist seine größte Gegnerin und neigt zu Preußen hinüber, tat dies auch während des letzten Krieges; die Meutereien zu Anfang des Krieges waren das Werk Preußens. Die Stimmung in Wien war gegen die Landstände, und es wurde dort nichts erreicht. Ein neues Kaiserliches Protektorium war nicht zu erlangen, trotzdem die Gesandten der drei königlichen Höfe in Wien einen Druck ausübten. In Wien, das merkte Karl Eugen und sein Minister Graf von Montmartin, meinte man es mit ihnen nicht böse, doch mußte der Schein gewahrt bleiben, man war endlich gezwungen, Schritte zu tun. Der Kaiser beschloß, den Reichshofrat Freiherrn Josef von Bartenstein nach Stuttgart zu senden, um den Herzog zur Vernunft zu bringen. Jedoch versprachen sich die Landstände nichts von dem kaiserlichen Gesandten allein und infolgedessen baten sie die Garantiemächte um Entsendung von Botschaftern, damit diese zusammen mit dem kaiserlichen Bevollmächtigten die Sache wieder ins Geleise bringen sollten.[2]) Die Minister Friedrichs redeten auch ihrem Herrn zu, für Württemberg einzutreten, denn es müsse ihm ja daran liegen, den Ruin dieses protestantischen Landes, dessen Bewohner ihm so ergeben seien, zu vermeiden. Weiterhin stehe auch der Thronerbe, Friedrich Eugen von Württemberg, ihm und seinem Hause zu nahe, als daß er nicht für die billige Sache der Landstände eintreten müsse. Dies werde sein Ansehen fördern und ihm bei späteren Rekrutenaushebungen zugute kommen.[3]) — So sandten denn die einzelnen

[2]) In einem Schreiben vom April 1764 wandten sie sich mit dieser Bitte an Preußen. (Pol. Cor. XXIII, 351.) [3]) Pol. Cor. XXIII, 352.

Mächte im Laufe des Sommers 1764 ihre Gesandten nach Stuttgart. Preußen war durch den Grafen Werner von der Schulenburg-Wolfsburg vertreten. Ludwig Eberhard von Gemmingen-Hornberg und später Geheimrat von Mosheim vertraten England-Hannover, Achaz Ferdinand von der Asseburg und später Freiherr von Eiben Dänemark. Die Weisung, die Friedrich seinem Gesandten gab, war, nur im Verein mit den Gesandten der anderen Mächte vorzugehen. Im übrigen aber nahm er sich des Landes an, er gab Schulenburg den Auftrag, beim Herzog die gebührenden „Remonstrationen“ zu tun, besonders wegen der kürzlich „stattgehabten“ Bedrückungen und des neuen Auswanderergesetzes,[4]) er solle darauf bestehen, daß den württembergischen Untertanen das jus emigrationis erhalten bleibe, das im Tübinger Vertrag vom Jahre 1514 den Landständen ausdrücklich bewilligt wurde.[5]) Im Mai des Jahres hatte der König auch dem dänischen Minister Grafen von Bernstorff mitteilen lassen, er habe seinem Gesandten in Stuttgart Weisung gegeben, er solle in der württembergischen Angelegenheit Hand in Hand gehen mit dem dänischen Gesandten und er freue sich, daß auch Dänemark beabsichtige, in Württemberg einzugreifen.[6]) Wenn die beiden Gesandten zusammen mit dem kaiserlichen Kommissar bei dem Herzog gehörig auftreten, dann lasse sich die Sache in kurzem ordnen.[7]) Die Hoffnungen Friedrichs sollten nicht so rasch in Erfüllung gehen. In Wien war man keineswegs erfreut über die Einmischung der königlichen Höfe, und an Stelle des ehrenwerten Bartenstein wurde Freiherr von Wiedmann, ein Freund Montmartins, zum Gesandten in Stuttgart bestimmt. Die Erbitterung Karl Eugens über die Einmischung der königlichen Höfe war nicht gering, er ließ sich auf die Vorstellungen des Gesandten nicht ein, ja er ignorierte sie völlig und fuhr fort, das Land auf die härteste Weise zu bedrücken. Ein Schreiben des Prinzen Friedrich Eugen an den König (vom Juli 1764) schildert

---

[4]) Der Herzog hatte eine neue drückende Kopf- und Vermögenssteuer eingeführt und dadurch der Landschaft die Bewilligung und Verwaltung der Steuern entzogen, mißliebige Geheimräte abgesetzt und ein Gesetz gegen die Auswanderer erlassen. (Pol. Cor. XXIII, 372.)

[5]) Pol. Cor. XXIII, 372. [6]) Ebenso 391. [7]) Ebenso 394 u. 395.

diesem die trostlosen Zustände Württembergs und gibt als Ausweg an, eine Vorstellung darüber beim Kaiser würde mit einem Schlage den Herzog und seinen Minister Montmartin zur Vernunft bringen. Daraufhin beschloß Friedrich zusammen mit Dänemark und Hannover beim Kaiser vorstellig zu werden und ihn über die Streitpunkte aufzuklären; zugleich auch wegen der unverschämten Behandlung, die der Herzog seinem sowie den Gesandten der Garantiemächte angedeihen ließ, Beschwerde zu führen.[8]) Karl Eugen hatte diese Gesandten mit offener Feindseligkeit behandelt; er lud sie nie zu Hofe und verbot seinen Ministern, mit ihnen zu verkehren.

Zur selben Zeit war nun auch in Württemberg die Angelegenheit auf die Spitze getrieben worden. Die hungernden und fortgesetzt geplagten Untertanen drohten mit einem Aufruhr und die Landschaft tat den letzten Schritt, sie schickte im Juli 1764 eine förmliche Klage gegen Karl Eugen an den Reichshofrat nach Wien. In der Klageschrift verlangte sie hauptsächlich, Karl Eugen solle den Gefangenen F. J. Moser freilassen, dann bat sie um kaiserlichen Schutz für die Landstände und Magistrate gegen den Herzog und um den Befehl an den Herzog, von der am 1. März 1764 eingeführten Vermögens- und Monatssteuer[9]) abzustehen, außerdem um freies Recht, den Landtag einzuberufen und sich beim Kaiser beschweren zu können. Karl Eugen suchte in Wien diese Klage aus religiösem Fanatismus der Landschaft entsprungen hinzustellen und als Racheakt der königlichen Höfe, weil er es im Siebenjährigen Kriege mit Österreich gehalten habe. Aber man war dort vorsichtig und wollte keinen Staub aufwirbeln, man suchte den Herzog zu überreden, mit der Landschaft sich zu vergleichen. Der Herzog tat nichts hierauf, und der Reichskanzler, Fürst Colloredo, der Karl Eugen sonst als seinen Schützling betrachtete, wurde allmählich über die Hartnäckigkeit und den absoluten Mangel an gutem Willen beim Herzog bis zu dem Grade erbittert, daß der kaiserliche Gesandte Wiedmann ein Abberufungsschreiben erhielt.[10]) Der Spruch des Reichshofrates erging schon am 6. September 1764; der Herzog sollte alle Beschwerden

[8]) Pol. Cor. XXIII, 446, 452 u. 453. [9]) Siehe S. 56. [10]) Pol. Cor. XXIII, 480.

abstellen. Doch sahen Montmartin und der Herzog bald, daß man in Wien auch jetzt nicht streng gegen sie vorgehen werde und daß sie im Notfalle nicht zu gehorchen brauchen.

Friedrich des Großen Schützling, Prinz Friedrich Eugen von Württemberg, hatte sich im Juni 1764 an seinen väterlichen Freund gewandt, um ihn um Rat zu fragen. Am 23. August 1763 hatte Prinz Ludwig Eugen von Württemberg, der mit einer geborenen Gräfin von Beichlingen verheiratet war, für seine Kinder auf die Erbfolge verzichtet. Friedrich Eugen hegte die Hoffnung, Ludwig Eugen könne nun auch noch für seine Person zu einem Verzicht auf den Thron gebracht werden. Dies glaubte Friedrich der Große freilich nicht. Selbst wenn jetzt Ludwig Eugen den Verzicht in einem Vertrage ausspräche, so würde er es dennoch am Wiener Hof soweit bringen, daß der Vertrag kassiert würde und alle Abmachungen nichtig wären.[11]) In dem Streit zwischen Herzog und Landständen stand Friedrich Eugen von Württemberg auf Seiten der Stände und er richtete am 16. September 1764 auf Bitten der Landschaft ein Schreiben an den König, worin er ihn bat, er möge Schulenburg anweisen, den Sitzungen des Landtags beizuwohnen und darüber zu wachen, daß die Rechte der Landschaft wieder hergestellt werden und das Wohl des herzoglichen Hauses erhalten bleibe. Der König antwortete darauf, energischere Schritte wie die anderen Garantiemächte könne Preußen in dieser Sache nicht tun, da nur im Verein mit den anderen etwas auszurichten sei und er seinen Gesandten Schulenburg nicht unnötigerweise Beleidigungen von seiten des Herzogs aussetzen wolle.[12]) Allerdings wies er das Ansinnen des österreichischen Hofes, er wie die anderen Gerantiemächte möchten ihre Gesandten von Stuttgart abberufen, um den Herzog nicht noch mehr zu reizen, und ihm allein die Vermittlung mit dem württembergischen Hof zu überlassen, weit von sich. Weiter fährt er in den Schreiben seinen Ministern Finckenstein und Hetzberg gegenüber fort, es sei ihm einerlei, ob sich der Herzog von Württemberg ärgere, er habe sich einfach den Gesetzen und Bestimmungen zu fügen.[13])

[1]) Pol. Cor. XXIII, 409 u. 410. [12]) Ebenso 500. [13]) Ebenso 504.

Daß übrigens der Herzog und Montmartin nichts unversucht ließen, um gegen die Landschaft zu intriguieren, zeigt die Entsendung eines Mannes namens Stapleton nach London. Er wurde vom Herzog dorthin geschickt, um den englischen Hof für sich umzustimmen (im September 1764).[14])

Karl Eugen hatte inzwischen sein Verhalten den Garantiemächten gegenüber geändert. Hatte er ihre Gesandten anfangs ignoriert oder schlecht behandelt, so erwies er ihnen jetzt im Gegenteil die größte Aufmerksamkeit, er lud sie zu Hofe und befragte sie über den Stand des Streites. Diese plötzliche Freundlichkeit des Herzogs gegen den preußischen und den dänischen Gesandten und die Reserve den Österreichern und Montmartin gegenüber machte den König stutzig, er vermutete dahinter ein abgekartetes Spiel Karls mit seinem Minister. Die Reserve Karls gegen Montmartin und die Freundschaft mit den Garantiemächten sei sicher nur äußerlich, um die Stände zu einem Vergleich geneigter zu machen. Wenn er dann von ihnen etwas erreicht habe, wende er sich Österreich zu, um noch größere Vorteile zu erlangen. Friedrich riet Schulenburg, vorsichtig zu sein, auf jeden Fall aber dem Herzog Verbindlichkeiten und Schmeicheleien von ihm aus zu sagen und seine Befriedigung darüber auszusprechen, daß der Streit zwischen ihm und der Landschaft nun bald zu Ende sei.[15]) Daß übrigens dem König sehr viel daran lag, daß das württembergische Volk zu seinem Rechte komme, beweisen alle die Briefe und Instruktionen an seine Gesandten, in denen er immer wieder betont, er wolle, daß dem Lande Erleichterung werde und daß ihm zu seinem Recht verholfen werde, das übrige sei ihm gleichgültig.[16])

Als man in Wien über das ablehnende Verhalten, das der Herzog bis zum März 1765 allen Vermittlungsvorschlägen entgegensetzte und über die Aussichtslosigkeit, den Streit in kurzem beizulegen, erbittert wurde und der kaiserliche Bevollmächtigte wieder im Begriff war, von Stuttgart abzureisen, war es der König von Preußen, der hier das Richtige traf. Nicht kleinlich ehrgeizig solle man sein, erklärte er, das Wichtigste sei, daß man den

[14]) Pol. Cor. XXIV, 15. [15]) Ebenso 144, 151, 164, 214, 308. [16]) Ebenso 151.

Streit nach Recht und Gesetz schlichte, durch wen sei einerlei.[17]) Allerdings glaubte Friedrich, daß, wenn der Streit nur von Österreich allein entschieden werde, die Stände und das Volk benachteiligt würden und der Herzog bei der Sache allein der Gewinnende wäre. Sein Entschluß stand fest, im Verein mit den anderen Garantiemächten gegen jede Unrechtmäßigkeit den Landständen gegenüber zu protestieren. In diesem Sinne gab er seinem Gesandten in Stuttgart und Wien Verhaltungsmaßregeln.[18])

Ganz empört ist aber Friedrich, als ihm von seinem Gesandten von Rohd in Wien zu Anfang April 1765 mitgeteilt wurde, Maria Theresia habe sich beim Kaiser für den Herzog zu Ungunsten der Landstände verwandt. Dies ist ihm ein neuer Beweis, daß es in Wien einerlei sei, ob man jemand Recht oder Unrecht tue, wenn man nur selbst davon einen Vorteil habe.[19]) Der Grund des Eingreifens zu Gunsten des Herzogs war, daß man in Österreich auf die Thronfolge in Württemberg hoffte, obwohl durch das Aussterben der männlichen Linie des Habsburgischen Hauses mit Karl VI. im Jahre 1740 das Haus Habsburg-Lothringen nicht mehr erbfolgeberechtigt war, und man ein Interesse daran hatte, nicht die Untertanen der Krone gegenüber in Schutz zu nehmen. Diese Intrigue des österreichischen Hofes hatte weiterhin den Zweck, Karl Eugen von den Garantiemächten wegzubringen und sich zu verpflichten.

Welch schlauer Diplomat der Herzog war, möge das folgende zeigen: Er legte dem Wiener Hof nahe, ihn der Landschaft vorzuziehen, da doch dem Erzhaus, seinem zukünftigen Nachfolger, es nicht gleichgültig sein könne, daß der Landesherr durch übertriebene Verträge in seinen Rechten eingeschränkt würde.[20]) Und in der Tat müssen wir hier, natürlich daneben auch in dem Gegensatz zu Preußen, das sich ja immer für das württembergische Volk verwendet hatte, den Grund suchen, weshalb Österreich nicht mit der nötigen Schärfe und Autorität bei dem unwürdigen Verhalten Karl Eugens gegen ihn vorging. Erst das geschlossene energische Einschreiten des corpus evangelicorum

[17]) Pol. Corr. XXIV, 155 u. 156. [18]) Ebenso 177 u. 178. [19]) Ebenso 163. [20]) Ebenso 164.

und der drohende Ton Friedrichs brachte die Verhandlungen wieder in Fluß und den Wiener Hof dazu, seine Ansprüche auf Württemberg aufzugeben. Seinem Gesandten in Wien ließ er sagen, er solle ja nicht schüchtern protestieren, sondern er solle von schlechter Justiz reden und von den Verpflichtungen des Kaisers, die er eingegangen sei.[21]) Man sieht, Friedrich ist absolut nicht für halbe Maßnahmen; was er für recht hält, führt er mit jugendlichem Feuer und eiserner Konsequenz durch. Den beiden württembergischen Prinzen Ludwig Eugen und Friedrich Eugen hat der König zuerst geraten, gegen das Verhalten des Wiener Hofes zu protestieren,[22]) doch gab er ihnen dann später den Rat, vorerst abzuwarten, bis man sich in Wien erklärt habe, und dann erst gemeinsam aufzutreten, nachdem sie sich beide verständigt und ihre Anordnungen getroffen haben würden.[23])

Wegen der Rekrutenwerbungen sollten Friedrich der Große und Karl Eugen aufs neue wieder in Streitigkeiten geraten. Im April 1765 hatte der König Schulenburg den Auftrag gegeben, dem Herzog den Vorschlag zu machen, er möge ihm im Falle, daß ihm seine Soldaten aus Mangel an Bezahlung desertieren wollten, 3—4000 Mann überlassen, den Mann zu 30 Talern. Und wenn dieser Vorschlag nicht angenommen werde, solle der Kriegsrat Köpken die Meuterer nach den Standquartieren der preußischen Werbeoffiziere an den Grenzen Württembergs dirigieren. Diese solle Schulenburg von dem Plan des Königs unterrichten, er hieß sie wachsam sein, da eine große Anzahl vorzüglicher Rekruten zu bekommen sei.[24]) Karl war darüber sehr erzürnt, so daß er einen von diesen Werbeoffizieren, von Knobelsdorf, mit List in seine Gewalt brachte und ihn jahrzehntelang auf dem Hohentwiel gefangen hielt.[25]) Friedrich schärfte in seinen Briefen über diese Angelegenheit den Beteiligten immer wieder ein, ja vorsichtig zu sein und sich nicht bloßzustellen, obwohl wir nicht glauben dürfen, daß ihn moralische Bedenken zu dieser Vorsicht bestimmt haben. Sicherlich fand er es vollständig in Ordnung, daß er sich diese bequeme Quelle für seine Rekrutierung sichern mußte.

[21]) Pol. Cor. XXIV, 178. [22]) Ebenso. [23]) Ebenso 190. [24]) Karl Eugen u. seine Zeit, S. 158. [25]) Pol. Cor. XXIV, 214.

Inzwischen war der Gang des Prozesses in Wien vorangeschritten. Am 15. Mai 1765 erging der Spruch des Reichshofrates; die Landschaft hatte über Erwarten viel erreicht und des Herzogs Werkzeug Montmartin beeilte sich nun, vor der Ausführung des Spruches in Vergleichsverhandlungen mit den Landständen einzutreten. Friedrich warnte davor, darin eine Hoffnung auf Beilegung des Streites zu sehen; wie oft schon habe der Herzog gute Worte gegeben und die Leute zu vertrösten gesucht, etwas gehalten habe er, wenn er irgend Hoffnung hatte, mehr zu erreichen, bis jetzt noch nie. Doch zeigte er sich über das Urteil des Reichshofrates erfreut und hoffte auf eine baldige Beilegung des Streites zwischen dem Herzog und den Landständen, einerlei, ob sie durch österreichische Minister oder seine eigenen oder durch die Garantiemächte erreicht werde.[26]) Friedrich der Große war in allem, was er tat, gründlich und suchte sich über alles, was er durch seine Geschäftsträger besorgen ließ, zu informieren. So hat er sich auch immer über die inneren Verhältnisse Württembergs berichten lassen. Von dem Stellvertreter des Grafen Schulenburg in Stuttgart, dem Kriegsrat Köpken, verlangte der König die genaue Angabe der Einkünfte und Schulden des Herzogs, um einen Einblick in seine Verhältnisse zu bekommen.[27])

Am 15. Juli 1765 schreibt er an Köpken, er wolle auch seinem Gesandten, Herrn von Rohd in Wien, mitteilen, was die österreichische Regieruug betreffs des württembergischen Thronfolgers gegen ihn im Schilde führe. Ob er an die Geschichte glaubte, wissen wir nicht. Köpken schrieb ihm, er habe folgendes erfahren: Der Wiener Hof gehe in seinem Gegensatz zu Preußen so weit, daß er den Landständen riet, sie sollen den jetzigen Vergleich gerade so abschließen, wie sie wünschten, daß er bei dem folgenden Regenten sei, und zwar sollen sie ihn unter Mitwirkung Preußens abschließen. Dadurch sei es dann später dem König unmöglich gemacht, gegen sie und zu Gunsten Friedrich Eugens, der ja, wie allgemein bekannt, Friedrichs Schützling sei, aufzutreten.[28])

[26]) Pol. Cor. XXIV, 218. [27]) Ebenso 252. [28]) Ebenso 252 u. 253.

Der Urteilsspruch des Reichshofrates in dem Prozeß der württembergischen Stände und des Herzogs war wohl im Mai 1765 erfolgt, doch erwirkte der Herzog in Wien einen zweimonatlichen Aufschub und gedachte durch Scheinverhandlungen mit den Ständen und durch Umtriebe beim neuen Kaiser (Joseph II.) weiteres zu erreichen. Infolgedessen bat Prinz Friedrich Eugen den König, des Herzogs Absichten zu kreuzen und ihm in Wien durch ein Schreiben zuvorzukommen. Der König versprach, was in seinen Kräften stehe und was praktisch ausführbar sei, zu tun.[29])

Der Herzog und seine Vertrauten gebrauchten alle Mittel in diesem Kampf, manchmal waren es wenig edle, z. B. läßt Karl Eugen seinen Beauftragten in Wien darauf hinweisen, die Stände seien es gewesen, die im letzten (d. h. Siebenjährigen) Krieg den Herzog hätten hindern wollen, daß er für Österreich eintrete. Friedrich war entrüstet über diese niederen Machinationen; gelegentlich wollte er es dem Herzog entgelten lassen.[30]) Auch solle ihm von Schulenburg über die beleidigenden Äußerungen berichten, die von seiten des Herzogs oder seiner Beauftragten im Laufe der Verhandlungen über Preußen während des Siebenjährigen Krieges gefallen seien.[31]) Unwillkürlich wundert man sich über das impulsive Wesen des königlichen Diplomaten. Seine lange Praxis hatte ihm doch gezeigt, daß es in der Politik keine Gefühle und Sentimentalitäten gibt und daß von beiden Parteien mit allen Mitteln gekämpft wird.

Die Hoffnungen des Herzogs auf den neuen Kaiser sollten gründlich fehlschlagen. Joseph II. Thronbesteigung war ein Glückszufall für die Landschaft. Das scharfe Auge dieses menschenfreundlichen und gerechten Fürsten sah bald, wo es galt einzugreifen. Der Kaiser riet dem Herzog freundschaftlich, sich rasch mit seiner Landschaft zu vergleichen. Weiterhin drängte er den Reichshofrat, die Sache der Landstände zu beschleunigen. Friedrichs Befriedigung hierüber war groß. In einem Brief vom 23. April 1766 an Schulenburg war er sehr erfreut darüber, daß der Kaiser die Sache möglichst bald unparteiisch erledigt haben wollte.[32]) Der Herzog und Montmartin sahen bald, daß von dem

[29])Pol. Cor. XXIV, 308. [30]) Pol. Corr. XXV, 24. [31]) Pol. Cor. XXIV, 395. [32]) Pol. Corr. XXV, 91.

neuen Kaiser nichts zu hoffen war, und man beschloß nun die Verhandlungen bei der Hofkommission zu verschleppen, um auf bessere Zeiten zu warten und auf eigene Faust mit der Landschaft zu verhandeln. So wurde nun gleichzeitig in Wien und in Stuttgart, wo die Garantiemächte die Landschaft lebhaft unterstützten, unabhängig voneinander versucht, die streitenden Parteien zu versöhnen. Der Herzog geriet immer mehr in die Enge. Um wenigstens noch etwas zu retten, opferte er seinen Freund; Montmartin erhielt seinen Abschied, alles in Verwirrung und im Unklaren lassend.

Zugleich brachte der schlaue Fürst der Landschaft einen schweren Schlag bei. Er versuchte den König von Preußen sich zu verpflichten, indem er vorgab, sich mit des Königs Nichte, seiner von ihm getrennt lebenden Gemahlin, Elisabeth Friedericke Sophie versöhnen zu wollen. Schon im Dezember 1764 sprach man davon, der Herzog bestehe auf der Rückkehr der Herzogin; aber wohl durch Friedrich den Großen wurde dies vereitelt, dieser wollte die Herzogin ihrem Gemahl und Montmartin nicht auf Gnade oder Ungnade ausliefern[33]) Wie schlecht übrigens der Herzog seine Gemahlin behandelte, beweist der Umstand, daß Schulenburg fortgesetzt wegen der Ausbezahlung der Pension der Herzogin reklamieren mußte; ebenso mußte Friedrich für seine Nichte aufs energischste eintreten, daß sie in ihrem Hofhalt volle Freiheit behielt.[34]) Im Juni 1766 ließ nun Karl Eugen durchblicken, später sagte er es direkt, daß er sich mit der Herzogin versöhnen wolle. Friedrich traute ihm nicht. Er ließ ihm durch Schulenburg sagen, daß, so sehr er wünsche, daß der Herzog mit seiner Nichte glücklich lebe, er niemals eine Versöhnung herbeiführen werde, wenn dem Herzog nur daran liege, dadurch die Landstände zu veranlassen, seine Schulden zu bezahlen, und er fürchte, daß, im Falle die Stände diese Schulden nicht bezahlen wollten, er die Herzogin wieder wegschicken und Schauspielerinnen und Tänzerinnen die Stelle der Herzogin einnehmen werden. Seinem bisherigen Betragen nach könne er zu ihm kein Vertrauen haben und deshalb erkläre er ihm, wenn er

[33]) Pol. Cor. XXIV, 69 u. 70. [34]) Ebenso 143—45, 157, 255, 311.

ernstlich beabsichtige, sich seiner Nichte wieder nähern zu wollen, müsse er vor Garanten, z. B. dem Kurfürsten von Bayern oder von der Pfalz versprechen, sein bisheriges Verhalten der Herzogin gegenüber aufzugeben und bei seiner Gemahlin eine von dem König bestimmte Dame zu dulden, die jeglichen Streit verhüten solle.[35]) Zur Vorsicht befahl er auch Schulenburg, die Herzogin über den Stand der Dinge aufzuklären und sie dem Herzog gegenüber zur Vorsicht zu ermahnen;[36]) dessen alleinige Absicht sei, sie und ihn mit der Landschaft zu verfeinden. Der Herzog hatte Ausflüchte, wollte Zeit gewinnen, der König war von Mißtrauen erfüllt und befahl Schulenburg, die ganze Angelegenheit fallen zu lassen.[37]) Doch wies er dann wieder Schulenburg an, die Interessen der Herzogin aufs nachdrücklichste zu vertreten, besonders solle er die richtige und prompte Auszahlung ihrer Pension sowie völlige Freiheit in ihrem Hofhalt fordern. Sie solle ihre Pension verzehren dürfen, wo es ihr beliebe, und nicht an einen bestimmten Ort gebunden sein. Um einigermaßen sicher zu gehen, daß diese Bedingungen ausgeführt würden, und um seine Nichte vom Herzog unabhängiger zu stellen, machte er den Vorschlag, die Zahlung der Pension solle durch die Stände an die Herzogin unmittelbar erfolgen und nicht durch den Herzog. Mit gleicher Liebe und Aufopferung wie für seine Nichte verwendete sich Friedrich der Große auch für die Erbprinzessin-Witwe, Henriette Maria geb. Markgräfin von Schwedt, eine Verwandte seines Hauses, und für die württembergischen Prinzen, besonders Prinz Friedrich Eugen, daß ihnen ihre Pensionen richtig ausbezahlt würden und zwar möglichst nicht durch den Herzog, sondern durch die Stände.[38]) Friedrich hatte in der Beurteilung Karl Eugens einen scharfen Blick gehabt. Er erkannte von Anfang an die hochbegabte aber im großen und ganzen doch unerquickliche Persönlichkeit dieses Fürsten und zeitlebens hat er ihm nie getraut.

Ein anderes Vorkommnis dieser Zeit verschärfte das Ver-

[35]) Pol. Cor. XXV, 128 u. 129. [36]) Ebenso 169, 170, 177, 210, 211, 217, 254, 255. [37]) Ebenso 163. [38]) Ebenso 207, 237, 250, 262, 270, 283, 300, 305, 322, 325, 326, 332, 342, 347.

hältnis zwischen dem König und dem Herzog noch mehr. Friedrich hatte den ganzen Sommer des Jahres 1766 hindurch seine Nichte eingeladen, zu ihm nach Berlin zu kommen. Er ließ Schulenburg bei Montmartin anfragen, ob der Herzog etwas gegen die Reise einzuwenden habe. Er bekam keinen Bescheid und wurde hingehalten, bis er zum Schluß ohne die Einwilligung des Herzogs die Reise auszuführen befahl und den Geh. Legationsrat von Buch beauftragte, die Herzogin nach Berlin zu bringen.[39]) Als die Herzogin dann Anfangs November in Berlin eintraf, war die Freude des Königs groß, das einzige Kind seiner Lieblingsschwester bei sich zu haben und ihr Gutes erweisen zu können.[40]) Er sagt von ihr, sie sei der letzte Nachkomme seiner Lieblingsschwester, die er abgöttisch geliebt habe und er fühle sich verpflichtet, alles für sie zu tun und sie ihrem Gatten gegenüber, der sie sehr schlecht behandle, in Schutz zu nehmen. Es bricht hier wieder die tiefe Liebe hindurch, die er für seine verstorbene Schwester Markgräfin von Bayreuth sein ganzes Leben hindurch gehabt hat.

Bei allen Verhandlungen mit Karl Eugen konnte sich der König eines gewissen Gefühls des Unbehagens nicht erwehren. Er traute dem Herzog nicht, er glaubte, und nicht mit Unrecht, daß dieser das gute Verhältnis zwischen ihm und der Landschaft stören wollte und aus seinen Briefen und Handlungen blickte ein tiefes Mißtrauen gegen Karl Eugen;[41]) er hatte immer die Empfindung, als ob der Herzog hier etwas erreichen wolle. In einem Brief an Schulenburg vom 12. September 1766 sprach er dies deutlich aus, dem Herzog sei es nicht darum zu tun, sich mit der Herzogin auszusöhnen, sondern diese Verhandlungen dienten nur dazu, ihn lahmzulegen.[42]) Und was er gefürchtet hatte, war eingetroffen. Man sprach davon, Friedrich habe die Sache der Garantiemächte verlassen und mit dem Herzog gemeinsame Sache gemacht, — gerade das, was der Herzog wollte. Der König gab Schulenburg den Befehl, die übrigen Mächte aufzuklären und diese falschen und unbegründeten Gerüchte zu zerstreuen.[43])

[39]) Pol. Cor. XXV, 88, 97, 108, 111—113, 121, 122, 141, 157, 161—163, 242, 262, 263, 269, 270. [40]) Ebenso 294, 318, 322, 329, 330. [41]) Ebenso 141, 157, 163, 170. [42]) Ebenso 217. [43]) Ebenso 206 u. 207.

Die Vergleichsverhandlungen in Stuttgart zwischen Herzog und Landschaft hatten bis jetzt geringe Erfolge aufzuweisen, man kam nicht voran, denn der Herzog wollte immer nur Geld haben, die Landschaft dagegen zuvor ihre Beschwerden abgestellt wissen, ehe sie Geld hergab. Die Sache war auf dem toten Punkt angekommen; aus Verdruß hierüber und wohl auch um Zeit zu gewinnen, wie Friedrich der Große richtig erkannt hatte,[44]) beschloß der Herzog eine Reise nach Venedig zu unternehmen. Den im Frühjahr verabschiedeten Montmartin setzte er als Statthalter ein und zeigte damit, wie diese Verabschiedung gemeint war.[45]) Mit bissigem Humor fügt übrigens Friedrich in dem Brief vom 30. Dezember 1766 hinzu, das Resultat dieser Reise werde sein, daß der Herzog sich in Venedig derart in Schulden stürze, daß er zum Schlusse nicht wisse, wie er zurückkehren könne. Dieses Bestreben, den Streit zu verlängern, stieß nun auch den Wiener Hof, wo man allmählich wieder dem Herzog günstiger gesinnt war, vor den Kopf. Des Herzogs Gegner aber agitierten aufs nachdrücklichste gegen ihn in Wien. Der preußische Gesandte Rohd besonders setzte alle Hebel in Bewegung, daß der Protest gegen des Herzogs treulose Politik nicht ungehört verhallte. Auf Bitten der Landschaft, die jetzt alle Hoffnung aufgab, durch einen Vergleich zum Ziele zu kommen und nur von einem Urteilsspruch sich etwas versprach, reichte Friedrich der Große im Februar 1767 eine Denkschrift beim Kaiser ein mit der Bitte um baldigen gerechten Richterspruch in der württembergischen Streitfrage, ebenso veranlaßte er auch Dänemark und England, ein gleiches Schreiben zur selben Zeit einzureichen.[46])

Trotz des geringen guten Willens der Reichshofräte, die über das Eingreifen der Garantiemächte und ihre Vorstellungen beim Kaiser erbittert waren, und trotz der leichtsinnigen Lustreise des Herzogs nach Venedig, kam am 20. Juni 1767 ein Teilvergleich zustande und zwar über die erste Klasse der Beschwerden, die

---

[44]) Pol. Cor. XXV, 347. [45]) Im Jahre 1773 wurde Montmartin indessen doch vom Schicksal ereilt. Karl Eugen hat ihn wirklich entlassen und Friedrich schien darüber befriedigt zu sein. (Pol. Cor. XXXIII, S. 351.) [46]) Pol. Cor. XXVI, 48 u. 49.

Verfassungsverletzungen, in dem die Landschaft im allgemeinen als Sieger hervorging.

Friedrich des Großen Interesse an den Vorgängen in Württemberg erlahmte nicht. Immer wieder fragte er bei Schulenburg an, wann er glaube, daß der Streit zu Ende gehe.[47]) Auch mußte sich Schulenburg über die Finanzlage Württembergs orientieren, eine überwältigende Schuldenlast kam zutage. Über die Reise des Herzogs nach Venedig mit einem riesigen Gefolge und Aufwand, über die Reisen in seinem eigenen Lande, die auch kostspielig waren, war der König ungehalten, er nennt den Herzog „un homme incorrigible qui a la rage de vouloir ruiner son pays“[48]), und sieht, wenn der Herzog so weiter macht, ein trübes Ende voraus.[49]) Der sparsame Einsiedler von Sanssouci mit einem vollen Staatsschatz und der prachtliebende verschwenderische Herzog, der ständig in Geldnöten war, sind die krassesten Gegensätze, die man sich denken kann. Daß Friedrich über Karl Eugen ungehalten war, daß ihm seine ganze Art mißfiel, braucht uns nicht zu wundern. Aber das württembergische Volk, das unter seinem Fürsten furchtbar litt, tat ihm am meisten leid. Daher auch die Sympathie der Württemberger für den großen König.

Die schlechte Finanzlage hatte in Württemberg Truppenentlassungen zur Folge. Der König wiederholte durch Schulenburg dem Herzog den Vorschlag, er wolle die Truppen mit 20 Taler pro Mann übernehmen, doch weigerte er sich, württembergische Offiziere in seine Armee einzustellen.[50])

Um die Landschaft zu beruhigen und um selbst eine gewisse Sicherheit zu haben, bat Prinz Friedrich Eugen im März 1767 die Könige von Preußen, Dänemark und England um Bürgschaft für die im Jahre 1763 geschlossenen Erbfolgeakte, wonach Ludwig Eugens Kinder von dem Throne ausgeschlossen seien. König Christian VII. von Dänemark erklärte sich dazu bereit, doch stellte er die Bedingung, daß die Kinder Friedrich Eugens protestantisch erzogen würden. Friedrich Eugen erklärte sich bereit und die drei Mächte garantierten die Erbfolgeakte. Weiterhin riet der

[47]) Pol. Cor. XXVI, 191, 343. [48]) Ebenso 238. [49]) Ebenso 316. [50]) Ebenso 20.

König dem Prinzen Friedrich Eugen, er möge das Gerücht, das überall geglaubt werde, zerstreuen, Ludwig Eugen habe für sich auf die Nachfolge verzichtet. Friedrich Eugen folgte diesem Rat und mit großer Freude und Genugtuung empfing Ludwig Eugen das in dieser Angelegenheit von seinem Bruder an ihn gerichtete Schreiben.[51])

Die Verhandlungen mit dem Herzog wegen der Nichte des Königs gingen ihren Gang weiter. Am 11. Februar 1767 erklärte die Herzogin auf die Zahlung ihrer Pension durch die Stände verzichten zu wollen, wenn sich der Herzog feierlich verpflichtete, die bestimmte Summe zu zahlen und ihr völlige Freiheit in ihrem Haushalte gewähre. Schulenburg wurde nun vom König beauftragt, mit den württembergischen Ministern einen Vertrag zwischen dem Herzog und dem König aufzusetzen und für die Herzogin zu fordern: Unbeschränktes Verfügungsrecht über ihren Hofstaat, pünktliche und hypothekarisch gesicherte Zahlung ihrer Pension und völlige Freiheit ihres Aufenthalts.[52]) Das Ministerium suchte anfänglich die Sache zu verschleppen, es kam so weit, daß der König Montmartin ein Geldgeschenk in Aussicht stellte, wenn er in die Verhandlungen mehr Fluß bringe.[53]) Diesen Schurken nahm Friedrich eben, wie er genommen werden mußte. Halfen ehrliche Mittel nicht, so wollte er ihn bestechen. Im Hinblick auf den guten Endzweck machte sich der König wohl keine Gewissensbisse. Endlich kam am 4. Mai 1767 der Vertrag zustande. Der König war damit zufrieden, hatte doch die Herzogin mit diesem Abkommen all das erreicht, was sie von Anfang an erstrebt hatte.[54]) In einem Brief vom 6. April 1767 an seinen Bruder, den Prinzen Heinrich von Preußen, schrieb er: Es sei dieser Abschluß des Vertrages der einzige Dienst, den er imstande sei, ihr zu erweisen, und er sei überzeugt, daß seine verstorbene Schwester mit ihm zufrieden wäre.[55])

In Wien war man mit dem Prozeß kaum weiter gekommen. Der Herzog wußte seine Sache geschickt zu führen, obwohl sich auch dort allmählich die Überlegung Bahn brach, daß man etwas

[51]) Pol. Cor. XXVI, 100, 115, 162. [52]) Ebenso 78. [53]) Ebenso 112. [54]) Ebenso 78, 79, 154, 155, 162, 179, 185. [55]) Ebenso 117.

tun müsse, und daß die unverantwortliche Mißwirtschaft aufhören müsse. In einem Brief vom 27. Januar 1768 fragt Friedrich der Große bei Rohd an, woher es komme, daß, obwohl doch der Kaiser von der Gerechtigkeit der Sache der Landstände überzeugt sei, trotzdem keine Entscheidung zustande komme.[56]) Sicherlich sei man dem Herzog persönlich gewogen und wolle ihm zuliebe die Entscheidung hinausschieben.[57]) Doch verlor der König den Mut nicht und hoffte, daß, wenn die Höfe von London und Kopenhagen sich noch einmal nach Wien wenden, doch zum Schluß der Streit entschieden würde.[58]) Damit übrigens nicht so viel Zeit verschwendet werde, sollen die Gesandten der Mächte einzeln beim Kaiser gegen den bisherigen Gang der Dinge protestieren, man werde dadurch Zeit ersparen und rascher zum Ziele kommen.[59]) Dem König sei es einerlei, ob die Entscheidung mit dem Kaiser direkt oder mit seinem Minister zustande komme.[60]) Zugleich sollen sie sich auch beim Wiener Hof darüber beschweren, daß der Streit bis jetzt nebensächlich und langsam geführt wurde und daß der Kaiser auf die Einsprache der Garantiemächte gar nicht geantwortet habe.[61]) Es taucht auch jetzt wieder der Gedanke auf, die Vergleichsverhandlungen abzubrechen und den Urteilsspruch des Reichshofrates zu verlangen. Übrigens ist Friedrich optimistisch gesinnt, er glaubt, daß am Schluß durch das Eingreifen der Garantiemächte doch noch ein gutes Resultat erzielt werde.[62]) Wenn er in diesem Streit die Partei der Stände ergriffen habe, sei es nie seine Absicht gewesen, deren unberechtigte Interessen dem Herzog gegenüber zu vertreten, wohl aber immer die Rechte des Landes zum Wohle desselben.[63]) Die Vorschläge, die die Landstände dem Herzog machten, um den Streit beizulegen, schienen dem König gerecht und vernünftig; er sah keinen anderen Weg zur Versöhnung als diesen.[64]) Das Hin- und Herschwanken des Streites spiegelt sich auch in den Briefen Friedrichs wieder, der mit großer Aufmerksamkeit allen Einzelheiten folgte. Eine ganz pessimistische Ansicht äußert der König einmal im

[56]) Pol. Cor. XXVII, 26. [57]) Ebenso 52 u. 53. [58]) Ebenso 89, 90 und 98 u. 99. [59]) Ebenso 122. [60]) Ebenso 125 u. 126. [61]) Ebenso 123. [62]) Ebenso 159. [63]) Ebenso 229. [64]) Ebenso 248.

September 1768. Er glaubt in einem Brief an Friedrich Eugen, daß es noch lange dauern könne, bis der Streit zwischen Herzog und Ständen zu Ende sei. Dieser Fürst habe Gefallen an der Unordnung und er habe sich zur Aufgabe gemacht, seinem Nachfolger ein ruiniertes Land zu hinterlassen.[65])

In Wien tat man nichts. Der Absicht des Herzogs, den Streit möglichst in die Länge zu ziehen, kam man entgegen. Mit Vorteil wiesen des Herzogs Geschäftsträger immer wieder auf die politischen Beziehungen ihres Herrn hin, der ja immer ein Freund Österreichs und Gegner Preußens gewesen sei. Diese Haltung des Wiener Hofes und die Stimmung dort zeigt auch ein Bericht Rohds an Friedrich den Großen. Rohd berichtet von einer Audienz bei Maria Theresia und es ist sehr interessant, ihre Stimmung kennen zu lernen: Bei der Anhänglichkeit, die der Herzog ihrem Hause gegenüber gehabt habe, sei es ganz natürlich, daß sie ihm wohlwollend gesinnt sei; doch sei sie mit seinem schlechten Verhalten im allgemeinen und mit seinen schlechten finanziellen Verhältnissen unzufrieden.[66])

So war die Stimmung Ende Februar 1768. Anstatt aber die Landschaft durch seine Vorteile, die er in Wien erlangt hatte, einzuschüchtern, pochte diese jetzt fest auf ihre Rechte und bestand auf einer gerichtlichen Entscheidung. Eine Klage in Wien vom 24. März 1768, durch den Prinzen Ludwig Eugen vorgebracht, tat ein übriges. Der Prinz verwahrte sich gegen die Mißwirtschaft des Herzogs und seiner Helfershelfer und sein Verhalten erregte außerordentliches Aufsehen.[67]) Der Kredit Karl Eugens in Wien kam hierauf ins Sinken und der Kaiser drängte den Reichshofrat, den Prozeß zu beschleunigen; er selbst redete dem Herzog ernstlich ins Gewissen. Doch ging auch diese Phase des Streites für Karl Eugen vorüber und im August war seine Stellung in Wien wieder dieselbe wie zuvor. Politische Erwägungen (vor allem gemeinsamer Gegensatz zu Preußen), teilweise auch Beeinflussungen durch Maria Theresia bestimmten den Kaiser, dem Herzog

[65]) Pol. Cor. XXVII, 322, 323. [66]) Ebenso 401, 402. [67]) Daß sich ihm sein Bruder Friedrich Eugen nicht anschloß, findet der König in diesem Falle richtig. (Pol. Cor. XXVII, 124, 125 u. 109.)

seine Gunst zuzuwenden. Er hoffte beim Reichstag zu Regensburg die beiden Stimmen Württembergs für sich zu haben und in der Tat stimmte Karl Eugen in der Reichskammergerichtsvisitationssache mit Österreich gegen Preußen. Ein Schreiben des Königs an Rohd vom 30. Oktober 1768 wies ihn darauf hin und gab ihm den Rat, doppelt Acht zu geben, da der Herzog darauf ausgehe, den Wiener Hof und die Garantiemächte gegeneinander aufzureizen, um selber Zeit zu gewinnen.[68])

Mehr denn je saß der Herzog in der Gunst des österreichischen Hofs und sein Bestreben war nun, mit seiner Hilfe den Streit mit der Landschaft zu seinen Gunsten zu beendigen, dann vor allen Dingen Geld zu bekommen und die königlichen Gesandten los zu werden, die ihm lästig waren. Des Herzogs Entschließungen ohne Einwendungen anzunehmen, mutete der Kaiser zwar der Landchaft nicht zu, doch wollte er durch sein Ministerium der Sache ein Ende machen. Der König gab bei diesem Stand der Dinge, der Freundschaft des Wiener Hofes mit dem Herzog, Schulenburg den Rat, so viel anzunehmen als möglich sei, alle Forderungen durchzubringen halte er für unmöglich.[69]) Auch hier zeigte sich Friedrich als Realpolitiker, der sich mit dem Erreichbaren begnügte und zufrieden gab.

Allgemein hoffte man, der Streit werde in der allernächsten Zeit zu Ende gehen. Doch schreibt am 31. Dezember 1768 der König seinem Gesandten Schulenburg, der sich gerade in Bayreuth aufhielt, er gebe ihm die Erlaubnis, sich auf seine Landgüter zurückzuziehen, um von dort aus die Geschäfte in Stuttgart zu führen, doch solle er dann die letzte Hand anlegen in diesem Streit, der sich immer mehr in die Länge ziehe.[70]) Die Landschaft wollte nicht nachgeben, sie wollte ihr gutes Recht; und der Herzog erst recht nicht, er stützte sich immer wieder darauf, daß der Kaiser ihn, seinen Verbündeten, nicht fallen lassen dürfe.

Im Mai 1769 befand sich der Streit im Stadium der Krise. Der König rät, dem Herzog möglichst keine Schwierigkeiten mehr in den Weg zu legen und sich mit dem Erreichbaren zu begnügen,

---

[68]) Pol. Cor. XXVII, 413. [69]) Ebenso 467. [70]) Ebenso 548.

um eine Versöhnung zwischen den Ständen und ihrem Herrn zustande zu bringen.[71])

Ein Ereignis, das im ersten Augenblick der Partei der Stände und des Königs zu schaden schien, war die Erkrankung Friedrich Eugens im Mai 1769. Der Prinz sah sich infolge dieser Erkrankung genötigt, den preußischen Dienst zu quittieren.[72]) Der König war mißtrauisch und in einem Brief an Schulenburg vom 19. Mai 1769 glaubte er, es spiele hier noch anderes mit herein, besonders vermutete er, der regierende Herzog stecke dahinter. Trotzdem oder vielleicht gerade deshalb bietet der König in einem Schreiben vom 12. Juni 1769, das im herzlichsten Tone gehalten ist, dem Prinzen auch fernerhin seine Dienste und seine Hilfe an[73]) und er ist äußerst erfreut, als er von Schulenburg von einer Unterredung des dänischen Gesandten von der Asseburg mit dem Prinzen erfährt, die deutlich zeigte, daß Friedrich Eugen von einem warmen Gefühl der Zuneigung zu dem König beseelt ist und daß sein Verdacht falsch war. Er gibt dann Schulenburg Weisung, dem Prinzen, der seinen Wohnsitz nach Neuenburg verlegen wollte, mitzuteilen, er habe die Genehmigung des Königs, dorthin überzusiedeln.[74])

Das württembergische Volk und die Stände hatten seit jeher den privaten und häuslichen Verhältnissen Friedrich Eugens, des zukünftigen Regenten Württembergs, große Aufmerksamkeit geschenkt. Schon bei seiner Verheiratung, dann durch die Erbfolgeakte im Juli 1767 hatte er die Verpflichtung eingegangen, seine Kinder protestantisch erziehen zu lassen, umsomehr freuten sich die Stände jetzt, daß Friedrich Eugen ihnen von neuem (im Juli 1769) unter Bürgschaft des Königs und der Garantiemächte diese Versicherung gab[75]) und somit den Verdacht zerstreute, Karl Eugen ziehe Friedrich Eugen auf seine Seite und veranlasse, daß dessen Kinder katholisch erzogen werden.

Im Juli 1769 sollte der Prozeß ein Stück vorwärts gebracht werden. Auf besonderen Befehl ihrer Höfe nahmen sich die königlichen Gesandten nochmals der Landstände an und drohten

[71]) Pol. Cor. XXVIII, 333. [72]) Ebenso 332. [73]) Ebenso 369. [74]) Ebenso 398. [75]) Ebenso 370, 415.

bei den kaiserlichen Ministern von neuem mit direkten Schreiben an den Kaiser. Dies brachte die beiden Parteien einander näher und ließ hoffen, daß die größten Schwierigkeiten einer Einigung nunmehr behoben seien. Der König war Pessimist in der Beurteilung des Herzogs, er äußerte, dieser werde nicht lange sein Wort halten und sich an irgend welche Abmachungen knüpfen.[76]) Dann auch glaubte er später noch gar nicht an das Zustandekommen eines Vergleichs.[77]) Weiterhin war er der Ansicht, daß der Herzog bei dem Charakter, den er besitze — er sprach von einem esprit chancelant du duc — sich nie an die Verpflichtungen, die ihm der Vergleich auferlege, halten werde.[78]) Doch kam am 15. Januar 1770, als beide Parteien des Streites gründlich müde waren, eine Einigung zustande. Erbvergleich wurde der Vertrag genannt, welcher die Rechte des Landherrn und der Stände genau niederlegte. Und wenn auch Karl Eugen sich wenig um diesen Vergleich kümmerte und ihn nicht zu halten gesonnen war, so war von nun ab seiner Handlungsweise doch jegliche Grundlage eines Rechts genommen.

Damit hatte die Landschaft mehr erreicht, als sie zu erreichen gehofft hatte. Nicht allein ihre Standhaftigkeit, des Herzogs Geldnot und der ersichtliche Mangel des Rechts bei ihm, hatten dieses Resultat gezeitigt, sondern vor allen Dingen das energische und unparteiische Eingreifen der Garantiemächte und insbesondere Preußens und seines großen Königs, den hier nicht allein politische Gesichtspunkte zu seinem Handeln gedrängt hatten, sondern der daneben auch aus rein menschlichen Gründen sich des württembergischen Volkes seinem despotischen Herrscher gegenüber angenommen hatte. Wohl war Friedrich absoluter Herrscher, aber sein Standpunkt — er fühlte sich als erster Diener des Staates — charakterisiert seine ganze Auffassung des Verhältnisses von Fürst und Volk. Es war ihm Pflicht, einem Karl Eugen gegenüber, das württembergische Volk in Schutz zu nehmen. Daß bei Friedrich dem Großen natürlich auch Gründe praktischer Natur mit hereingespielt haben, können wir verstehen. Was die Minister

[76]) Pol. Cor. XXVIII, 438. [77]) Pol. Cor. XXIX, 34, 35. [78]) Ebenso 411, 415, 435.

Finkenstein und Hertzberg Friedrich in einem Schreiben vom April 1764 auseinandergesetzt hatten, sind in kurzem die Gründe, die den König zu seiner Stellung und zu seinem Verhältnis zu Württemberg veranlaßt haben. Beide stellten Friedrich dem Großen vor, es sei von Wert, den völligen Ruin eines protestantischen Landes zu verhindern, dessen Bewohner dem König so attachiert und dessen künftiger Regent, Prinz Friedrich Eugen, dem Königshaus so nahe verwandt sei; durch sein Eingreifen werde der König sein Ansehen und seinen Einfluß im Reich vermehren, auch für die bisher so erschwerten Werbungen im schwäbischen Kreis Erleichterungen erzielen.[79]) Besonders auch die Rücksicht auf Friedrich Eugen, dessen Interessen der König jederzeit auch den Ständen gegenüber vertrat,[80]) diktierten ihm diese Politik.

Österreich ging bei diesem Vergleich nicht leer aus, wie man sich leicht denken kann. Es bestand darauf, daß die Ansprüche auf Württemberg, die 1740 erloschen waren, mit in den Erbvergleich aufgenommen würden. Dies sollte denn auch bald zu Mißhelligkeiten führen.

Prinz Friedrich Eugen gefiel an dem Vergleich einiges nicht. Die Stände hatten darin Klauseln eingefügt, ein neuer Herrscher müsse ihnen zuerst den Erbvergleich bestätigen, erst dann seien sie zur Huldigung verpflichtet; außerdem waren, wie oben bemerkt wurde, durch österreichische Intriguen die Erbansprüche Österreichs auf Württemberg mit aufgenommen. Friedrich Eugen verweigerte anfangs seine Zustimmung, aber um sich nicht unversöhnlich zu zeigen und um nicht das ganze Friedenswerk zu gefährden, stimmte er doch auf den Rat des Königs hin mit Vorbehalt für den Erbvergleich (13. Oktober 1770). Schulenburg erhielt dann vom König Anweisung, Friedrich Eugen und die Stände wieder auszusöhnen.[81])

[79]) Pol. Cor. XXVIII, 351. [80]) Pol. Cor. XXIX, 515 u. XXX, 42. [81]) Pol. Cor. XXIX, 515, 516.

V. Württembergs Verhältnis zu Friedrich dem Großen in den 70er und 80er Jahren.

Friedrich des Großen Interesse an den württembergischen Angelegenheiten hat sich nach Beendigung des Prozesses vermindert. Er überließ ihre Behandlung seinem Minister des Auswärtigen,[1]) auch ein persönliches Schreiben Friedrich Eugens, worin dieser die traurige Lage Württembergs schilderte, überwies er seinem Staatsminister, Grafen von Finkenstein, der dafür sorgen sollte, daß der Ruin des württembergischen Landes verhindert werde. Finkenstein sollte ihm Vorschläge hierüber machen. Dieser berichtete hierauf dem König, Friedrich Eugen wünsche, Rohd solle auf die kaiserliche Bestätigung des Erbvergleichs dringen, dann möge man die Stände, die die Ausführung des Erbvergleichs erstreben, unterstützen und man solle verhindern, daß Montmartin die Regelung der Finanzen Württembergs übertragen werde. Der König billigte den Vorschlag Finkensteins.[2])

Im April 1771 bat Friedrich Eugen den König nochmals, das Abkommen zwischen ihm und den Ständen wegen der protestantischen Kindererziehung und die Konvention zwischen Karl Eugen und den Ständen zu garantieren; ebenso Schulenburg zu veranlassen, nach Stuttgart zurückzukehren, so oft es die Umstände erfordern.[3]) Friedrich kam der Bitte nach, trotzdem er über die ewig dauernde Mission in Stuttgart in einem Brief vom März des Jahres an Finkenstein und Hertzberg ungehalten war.[4])

Friedrich der Große schrieb in einem Brief vom September 1771 an Prinz Heinrich von Preußen über die politische Lage. Da-

[1]) Pol. Cor. XXX, 329. [2]) Ebenso XXX, 278. [3]) Pol. Cor. XXXI, 101 [4]) Ebenso 26, 27.

nach hielt Karl Eugen unentwegt an Österreich fest und im Falle eines Krieges mit Rußland konnte Österreich auf Württembergs Bundesgenossenschaft rechnen. Der Herzog war so verblendet, alles zu tun, was der Wiener Hof von ihm verlangte.[5])

Ein Schreiben Friedrichs des Großen an Elisabeth Friedericke Sophie vom September 1773 liegt uns noch vor, worin der König auf eine Mitteilung, sie wolle nach Dieppe reisen, um dort die Bäder zu nehmen, in bündigen Worten ihr rät, diese Reise zu unterlassen. Ihre Krankheit werde dadurch nicht geheilt, wohl aber könne es die Folge haben, daß ihr Gemahl, wenn sie so kostspielige Reisen unternehme, ihr die Pension entziehe.[6]) Die Herzogin reiste doch. Der König, dem sinnlose Verschwendung immer verhaßt gewesen, war hierüber erzürnt, er gab seinem Gesandten in Paris die Weisung, wenn die Herzogin auf ihrer Rückreise bei ihm in Paris vorspreche, um ihn nach seiner Meinung zu fragen, solle er ihr den Rat geben, möglichst rasch nach Deutschland zurückzukehren.[7]) Doch freute es Friedrich, als er davon hörte, daß Ludwig XV. seine Nichte bei einem Besuch der Oper sehr zuvorkommend behandelt hatte.[8])

Im Februar 1774 meldet die Herzogin dem König ihre Ankunft und bittet ihn, doch nachträglich seine allerhöchste Zustimmung zu dieser Reise zu geben, dies sei das beste Mittel zu ihrer Wiederherstellung. Der König äußerte, der Herzog könne vielleicht noch Schwierigkeiten wegen der Pension machen.[9])

Viel Interesse und rege Anteilnahme hat Friedrich der Große an württembergischer Politik und Volk gehabt. Eine ungeheure Korrespondenz für die ganze Zeit bis zum Abschluß des Erbvergleichs ist in seinem Nachlaß vorhanden. Von da ab werden jedoch die Briefe über württembergische Angelegenheiten seltener. Daß aber dem scharfen und wachsamen Auge des Königs nichts entging, was ihn eventuell berühren könnte und daß er sich auf dem laufenden über Württemberg hielt, sehen wir aus einem Brief, den er im Januar 1774 an seinen Gesandten in Wien

---

[5]) Pol. Cor. XXXI, 391. [6]) Pol. Cor. XXXIV, 169. [7]) Ebenso 332, 333. [8]) Ebenso 344. [9]) Ebenso 128.

richtete. Er schrieb, der Herzog von Württemberg habe beabsichtigt, eine Reise nach Wien zu machen, habe aber diese Reise im letzten Moment noch aufgegeben. Selbst diese nebensächlich scheinende Mitteilung hielt der König für nötig, seinem Gesandten zu schreiben. Karl Eugens Beziehungen zu Wien waren für ihn immer ein Gegenstand der Besorgnis, die gewiß nicht überflüssig war.[10])

Auch mit Friedrich Eugen trat er jetzt wieder in Beziehung und wir erfahren, daß der spätere König Friedrich von Württemberg als Prinz, ebenso wie der Herzog Karl Eugen und sein Bruder ungefähr 30 Jahre früher, einige Zeit am Hofe Friedrich des Großen gelebt hat. Im Februar 1774 teilt der König der Gemahlin Friedrich Eugens von Württemberg mit, daß er ihrem ältesten Sohn Prinz Friedrich zwar kein Regiment geben könne, daß er ihm aber eine Pension, die den Einkünften eines Regiments entspreche, geben wolle.[11]) Im Juni 1774 traf dann der Prinz, von dem der König äußerte, daß er Geist besitze und gut erzogen zu sein scheine,[12]) an seinem Hofe ein. Sarkastisch schreibt er an seinen Bruder Heinrich, er glaube, man habe den Prinzen hierher geschickt, weil man ihn nicht selber ernähren könne.[13]) Daß der König ihm aber eine Pension gab und ihn gerne in Berlin aufnahm, macht seinem Diplomatenblick Ehre, der rasch erkannte, daß der zukünftige Herzog von Württemberg ihm Dankbarkeit bewahren werde und ihm später nützen könne. Der Prinz überreichte dem König ein Empfehlungsschreiben des Herzogs Karl Eugen und nicht ohne ein gewisses Gefühl der Belustigung lesen wir, wie die beiden Gegner sich die größten Schmeicheleien sagen. Ob diese wohl besonders ernst gemeint waren, wollen wir nicht untersuchen. Der Herzog sagte von seinem Jugendaufenthalt am Berliner Hof, daß ihm der König immer als das Muster des Großen vorgekommen sei, und Friedrich spricht von seinen herzlichen Gefühlen dem Herzog gegenüber.[14]) Immerhin aber schien der äußere Friede zwischen den beiden Fürsten zu bestehen. Im Januar 1775 erklärte der König

[10]) Pol. Cor. XXXV, 55. [11]) Ebenso 127. [12]) Ebenso 403. [13]) Ebenso 398. [14]) Ebenso 397.

sich bereit, auch den zweiten Sohn Friedrich Eugens in sein Heer aufzunehmen und er lud die Gemahlin Friedrich Eugens, die Prinzessin Dorothea von Württemberg, herzlich ein, ihn in Potsdam zu besuchen.[15])

Dieses herzliche Verhältnis sollte bald einen tiefen Riß erfahren. Der König glaubte sich in der Folgezeit von seinem ehemaligen Schützling verraten und in seinem Briefwechsel über Friedrich Eugen tritt uns später des öfteren unverhüllt die bittere Enttäuschung über seinen früheren Günstling entgegen.[16])

Gegen Ende 1780 (von Oktober ab) tauchte in den Briefen des preußischen Gesandten Madeweiß in Stuttgart das Gerücht von einer Vermählung der Prinzessin Elisabeth Wilhelmine Luise, der Tochter Friedrich Eugens von Württemberg, mit dem Sohn des Großherzogs von Toskana, dem Neffen des Kaisers, auf.[17]) Friedrich beauftragte Madeweiß, aufmerksam zu sein und scharf zu beobachten, da die Sache für Preußen sehr gefährlich scheine. (Brief vom 11. November 1780.) Der König war vollständig überrascht worden. Wohl wußte er von Österreich, daß ihm dieses Land alles zum Tort antun wolle. In einem Brief vom 26. Oktober 1780 an seine Minister Hertzberg und Finkenstein schreibt er vom österreichischen Hof als dem unversöhnlichen Erbfeind Preußens, dessen Tätigkeit all seine Wachsamkeit und Aufmerksamkeit erfordere. Dieser Gegensatz war immer noch derselbe wie die ganzen vierzig Jahre seiner Regierung hindurch. Über Friedrich Eugen von Württemberg hatte er sich getäuscht und war genötigt, sein Urteil zu ändern. Noch am 27. Oktober 1780 sagte er in einem Brief an Hertzberg und Finkenstein von Friedrich Eugen, er sei sein „fidéle athléte", der ihm beistehe in seinem Kampf gegen Österreich.[18])

---

[15]) Pol. Cor. XXXV, 292.

[16]) Die Quellen für das Folgende sind die Originalbriefe Friedrich des Großen an seinen Gesandten von Schulenburg, und von 1777 ab an Legationsrat Madeweiß in Stuttgart, außerdem an die Minister Hertzberg und Finkenstein. Die Briefe sind dem Verfasser vom Geheimen Staatsarchiv in Berlin liebenswürdigerweise zur Verfügung gestellt worden.

[17]) Für das Folgende siehe Geheimes Staatsarchiv, Rep. 96, 72 J.

[18]) Rep. XI, N. 305, Fasc. 1.

Friedrich hatte richtig gesehen, der Gang war gefährlich, wollte doch der Kaiser (Leopold II) persönlich wegen der Heiratsangelegenheit auf seiner Rückreise von der Niederlande in Stuttgart verhandeln. Der König legte Madeweiß nahe, Friedrich Eugen eine Heirat seiner Tochter mit einem dänischen Prinzen plausibel zu machen. Ein Brief Friedrichs vom 28. November 1780 gibt uns Aufschluß, worin die Gefahr, die der König sah, bestand. Österreich wolle Toskana mit Württemberg tauschen, wolle dem Herzog von Württemberg Toscana geben und Württemberg seinem Reich angliedern. In einem Brief Hertzbergs und Finkensteins an Madeweiß vom 6. März 1786 taucht übrigens dieser Plan wieder auf.[19]) Leopold schien auch mit Württemberg dasselbe vorgehabt zu haben wie einige Jahre früher und später dann wieder mit Bayern und den Niederlanden. Im Februar 1781 wurde dann davon gesprochen, daß der Kaiser selber die Prinzessin heiraten würde, wenn sie nicht zu jung wäre (sie war damals 14 Jahre alt).[20]) Daraufhin plante der König, die Prinzessin solle den ältesten Sohn des Prinzen von Preußen heiraten.[21]) Friedrich Eugen aber schien endgültig der österreichischen Partei zuzuneigen, nachdem allerdings vorher noch das Gerücht ging, er hätte den Prinzen von Wales gerne zu seinem Schwiegersohn gehabt.[22]) Friedrich war über das unverzeihliche Betragen dieses Prinzen ihm gegenüber aufs Äußerste aufgebracht und schien über die Zurückweisung seiner Werbung gekränkt zu sein.[23]) Später befahl der König seinem Gesandten, über die Angelegenheit zu schweigen.[24])

Dieses Abschwenken Friedrich Eugens, des zukünftigen Herzogs von Württemberg, von Friedrich dem Großen, berührte den letzteren doch mehr, als er sich selber gestehen wollte. Zu allen Zeiten hat ihn das Tun und Lassen dieses Prinzen interessiert

---

[19]) Rep. XI, Nr. 298, Fasc. 36, vol. 7.
[20]) Brief vom 7. Februar des Legationsrats Madeweiß an den König.
[21]) Brief vom 14. April 1781 an Madeweiß.
[22]) Madeweiß an den König, 14. Februar 1781.
[23]) Brief vom 13. Mai 1781 an Madeweiß.
[24]) Brief vom 13. Juni 1781.

und noch im November 1780 hören wir, daß Friedrich sehr besorgt war wegen einer Unvorsichtigkeit Friedrich Eugens Ludwig Eugen gegenüber. Ludwig Eugen verlangte, daß seine Gemahlin und seine Kinder den Titel Prinzessin führen dürfen. Friedrich Eugen war so unvorsichtig zu protestieren und Ludwig Eugen drohte nach seinem Regierungsantritt Friedrich Eugen und seiner Familie Schwierigkeiten zu machen. Madeweiß schrieb, wie gefährlich das für diese sein könne, wenn Ludwig Eugen sich nochmals verheiraten werde.[25])

Der König gab Madeweiß in seinem Antwortschreiben vom 21. November 1780 recht und betonte, daß Friedrich Eugen alles daran setzen müsse, sich mit Ludwig Eugen zu versöhnen und — das sind wohl seine weiteren Gedanken — unter allen Umständen sich und seine Familie, d. h. ein protestantisches Fürstenhaus wieder auf den württembergischen Thron zu bringen. Dies ist der Grund, weshalb Friedrich der Große das tiefe Interesse für den zukünftigen Thronfolger Friedrich Eugen hegte.

Mit Joseph II. kam auf den österreichischen Thron ein Mann, dessen politische Tendenzen die kleinen Staaten Deutschlands, besonders Süddeutschlands, aus ihrer Ruhe schrecken sollten und die vor allem Friedrich den Großen bestimmten, den alten Kampf gegen Österreich wieder aufzunehmen und sich zum Hort der Schwachen gegen Österreich aufzuwerfen. Im bayerischen Erbfolgekrieg vertritt er im Gegensatz zu Karl Theodor von der Pfalz-Zweibrücken, der auf sein Erbe verzichten wollte, das Interesse Bayerns, das Joseph seinem Reich angliedern wollte.

In den Gesandtschaftsberichten des preußischen Gesandten in Stuttgart, des Grafen von der Schulenburg, von 1771—1777 taucht des öfteren die bayerische Erbfolgefrage auf, jedoch ist sie nirgends in näherem Zusammenhang mit Württemberg gebracht.

Da schreibt auf einmal am 28. Januar 1778 der Stuttgarter Gesandte Madeweiß an den König, man wolle hier wissen, daß der Kurfürst von der Pfalz sich mit Österreich verglichen habe.

[25]) Brief vom 11. November 1780, Rep. 96, 72. J.

Wenn dies so sei, so werde der Herzog von Württemberg wohl sehr rasch seine Ansprüche auf bayerische Gebietsteile geltend machen.[26]) Am 11. Februar 1778 nannte er die Herrschaft Wiesensteig und die ganze bayerische Allodialhinterlassenschaft, auf die der Herzog Ansprüche zu erheben habe. Aus einem Schreiben vom 11. März 1778 Madeweiß' an den König stellt sich dann heraus, daß sich die Ansprüche Karl Eugens auf Wiesensteig als hinfällig erwiesen, doch habe er dem Rechtslehrer Hoffmann an der Universität Tübingen den Auftrag gegeben, einen Rechtsanspruch auf die bayerische Allodialhinterlassenschaft auszuarbeiten. Sehr dunkel und verworren ist des Herzogs Haltung in dieser Zeit. Wir erfahren, daß er mit dem Herzog von der Pfalz-Zweibrücken verhandelt habe und daß seine Stimmung gegen Preußen nicht besser geworden sei.[27]) Im Mai 1778 schien er endgültig zum Kaiser hinübergeschwenkt zu sein. Er hatte sich gerühmt, von Joseph II. einen Brief erhalten zu haben, worin ihn dieser gebeten habe, ihm im Notfalle 4000 Mann zur Verfügung zu stellen. Der König glaubte nicht daran und äußerte, Karl Eugen spiele nur mit dem Gedanken, wieder wie im Siebenjährigen Kriege den „großen Feldherrn" zu spielen.[28]) Am 17. Juni berichtete Madeweiß an den König, daß die Rechtsansprüche des Professors Hoffmann von einer Kommission praktischer Politiker geprüft worden seien und daß diese beschlossen habe, lieber Verhandlungen mit dem Herzog von Zweibrücken und dem Kaiser zu führen, als sich auf die Arbeit Hoffmanns allein zu verlassen. Weiterhin meinte Madeweiß, der Herzog werde gut daran tun, den König von Preußen zu bitten, für seine Ansprüche einzutreten; doch habe der Herzog sich bis jetzt noch nicht dazu geäußert. Auch später wurde die Angelegenheit nicht rascher geführt, denn am 16. Januar 1779 erfahren wir, daß vom Herzog noch nichts geschehen sei und daß es den Anschein habe, daß er vom österreichischen Hofe bestimmt und geführt wurde. Erst am 13. März bat Karl Eugen den König um seine Unterstützung, doch war die Antwort höflich aber

[26]) Rep. XI, N. 298, Fasc. 35, vol. 7.
[27]) Brief vom 22. April an den König.
[28]) Brief vom 27. Mai 1778.

ausweichend. Friedrich wollte sich nicht auch noch diese Geschichte aufbürden. — Karl Eugen hatte bei der endgültigen Regelung der bayerischen Erbfolge nichts zu sagen.

Die Pläne Josephs II. in bezug auf Bayern hatten einen reinen Mißerfolg und der Kaiser sah, welch mächtige Faktoren sich ihm bei diesen Plänen entgegenstellten. Trotzdem hören wir in dieser Zeit immer wieder von seinen Absichten, deutsche und speziell süddeutsche Gebiete seiner Hausmacht anzugliedern. Im Anfang des Jahres 1781 schrieb Madeweiß an seinen König, der Herzog von Württemberg habe dem Fürsten von Fürstenberg, der dem Kaiser Besitzungen verkaufen wollte, angeboten, er wolle sie ihm abkaufen und er glaube auch, daß der Fürst von Fürstenberg ihm den Vorzug vor dem Kaiser geben würde. Da ihn aber diese Sache in Gegensatz zum Wiener Hof bringe, lasse er bei dem König anfragen, ob er ihm zustimme und ob er auf seine Hilfe rechnen könne. Dies hoffe er, da es dem König von Preußen nicht angenehm sein könne, wenn sich der österreichische Kaiser überall vergrößere.[29]) Am 3. Februar 1781 antwortete der König an Madeweiß, er habe sich gefreut, daß der Herzog sich den Vergrößerungsplänen des Kaisers entgegengestellt habe und dem Fürsten von Fürstenberg die Grafschaft Heiligenberg abkaufen wolle. Er könne dem Herzog versichern, falls ihm der Wiener Hof Schwierigkeiten machen werde, könne er auf seinen Beistand rechnen. Auch hier wieder der Gegensatz Preußens zu den Vergrößerungsplänen Leopolds, diesmal allerdings mit einer klaren und unzweideutigen Stellungnahme des Herzogs von Württemberg gegen Österreich und mit Preußen. Die politische Haltung Karl Eugens von Württemberg war zu allen Zeiten eine zweideutige und wies bis an sein Lebensende keine einheitlichen Gesichtspunkte und Richtlinien auf. Stand er im Jahre 1781 im scharfen Gegensatz zu Joseph II., so erfahren wir auf der anderen Seite, daß er sich ein Jahr darauf bei demselben Fürsten um eine sehr große Gunst, die Verleihung der Kurwürde, beworben habe. Am 14. Mai 1782 schrieb Friedrich an Madeweiß, Karl Eugen sei nach Wien gereist und es scheine ihm sehr wahrschein-

[29]) Rep. XI, N. 298, Fasc. 31, vol. 2.

lich, daß er diese Reise unternommen habe, um Württemberg die neunte Kurwürde zu sichern. Madeweiß solle nachforschen, ob dies wirklich stimme und was Karl Eugen in Wien erreicht habe. Am 12. Juni 1782 schrieb dieser an den König, der Herzog sei sehr enttäuscht aus Wien zurückgekehrt.[30])

Der Gegensatz Preußens und Österreichs ist durch den Hubertusburger Frieden nur teilweise aus der Welt geschafft worden. Wir haben gesehen, daß unter Joseph II. neue aggressive Neigungen in der österreichischen Politik auftreten, daß er seinem Lande deutsches Gebiet auf Kosten der kleineren deutschen Fürsten angliedern wollte und wir haben gesehen, wie Friedrich der Große immer der Beschützer der Bedrohten war. Dies mußte zu einem regelrechten Bündnis der kleinen Staaten Deutschlands unter dem Vorsitz des preußischen Königs gegen Österreich führen. Schon im Jahre 1783 tauchte bei verschiedenen Reichsfürsten der Gedanke auf, sich gegen Österreich zusammenzuschließen.[31]) Preußen war es sehr angenehm, diese Anfänge vorzufinden und zu einem richtigen Bündnis auszugestalten. Als dann Joseph II. wieder auf seinen Lieblingsgedanken, Bayern im Tauschwege zu erwerben, zurückkam, war das Bündnis gesichert. Unter den Fürsten, die diesen Bund abschlossen, finden wir den Herzog Karl Eugen von Württemberg nicht. Dies wundert uns, denn was jetzt Bayern gefährdete, konnte ihm das nächste Mal drohen, wie schon vorher im Jahre 1780 und 1781. Die Haltung Karl Eugens war eben auch diesmal so sonderbar und unklar wie nur möglich und wie Friedrich der Große über die deutschen Fürsten und wohl Karl Eugen von Württemberg im besonderen urteilte, zeigten uns einige Briefe, die er anläßlich des bayerischen Erbfolgekrieges an seinen Bruder, den Prinzen Heinrich richtete.[32]) Er schrieb am 4. März 1778: Quant aux princes d'Allemagne, j'ai l'honneur de vous écrire que c'est travailler en pure perte que

---

[30]) Rep. XI, N. 298, Fasc. 36, vol. 3.

[31]) W. A. Schmidt, Geschichte der preußisch-deutschen Unionsbestrebungen, S. 7 ff.

[32]) W. v. Schöning, Korrespondenz Friedrichs des Großen mit Prinz Heinrich wegen des bayerischen Erbfolgekriegs.

de s'intéresser pour eux, le vrai intérêt pour vous c'est l'équilibre. Am 5. März: Quelles pauvres espèces sont ces pauvres princes de l'empire; aussi n'est-ce pas mon intention de devenir leur Don Quichote. Mais laisser usurper à l'Autriche une autorité despotique en Allemagne c'est lui fournir des forces contre nous mêmes et la rendre beaucoup plus formidable qu'elle l'est déjà. — Interessant ist in diesem Briefe auch, daß der König hier klipp und klar sagt, daß es Österreichs endgültiges Übergewicht bedeuten würde, wenn er diesem Staat nicht ein Bündnis der deutschen Fürsten entgegenstellen würde. Was der König im Jahre 1778 sagte, galt noch genau so im Jahre 1785. Die Fürsten waren noch dieselben und die Schwierigkeiten, sie unter einen Hut zu bringen, waren nicht kleiner geworden. Von Karl Eugen schrieben die Minister Hertzberg und Finkenstein am 11. Januar 1785[33]) an den Stuttgarter Gesandten Madeweiß, daß er mit dem Kaiser wegen Hilfstruppen verhandle, die er ihm stellen wolle. Auch der Gesandte am Wiener Hof, Riedesel, spricht von einem Subsidienvertrag zwischen dem Herzog von Württemberg und dem Kaiser.[34]) Die Berichte des Gesandten Madeweiß vom 8. und 12. Januar bestritten die Abmachungen, die Karl Eugen mit Joseph getroffen haben soll. In einem energischen Schreiben vom 27. Januar warf Friedrich seinem Gesandten vor, daß er sich so schmählich habe täuschen lassen. In der Tat schien eine Art Subsidienvertrag abgeschlossen worden zu sein, wonach der Herzog dem Kaiser eine Legion von 900 Mann stellen sollte.[35]) Eine eigenhändige Anmerkung des Königs an diesen Brief drückte dessen Gefühl und Stimmung aus und lautete: tout ceci est bien compliqué. Madeweiß bat in einem Brief vom 16. Februar 1785 den König um Entschuldigung, daß er über die Kriegsvorbereitungen des Herzogs immer wieder anders berichten müsse. Dieser Fürst habe überhaupt keine klaren Pläne und schwanke in seinen Entschlüssen hin und her. Einen Grund zu finden für des Herzogs Haltung fällt ziemlich schwer. Karl Eugen wußte von den Expansions-

[33]) Rep. XI, N. 298, Fasc. 36, vol. 6.
[34]) Brief Hertzbergs an den König vom 17. Januar 1785.
[35]) Brief Hertzbergs und Finkensteins an den König vom 22. Januar 1785.

absichten des Kaisers, er wußte, daß sein Land schon einmal der Gegenstand österreichischer Begehrlichkeit war und es in Zukunft bleiben werde. Trotzdem schützte er sich nicht, sondern spielte mit dem Gedanken eines Bündnisses mit Joseph II. Die Überlegung, von Österreich für seine Dienste die Kurwürde zu erlangen, mag Karl Eugen hiezu veranlaßt haben und diese Unterstellung ist deshalb nicht kurz von der Hand zu weisen. Diese ganze Ungewißheit Karl Eugens hatte infolgedessen, als der Fürstenbund im September 1785 zusammentrat, eine klare Haltung ihm gegenüber zur Folge. Madeweiß verlangte am 10. September 1785 von seinem König Instruktion, ob das Rundschreiben, das die deutschen Fürsten zu einem Fürstenbund auffordert, auch dem Herzog von Württemberg vorgelegt werden solle, und gab zu bedenken, daß es nicht ratsam sei wegen seiner bekannten Verbindung mit den beiden Kaiserhöfen und daß er nicht beitreten werde, so sehr es auch in seinem Interesse liegen würde. Auch ein Brief vom 14. Dezember 1785 Madeweiß' an den König führte dasselbe aus. Er schrieb, es sei gefährlich, dem Herzog von Württemberg den Beitritt zum Fürstenbund vorzuschlagen. Dieser werde eine unbestimmte Antwort geben, die zu nichts verpflichte und werde die beiden Kaiserhöfe von der Einladung unterrichten. Durch Übertreibungen werde er dann verhindern, daß andere Fürsten dem Bund beitreten. Der König gab am 19. September die kurze und bündige Antwort, daß man zum Fürstenbund nur die einlade, die dazu bestimmt seien und darunter sei der Herzog von Württemberg nicht.

Friedrich hat diesen Brief persönlich geschrieben und wir sehen, daß diese Schrift die eines alten Mannes ist, sie ist zitterig und ungleichmäßig und hat dem Schreiber Mühe gemacht. Welch ein Gegensatz dazu der Inhalt! In kurzen, klaren Worten gibt der König seinem Gesandten eine unzweideutige Weisung. Die alte Energie und Kraft steckt in diesem Brief, den er wenige Monate vor seinem Tode schrieb. Der Friedrich von 1785 war geistig noch derselbe wie der des Siebenjährigen Krieges.

Die Geschichte hat sich mit Friedrich dem Großen so intensiv beschäftigt wie jedenfalls selten mit einem anderen Fürsten.

Wir kennen aus seinem umfangreichen Briefwechsel nicht nur den Herrscher, sondern auch den Menschen Friedrich ziemlich genau. Und was diese Briefe besonders wertvoll macht, ist, daß sie beinahe überall ganz natürlich und impulsiv, ohne diplomatische Verstellung und Deutelei, geschrieben worden sind. Um Friedrich den Großen und seine Politik richtig zu verstehen, muß man sich immer vor Augen halten, daß er Preußen zu einer Großmacht machte, die im Gegensatz stand zu Österreich und der erbitterste Nebenbuhler dieses Staates wurde. Diese Tatsache müssen wir beachten, wenn wir uns über seine Stellung zu Württemberg unterrichten wollen. Sein Briefwechsel mit der herzoglichen Familie, mit württembergischen Staatsmännern und seinen Geschäftsträgern in Stuttgart ist sehr groß. Überall tritt Friedrichs rein preußischer Standpunkt hervor, er treibt preußische Politik. Württemberg sucht er gegen Österreich auszuspielen, wenn es nicht anders geht, wird er der Beschützer der Protestanten gegen die Katholiken. Nirgends finden wir bei ihm eine Andeutung, daß er deutsche Politik treiben wolle. Über das Familienleben des Königs ist uns manches bekannt. Wir haben erfahren, daß er für seine Mutter und seine Geschwister ein inniges Zugehörigkeitsgefühl empfunden hat. Auch seine Verwandten in der württembergischen Herzogsfamilie erfreuten sich alle seiner Fürsorge und liebevollen Anteilnahme und die Briefe, die hierauf Bezug haben, verraten uns das hilfreiche und gütige Herz des Königs und geben uns Aufschluß über den beinahe patriarchalischen Familiensinn Friedrich des Großen. Gewiß ein eigentümlicher Zug, wenn man bedenkt, daß er mit der Königin beinahe nie zusammengelebt hat.

Friedrich der Große gilt als Vertreter des aufgeklärten Absolutismus. Es scheint uns deshalb äußerst sonderbar, daß er in den Sechziger Jahren ein Volk und dessen Vertretung unterstützt hat in dem Kampf mit dessen Fürsten. Der Kampf der württembergischen Landstände gegen ihren Herzog gab ihm eben eine Handhabe, das preußenfreundliche Volk zu unterstützen gegen den österreichfreundlichen Herzog. Neben diesen politischen Gründen mag ihn auch persönliche Sympathie mit den unterdrückten

und mißhandelten Württembergern veranlaßt haben, sie gegen Karl Eugen in Schutz zu nehmen. Es ist dies eine geschichtliche Absonderlichkeit, die bemerkenswert ist. Sehr interessant ist sein Verhältnis zu Karl Eugen von Württemberg. Der Herzog und Friedrich waren Gegensätze ausgesprochenster Art, daher eine gegenseitige Abneigung von Anfang an. Der König war nüchterner Politiker, in seiner Lebenshaltung sparsam und anspruchslos und hart gegen sich selbst, er verachtete äußeren Schein, kurz er sah in sich den ersten Diener seines Staates. Der Herzog war so ziemlich überall das Gegenteil von ihm. Seine verschwenderischen Eigenschaften haben mehr wie einmal den Spott Friedrichs herausgefordert und seine Politik, die den eigensten Interessen Württembergs zuwiderlief, haben ihm manche Unruhe bereitet. Im ganzen aber hütete er sich, direkt mit Karl Eugen zu brechen, er verachtete ihn nur; übrigens verachtete er genau so die meisten damaligen Fürsten der kleinen Staaten. Sie alle waren ihm Mittel zum Zweck; sie waren ihm ein Mittel, Preußen groß zu erhalten und stärker zu machen für den endgültigen Kampf mit Österreich, der ein Jahrhundert später ausgetragen werden sollte.

Lebenslauf.

Ich bin am 30. November 1887 in Betzingen/Reutlingen in Württemberg geboren. Meine Eltern sind der Privatier Johann Jakob Boepple und Maria Boepple geb. Brucklacher in Reutlingen. Ich besuchte von 1895—1905 die Oberrealschule in Reutlingen. Von 1905—1910 studierte ich in Tübingen, Stuttgart, Besançon, Paris und London Geschichte und neuere Sprachen. 1907 machte ich am Realgymnasium in Stuttgart das Ergänzungsexamen in Latein. 1910 bestand ich die I., 1913 die II. realistische Dienstprüfung für Württemberg. Zwischendurch, von April 1912 ab, diente ich als Einjährig-Freiwilliger beim 2. bayer. Infanterie-Regiment in München. Zu Anfang des Krieges rückte ich als Offizierstellvertreter ins Feld. Nach meiner Verwundung bereitete ich mich auf das mündliche Doktorexamen vor und bestand es am 5. Februar 1915.

Ich habe hauptsächlich bei folgenden Herren, denen ich zu großem Dank verpflichtet bin, Vorlesungen gehört: Geheimrat Professor Dr. Goetz, Professor Dr. Busch, Professor Dr. Wahl, Professor Dr. Sapper, Professor Dr. v. Fischer.